Nr. 21. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 26. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Unser Wahlrechtskampf.

Der Wahlrechtsdebatte erster Tag.

Noch immer ist die Feste der Reaktion ungebrochen, die Macht der Junker ist unversehrt. Aber diese Macht wird nicht mehr ruhig ertragen und so oft ihre Grundlagen in Frage stehen, so oft die frechen Usurpatoren gezwungen sind, das Recht des Volkes zu diskutieren, erhebt sich in verstärktem Ansturm die Entrüstung der Massen gegen diese Zwingburg des preußischen Volkes. Dann erscheint dieses Parlament als das, was es ist: nicht als eine Volksvertretung, die fest und unerschütterlich im Rechtsbewußtsein des Volkes verankert ist, sondern als die parlamentarische Verhüllung einer Gewaltherrschaft, die längst zusammengebrochen wäre, wenn ihre Nutznießer nicht über alle Machtmittel des Staates verfügten. An solchen Tagen fällt dann die Verhüllung, und offenbar wird die nackte, brutale Gewalt, die einzige Stütze dieses verhaßten Parlamentes. Die Herren, die sich so gerne als Volksvertreter ausgeben, müssen durch die Polizei vor den Kundgebungen des Volkes sich schützen lassen.

Das ist der erste Erfolg unserer Wahlrechtsbewegung: Den obersten Grundsatz aller Reaktion, das Ruhende nicht zu bewegen, hat sie rasch durchbrochen. Und was 60 Jahre unerschüttert gelassen, hat unsere Wahlrechtsbewegung in kurzer Frist ins Wanken gebracht. Sind wir auch heute noch von der Ueberwindung der politischen Vergewaltigung weit entfernt, so ist doch das Bewußtsein, daß das Unrecht endlich fallen muß, so tief in die Massen gedrungen, daß auch die Nutznießer der Volksentrechtung deren Form nicht mehr zu verteidigen wagen und sich auf die Hoffnung zurückziehen, diese Form preiszugeben, um den Inhalt, die Ungleichheit des politischen Rechts, zu retten.

Eine neue Form des Volksbetruges: Das ist der Inhalt auch der neuesten Regierungserklärung, die diesmal von Herrn v. Moltke, dem preußischen Polizeiminister, abgegeben wurde. Der Herr Ministerpräsident hatte in der prekären Situation, in der er sich augenblicklich befindet, der Tapferkeit besseren Teil erwählt und war nicht erschienen. Er wollte die Junker nicht noch mehr reizen.

Die Regierungserklärung zeigt, wie weit in Preußen der Weg vom Versprechen zum Halten ist, wenn es sich um die Beseitigung von Junkerprivilegien handelt. Die Fortentwickelung des Wahlrechts hatte die Thronrede als eine der „wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" bezeichnet. Herrn v. Moltkes dringendste Sorge ist, sie zu einer Aufgabe der Zukunft zu gestalten. Wenn es überhaupt einen Unterschied zwischen der alten und der letzten Erklärung gibt, so besteht er in dem Nachdruck, mit dem der Herr Minister die Verschleppungsabsichten der Regierung in den Vordergrund rückte. Die Regierung ist plötzlich von einer unbezähmbaren Liebesleidenschaft zur Statistik erfaßt worden. Die Liebe macht sie blind; sie sieht nichts von der Ungeduld des Volkes, von seiner Erbitterung und seinem Drängen. Sie hat nur mehr Sinn für die Statistik und das Regieren erschöpft sich in der Aufhäufung von Zahlen. Da ist zunächst die Wahlstatistik. Die Statistik der 60 Jahre des Dreiklassenunrechts genügt ihren Bedürfnissen nicht. Sie ist plötzlich modern geworden, sie muß die allerneueste Statistik haben. Glücklicherweise steht die „Fertigstellung der Spezialübersichten der Wahlergebnisse unmittelbar bevor". Aber der Leidenschaft der Regierung ist noch lange nicht genug getan. Ihr besorgtes Interesse für die entrechteten Wähler geht noch viel weiter. Sie will deren Besitz, Steuerkraft und Alter statistisch erfassen. Damit schlägt die Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe. Neben der Verschleppung schafft sie sich damit das Material zu dem geplanten Pluralwahlrecht nach berüchtigtem belgischen und dem noch berüchtigteren sächsischen Muster. Dann aber kommt die dritte Periode der Verschleppung durch Statistik: „spezielle Erhebungen in Musterbezirken, welche die Wirkung der in Betracht kommenden Aenderungen der Wahlvorschriften" veranschaulichen. Schwierige Arbeiten nennt sie Herr v. Moltke, und wer begriffe nicht, daß zu solchen Arbeiten viel Zeit gehört, zumal da Ueberarbeit bei der Bureaukratie nicht gerade beliebt ist.

All diese Statistik ist aber notwendig, um Herrn v. Moltke vor einem „Sprung ins Dunkle" zu bewahren. Alle Wirkungen des neuen Wahlunrechts sollen vorher genau ausgerechnet werden, damit es ja kein Uebersehen gäbe, damit die Wirkung des neuen die Wirkung des alten Unrechts nicht verringere. Wir fürchten nur, daß all diese Berechnungen ängstliche Gemüter noch immer nicht mit Sicherheit erfüllen würden und da auch wir den Sprung ins Dunkle der Tapferkeit der preußischen Regierung nicht zumuten wollen, so möchten wir doch einen Ausweg empfehlen. Seit 40 Jahren bald besteht im Deutschen Reich ein Wahlsystem, dessen Wirkungen in dieser langen Zeit genügend bekannt geworden. War die alte Phrase von dem „Sprung ins Dunkle" schon in anderen Ländern nichts als ein erbärmlicher Vorwand der reaktionären Volksfeinde, wie erbitternd wirkt dieser Hohn erst in diesem Reiche, dessen Grundlage, dessen festeste Klammer das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im Reiche bildet, dieses Wahlrechts, das heute im glücklicheren Süden auch im Lande errungen ist. Nur weil die preußische Regierung entschlossen ist, das gleiche Recht dem Volke zu versagen, braucht sie die Statistik. Und nur weil sie den konservativen Unmut, den die bloße Ankündigung einer Formänderung des Unrechts erweckt hat, noch zu beschwichtigen hofft, mißbraucht sie die Statistik zu endloser Verschleppung und hüllt sich unterdessen in geheimnisvolles Schweigen über den Inhalt ihres Entwurfes wie über den Zeitpunkt der Einbringung.

Die Beratung der Anträge, an der nach Abgabe der Erklärung weiter teilzunehmen der Minister im Namen der Regierung abgelehnt hatte, war von hohem politischen Interesse. Nachdem der alte Träger für die Freisinnigen und Dr. Switala für die Polen die Notwendigkeit des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts begründet hatten, sprach für das Zentrum Dr. Herold. Das Zentrum ist prinzipiell für das gleiche Wahlrecht; es schlägt aber zugleich eine Taktik ein, die es verhindert, daß der Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts je eine Majorität in diesem Hause finden kann. In demselben Augenblick, indem es das Unrecht des Wahlsystems angreift, verteidigt es leidenschaftlich das Unrecht der Wahlkreiseinteilung, aus dem es allerdings den größten Nutzen zieht. Es verlangt das gleiche Recht, weil es weiß, daß die Nationalliberalen bei der Abstimmung den Konservativen zur Majorität für die Ablehnung verhelfen werden. Die Forderung auf Aenderung der Wahlkreiseinteilung aber, die sonst angenommen würde, verwirft es selbst im Bunde mit den Konservativen. So sorgt das Zentrum dafür, daß jede Wahlrechtsdebatte mit der Ablehnung der Anträge endet. Und wie es parlamentarisch jedes positive Resultat mit voller Absicht vereitelt, so hütet es sich, die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung im Lande zu unterstützen, sondern sucht diese vielmehr nach Möglichkeit zu verkleinern.

Es gibt keine bessere Kritik für dieses Verhalten, als die Tatsache, daß Herr v. Richthofen, der Wortführer der Konservativen, unmittelbar nach dieser „Wahlrechtsrede" Dr. Herolds die bevorstehende Erneuerung des Bundes mit dem Zentrum ankündigte. Derselbe Junker, der nicht nur den Freisinn blutig verhöhnte, sondern auch die Nationalliberalen auf das eindringlichste wegen ihres Strebens nach dem Pluralwahlrecht verwarnte, hat für das Zentrum nur Worte des Einverständnisses. Kann es eine vernichtendere Kritik der Komödie geben, die das Zentrum im preußischen Landtage mit dem wichtigsten Recht des Volkes spielt, als diese Haltung der Konservativen, der unversöhnlichsten Feinde einer jeden Aenderung des Dreiklassenwahlrechts? Hat doch Herr v. Rheinbaben rund heraus erklärt, daß für seine Partei das bestehende Unrecht unantastbar ist, daß die Regierung mit einer völligen Aenderung des Verhaltens der Konservativen rechnen müsse, sobald sie sich erlaube, an den Grundlagen des bestehenden Wahlrechts zu rütteln. Kein Zweifel, daß es den Konservativen, die um die Unversehrtheit ihrer Macht mit allen Mitteln kämpfen werden, mit der Ankündigung der Opposition voller Ernst ist. Fürst Bülow wird diesen Ernst wohl bald zu spüren bekommen. Hat doch Herr v. Richthofen den Block bereits als abgetane Sache behandelt und Genosse Hoffmann hat den Nagel auf den freisinnigen Dummkopf getroffen, wenn er nach der Liebeserklärung Richthofens an das Zentrum den verdatterten Liberalen spottend zurief: Da habt Ihr Eure Kündigung!

Richthofen hatte mit dem ganzen Machtbewußtsein des preußischen Junkers gesprochen. Als Vertreter der neuen Macht, die die alte schon in die Defensive gedrängt hat, sprach Genosse Ströbel. Sie brachte endlich die Abrechnung mit den Wahlrechtsfeinden, den offenen und den versteckten. Es war eine vernichtende Kritik des Systems der Volksentrechtung, eine flammende Anklage gegen die Regierung und die herrschenden Klassen, die, um ihre Macht aufrechtzuerhalten, vor den gewagtesten Mitteln nicht zurückschrecken und ihre letzte Hilfe auf die Bajonette setzen. Aber auch die Bajonette würden eines schönen Tages versagen, denn die, die sie tragen, seien die Söhne des Volkes, die sich hüten würden, die Waffen gegen ihre Brüder zu gebrauchen.

Die Rede des Sozialdemokraten, das war auch ein neues Moment dieser Wahlrechtsdebatte in diesem Hause, das sonst die Arbeiter nur als Objekte seiner Gesetzgebung betrachtete. Sie kündet den Fortschritt, der trotz alledem und alledem in dem letzten Jahre gemacht wurde.

Vor dem Dreiklassen-Parlament.

Wie im Staate des Dreiklassenunrechts nicht anders zu erwarten war, hatte die Polizei gestern vormittag alles aufgeboten, um das Zartgefühl der Herren „Volksvertreter" und Regierungsmänner vor dem gellenden Aufschrei des Volkes nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu schützen. Der preußische Landtag hat diesen Schutz nicht als überflüssig abgelehnt. Im Gegenteil. Bereits am Sonntag war an die Abgeordneten folgendes für sie beschämende Schreiben versandt worden:

> Morgen (Montag) vormitttag soll die Prinz-Albrecht-Straße polizeilich abgesperrt werden. Ich empfehle deshalb den Herren Abgeordneten ergebenst, sich mit ihrer Ausweiskarte zu versehen oder den Eintritt durch die Pforte Leipziger Straße 4 zu nehmen.
>
> Der Direktor beim Hause der Abgeordneten.
> Plate.

Die Mahnung, hinten herum zu gehen, ist offenbar von den meisten Abgeordneten befolgt worden, und auch Bülows Vertreter, Herr von Moltke, wählte den Weg durch das Herrenhaus. Man glaubte eben, so das Volk am besten umgehen zu können, was ja der Gewohnheit der preußischen Gesetzgeber von Geldsacks Gnaden entspricht.

Wirkliche und ehrliche Vertreter des Volkes mußten ihre Freude haben an der Menge der Frauen und Männer, die herbeigeströmt kamen, um ihr Interesse für eine vernünftige Entwicklung des preußischen Staatswesens so lebhaft wie nur möglich kundzutun. Vor allem waren die politisch gereiften Frauen der Arbeiterklasse frühzeitig auf dem Plan. Manche waren schon um 9 Uhr angetreten, um auch ja zur Stelle zu sein, wenn es galt, die Herren Gesetzgeber nach Gebühr zu begrüßen oder diesen und jenen sanft zu mahnen, doch das Recht des Volkes nicht allzusehr mit Füßen zu treten und nicht zu vergessen, daß auch die Frauen Preußens das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordern und nicht Ruhe geben werden, bis sie es erreicht haben.

Bald sah man in der Gegend des Abgeordnetenhauses wie auch des Herrenhauses Tausende von Leuten aus der Arbeiterklasse, Männer und Frauen, alt und jung, aber meist in gereifteren Jahren, auf und ab spazieren. Auch in der Prinz-Albrecht-Straße ging an beiden Seiten ein Strom von Menschen immer auf und ab oder bewegte sich von dort im Umkreis durch die Wilhelmstraße, Leipziger Straße usw. Zwischen der Menge wimmelte es von Schutzleuten mit ihren Vorgesetzten. Alle Zugänge zum Abgeordnetenhause waren mit doppelten und dreifachen Schutzmannsposten besetzt. In dem großen Hofe neben dem Kunstgewerbemuseum konnte man ein Aufgebot von ungefähr 100 Schutzleuten beobachten, die bald darauf in Reih und Glied antraten, sich scheinbar bereit machen mußten zu kriegerischen Heldentaten. Ihre Revolver waren natürlich schußbereit, um, wenn's den Herren nötig erscheinen sollte, das Volk mit samt seinem guten Recht niederzuknallen.

Einzeln und in Gruppen kamen Männer und Frauen und verlangten Einlaßkarten zur Tribüne des Hauses der Abgeordneten. Es wurde ihnen von Schutzleuten (!) gesagt, daß es die Karten erst von 11 Uhr ab gäbe. Als sie nun um 11 Uhr wiederkamen, da hieß es, daß Tribünenkarten nicht mehr zu haben seien, und dies wurde auch gleich darauf durch Plakate an den Tafeln vor dem Hause bekanntgemacht. Aber im selben Augenblicke kam die Polizeimacht im Sturmschritt herangeeilt und trieb, in zwei Angriffsfronten geteilt, die Massen nach beiden Seiten die Straße hinunter, sparte auch, namentlich nach der Königgrätzer Straße zu, nicht mit Püffen und Stößen und verschonte selbst die zahlreichen Frauen nicht. Widerstand leistete die Menge selbstverständlich nicht, aber das dämpfte nicht gerade den Eifer der Polizei, schien sie im Gegenteil anzufeuern.

In wenigen Minuten war die Prinz-Albrecht-Straße frei von den unliebsamen Spaziergängern und wurde nun an beiden Enden durch doppelte Schutzmannsketten streng bewacht. Keiner wurde durchgelassen, der nicht zweifellos nachweisen konnte, daß er nicht zu den Wahlrechtsforderern gehörte. Gleichwohl erschienen nach und nach wieder einzelne Personen in der Straße, die der Polizei verdächtig vorkamen. Man ließ sie eine Zeitlang ruhig auf und ab spazieren. Bald aber, gegen 12 Uhr, wurden auch sie vertrieben.

Selbst ein Vertreter der Presse konnte sich nicht mehr dort aufhalten, ohne Gefahr zu laufen, verhaftet und für diesen Tag seinem Beruf entzogen zu werden. Ein Hauptmann kam herbei und sagte zu dem Schutzmann an seiner Seite: „Bringen Sie diesen Herrn da aus der Straße hinaus und sorgen Sie dafür, daß er sich hier nicht mehr blicken läßt!" Es nützte nichts, daß der also Behandelte sich als Vertreter der Presse legitimieren wollte und erklärte, daß er hier auf einen der Herren Abgeordneten warten müsse — der Herr Hauptmann ließ sich auf nichts ein und tat, als ob er der Herr über Gesetz und Recht wäre, als ob Presse und Abgeordnete ihn rein gar nichts angingen und einzig und allein die Polizeidespotie maßgebend sein müsse. Der Schutzmann geleitete den unliebsamen Zeitungsschreiber bis an die Wilhelmstraße durch die doppelten Polizeiketten und überbrachte ihnen den Befehl seines Hauptmanns, daß dieser Herr auf keinen Fall mehr durchgelassen werden dürfe.

Wir konnten bald darauf feststellen, daß die polizeiliche „Säuberung" der Straße nun ziemlich vollständig gelungen war.

Zu diesem Werk der Polizei war ja auch weder großer Mut noch besondere Geschicklichkeit notwendig gewesen. An beiden Enden der Straße, in der Wilhelm- wie in der Königgrätzer Straße, konnten sich größere Gruppen von Männern und Frauen noch einige Zeit aufhalten, wurden aber auch bald von der Polizei vertrieben. Inzwischen waren Gruppen und Schoren von Wahlrechtsforderern, soweit es die Polizei zuließ, nach verschiedenen Richtungen abgezogen. Auch die Wilhelmstraße war nach der Richtung zur Leipziger durch dichte Schutzmannsketten abgesperrt und wurde auch bald nach der entgegengesetzten Richtung gesperrt. Aus diesem Ende der Wilhelmstraße tönte plötzlich vielstimmiger Gesang der Arbeitermarseillaise und Hochrufe auf das Wahlrecht. Im selben Augenblick sprengt eine Truppe reitender Polizeileute hinterher, so scharf und schneidig, als gelte es, das ruhmreiche Vaterland wieder einmal vor dem nahen Untergang zu retten.

Noch stundenlang wurde die außerordentliche Polizeibewachung und, wenn auch nach und nach in etwas milderer Form, die Absperrung der nach Polizeiansicht gefährdeten Straßenzüge aufrechterhalten. Aber auch große Massen von Wahlrechtsdemonstranten wanderten in kleinen Gruppen in der Gegend, so weit es möglich war, noch immer hin und her, um wenigstens sonach besten Kräften aller Welt begreiflich zu machen, daß das arbeitende Volk Preußens sich, trotz aller offenen und verkappten Reaktionsmächte, auf die Dauer sicherlich nicht mehr als Heloten behandeln läßt.

Die Schlacht in der Siegesallee.

Ein beängstigendes Gedränge bewerkstelligte die Schutzmannschaft auf dem schmalen Bürgersteige gegenüber Ecke der Albrechtstraße und gegenüber dem Museum für Völkerkunde. Die zurückgedrängte Menge geriet daselbst nahezu unter die Pferde der dort haltenden Droschken. Auf die lauten Angstrufe der Frauen sahen wir den Genossen Wurm herbeieilen, der energisch auf die Schutzleute einsprach, was für den Augenblick bewirkte, daß die Attacke etwas mäßigere Formen annahm. Da das Polizeiaufgebot die Menge in zwei Teile gespalten hatte, rückte der eine Teil unter liebevoller Unterstützung der Schutzmannsfäuste im Zuge der Königgrätzer Straße über den Potsdamer Platz. Lorbeeren erntete die Polizei durch die Art ihres Vorgehens nicht. Wir haben aus dem Munde zahlreicher Ausländer, die gerade an diesem bewegten Punkte sich aufhielten, Urteile gehört, die alles andere als schmeichelhaft waren. Langsam zog von hier aus der gewaltige Menschenstrom durch die Bellevuestraße. Am Rolandbrunnen sprang bei ihrem Herannahen ein Schutzmann in eine Droschke, vermutlich, um die staatserschütternde Gefahr an zuständiger Stelle zu melden. Im gemütlichen Schlenderschritt ging es nun durch die Puppenallee der Siegessäule zu. Es war ein geradezu unverantwortlicher Frevel von diesen Arbeitslosen und Wahlrechtsdemonstranten, an diesem prächtigen Wintertag die friedliche Ruhe des Tiergartens, in dem gerade die obere Gesellschaft ihren gewohnten Morgenspaziergang unternahm, zu stören. Die promenierenden Herren und Damen warfen erstaunte und mißbilligende Blicke auf die Vorüberziehenden. Und da im preußischen Staate eine solche Insubordination nicht ungeahndet bleiben kann, so erschien auch plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, die strafende Nemesis in Gestalt einer Abteilung berittener Schutzleute, die in der Kunst des „Säuberns" eine erstaunliche Routine bewiesen. Mit heruntergezogenem Sturmband, in der Faust den Säbel, so trieb die Polizei die Demonstranten, unter denen sich viele Frauen befanden, weiter. Hageldicht fielen die Schläge. Zirka 30 Reiter ritten wehrlose Spaziergänger nieder und traktierten sie mit dem Säbel. Trotzdem gelangten die zersprengten Demonstranten an das Reichstagsgebäude und brausender klangen die Hochrufe auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Fenstern des Parlaments empor.

Sofort kamen auch auf schnaubenden Rossen die Retter und Schützer des Staates, unterstützt von zahlreichen Fußmannschaften, um ihr nützliches Werk zu vollenden. Einer der Berittenen, der mit besonderer Bravour vorging und gerade einen Spaziergänger greifen wollte, kam auf ziemlich unsanfte Weise mit dem Boden in Berührung. Wo sich eine Gruppe von einigen Personen bildete, griffen die Schutzleute sofort ein. Doch zogen es die Demonstranten vor, sich nach dem Stadtinnern zu wenden. Bald lag wieder friedliche Ruhe über dem weiten Platze.

Ein eigenartiger Demonstrant

bewegte sich gestern auf dem Wege von der Prinz-Albrecht-Straße nach dem Potsdamer Bahnhof hin und her. Leute, die den Mann kannten, machten sich die sonderbarsten Gedanken. Sollte der etwa auch für's freie Wahlrecht demonstrieren wollen? Aber nein, eine solche Insinuation würde der Herr wohl weit von sich weisen und als beleidigend empfinden. Aber was wollte der Herr, der doch sonst nur auf dem Richterstuhle thront und Recht spricht. Wollte er die Stimmung der breiten Masse kennen lernen oder wollte er einmal mit eigenen Augen sehen, wie die Polizei gegen friedliche, nur ihr Recht fordernde Bürger vorgeht? Wer weiß! Vielleicht hören wir einmal etwas davon, welche Studien der Herr Landgerichtsrat Dr. Lieber — als solcher wurde der eigenartige Demonstrant erkannt — gesammelt hat.

Nach dem Rathaus.

In der Zimmerstraße wurde ein gegen 800 Demonstranten zählender Zug durch ein starkes Aufgebot der Schutzleute abgedrängt. Unter Hochrufen und Gesang bewegte sich dann der Zug im Marschtempo über die Leipziger Straße durch die Friedrichstraße nach dem Belleallianceplatz, um von da durch die Lindenstraße hinter der Jerusalemer Kirche vorbei durch die Kommandantenstraße, Dönhoffplatz die Richtung nach dem Rathause einzuschlagen.

Ein am Spittelmarkt postierter Radfahrer eilte dort dem Zuge voran nach der Breitestraße zu und wenige Minuten darauf wollten sich von dort aus eine Anzahl Schutzleute den Arbeitslosen entgegen stürzen. Rechtzeitig diese Absicht erkennend, schwenkten diese jedoch ab, die Wallstraße entlang, von da aus versuchend, das Rathaus zu erreichen. Den Versuch, über die Fischerbrücke den Mühlendamm entlang nach der Spandauer Straße zu kommen, vereitelte abermals eine zirka 40 Mann starke Abteilung Schutzleute, die den Mühlendamm vor der Sparkasse auf einige Zeit für den Fußverkehr gänzlich sperrten. Alle nach dem Schloßbezirke führenden Zugänge waren durch die überaus besorgte Polizei abgeschlossen. Selbstverständlich staute sich an der Sparkasse eine große Menge Passanten, die kopfschüttelnd dem Treiben der mit dem Browning bewaffneten Mannschaften zusah. Die Wahlrechtsdemonstranten gaben schließlich ihren Versuch, vor das Rathaus zu kommen auf, und zerstreuten sich unter lebhaften Hochrufen auf das Wahlrecht.

Wir überzeugten uns, wie auch das Rathaus, in dem ein stärkeres Polizeidepartement Quartier bezogen hatte, von allen Seiten mit Doppelposten umstellt war, und kehrten dann nach dem Abgeordnetenhause zurück.

Ueberflüssige Mühe.

Die Polizei hat augenscheinlich am Montag irgend eine unbekannte Gefahr befürchtet, vor der sie das Königsschloß schützen mußte. Wie am Sonntag, so waren auch am Montag fliegende Polizeiwachen in verschiedenen öffentlichen Gebäuden in der Nähe des Schlosses errichtet. Im weiten Umkreise um dasselbe waren die Zugangsstraßen durch starke Polizeiposten besetzt. Je nach der „strategischen" Bedeutung des betreffenden Punktes standen zwei, vier, sechs und noch mehr Schutzleute an den Straßenecken. Berittene standen an mehreren Stellen in Bereitschaft, Radfahrerpatrouillen und Ordonnanzen sausten hin und her, Polizeioffiziere musterten mit wichtiger Miene ihre Mannschaften. Die Straßenpassanten schauten verwundert auf die geschäftige Eilfertigkeit der Offiziere und die überall herumstehenden Schutzleute, die irgend etwas zu erwarten schienen, was nicht kam. — So weit wir sehen konnten, durfte das Publikum die zahlreichen Polizeiposten ungehindert passieren. Unbehelligt durch die Polizei ging das Straßenleben seinen gewohnten Gang, nur daß man angesichts dieser nutzlosen polizeilichen Machtentfaltung den Kopf schüttelte.

Ueber die Demonstration am Sonntag

gibt die Polizei folgenden offiziellen Bericht:

Während der gestrigen sozialdemokratischen Demonstrationen sind größere Exzesse nicht zu verzeichnen gewesen. Es sind insgesamt elf Personen festgenommen worden; zehn davon wegen groben Unfugs und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und eine Person wegen Beamtenbeleidigung. Da es sich um Straßenexzesse und Verkehrsstörungen handelt, werden die Exzedenten wahrscheinlich nicht mehr nur mit Polizeistrafen davonkommen, sondern sie werden — wie das auch bei den Ruhestörern in der Neujahrsnacht geschieht — den ordentlichen Gerichten übergeben werden. Die Zahl der Demonstranten vom Sonntag schätzt die Polizei auf 25 000. Nach unseren Informationen betrug die Zahl nicht unter 40 000. Ueber 25 000 Demonstranten stellten allein der vierte und der sechste Wahlkreis.

Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen.

Zu umfangreichen Straßendemonstrationen kam es am Sonntag gegen Abend in Magdeburg. Am Vormittag fand eine von mehreren tausend Personen besuchte, polizeilich abgesperrte Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Molkenbuhr über „Arbeiterrecht und Gewerbeordnung" sprach. Die Polizei hatte erwartet, daß es nach der Versammlung zu Straßendemonstrationen kommen würde und infolgedessen umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Auch Militär wurde in Bereitschaft gehalten.

Die Versammlungsbesucher begaben sich indessen sofort nach Hause, so daß sich die Polizei umsonst bemüht hatte. Nur hier und da trieb sie einige, ihr zu groß erscheinende Trupps auseinander oder veranlaßte sie, in Nebenstraßen einzubiegen.

Um zwei Uhr war alles wieder ruhig — die Polizei auch. Da plötzlich, um fünf Uhr, war mit einem Schlage eine Riesenmenge von Menschen wie aus der Erde gestampft auf der Hauptstraße der Stadt, dem Breitenweg. Hochrufe auf das freie Wahlrecht schallten durch die Luft. Die überraschte Polizei traf schleunigst Vorbereitungen, um die Demonstranten „auseinanderzutreiben". Dutzende von Schutzleuten wurden aus dem in der Nähe liegenden Hauptquartier der Polizei auf die Menschenmenge losgelassen. Zahlreiche Berittene drängten mit ihren Gäulen die Massen von den Dämmen auf die Trottoirs. Zeitweilig schien es, als ob die Nervosität der Polizei überhand nehmen wollte. Zu Zusammenstößen kam es jedoch nicht, doch nahm die Polizei zahlreiche Verhaftungen vor. Um 6½ Uhr zerstreuten sich die Demonstranten.

In Halle a. S. durchzogen am Sonntag 2000 Demonstranten die Straßen. Ein starkes Polizeiaufgebot geleitete sie zum Versammlungslokal. Die Polizei forderte zum „Auseinandergehen" auf, bekam aber sonst nichts zu tun. Wie verlautet, war auch Militär konsigniert. Die im großen Saale des Volkspark tagende Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Albrecht unter stürmischem Beifall referierte, war überfüllt. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Im Wahlkreis Hamm-Soest fanden am Sonntag vier überfüllte Demonstrationsversammlungen statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar 1909.

Unlauterer Wettbewerb.

Aus dem Reichstag, 25. Januar. Seit dem Jahre 1896 hat Deutschland ein Gesetz zur Einschränkung des unlauteren Wettbewerbes. Es war erlassen, um tatsächlichen Schwindeleien, die von Geschäftsleuten zur Förderung ihres Geschäfts gegenüber der Konkurrenz inszeniert werden, nach Möglichkeit die Spitze abzubrechen. Betrieben war es hauptsächlich durch die Mittelstandsinteressenten in dem Glauben, daß auch mit seiner Hilfe der Mittelstand vor dem Untergange bewahrt werden könne. Tatsächlich hat das Gesetz denn auch mancherlei Auswüchsen im Geschäftsleben des Fortwuchern erschwert. Ganz ausrotten läßt sich der unlautere Wettbewerb aber nie, da der Wettbewerb an sich die Seele des kapitalistischen Geschäftsbetriebes ist, und, was man auch tun mag, betrügerische Manipulationen nie restlos vom Gesetz erfaßt werden, weil bei Vermauerung der einen Eingangspforte findige Leute bald einen neuen Zugang zum Einschlüpfen zu finden wissen. Eine „Rettung des Mittelstandes" kann dieses Gesetz aber auch deshalb nie bewirken, weil die Erdrückung des Mittelstandes durch den Großbetrieb schon durch die unanstößigen Mittel der Konkurrenz herbeigeführt wird. Die anstößigen und abstellbaren Mittel spielen dabei nur eine unbeträchtliche Nebenrolle.

Weil nun aber das Gesetz von 1896 keineswegs die von den Mittelständlern erhoffte Wirkung gehabt hat, drängten sie seit Jahren auf Verschärfung des Gesetzes. Da aber im Reichstag die bürgerlichen Parteien unter einander einen keineswegs immer lauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes trieben, hat denn auch der Reichstag schon mehreremal Resolutionen in dieser Richtung angenommen. Da ist denn auch die Regierung bald mit einer Neugestaltung des Gesetzes bei der Hand gewesen. Die Vorlage lag in erster Lesung der heutigen Beratung zu Grunde.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erläuterte das Gesetz dahin, daß man versuchen wolle, wenigstens durch Strafverschärfung und durch einzelne Neubestimmungen dem unlauteren Wettbewerb mehr Fesseln aufzuerlegen. Alle Wünsche könnten aber auch jetzt nicht erfüllt werden; insbesondere sei es darauf abgesehen, das Ausverkaufswesen schärfer anzupacken.

Nachdem die Vertreter bürgerlicher Parteien um die Wette nach rigorosen Maßregeln gerufen hatten, wies Genosse Frank nach, daß auch jetzt die Kleinen bedroht würden, während die Großen frei ausgehen. So könne auch nach der neuen Fassung des Gesetzes jemand nicht bestraft werden, der etwa durch übertriebene Reklame über Kolonialprodukte die Kolonialaktien künstlich in die Höhe treiben würde. Die Einzelbestimmungen einer Kritik unterziehend, wies er insbesondere auf das schwindelhafte Treiben im Ausstellungswesen hin, gegen das die Regierung noch kein Mittel wisse. An Einzelvorgängen zeigte er, wie gerade für ganz schwindelhafte Ausstellungen sehr hochgestellte Personen als Protektoren eingefangen seien und dadurch unwissentlich zur Förderung des unlauteren Wettbewerbes beitrügen. Vom Ergebnis der Beratungen müßten wir es abhängig machen, welche Stellung wir schließlich zu dem Gesetzentwurf einnehmen.

Das Gesetz wurde dann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die Wahlrechtsdemonstration als „grober Unfug".

In Dresden erhielt eine Anzahl von Genossen, die bei der großen Demonstration des 17. Januar verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurden, polizeiliche Strafmandate, die auf 3 bis 14 Tage Haft lauten. Als Missetaten werden angegeben: Beteiligung an einem nicht genehmigten Umzug, Hochrufen, Singen und grober Unfug; auf einigen Strafbefehlen stand auch: „Pfeifen bei der Durchfahrt des Königs."

Genosse Stadtverordneter Kühn, der auf dem Altmarkt die Massen zu ruhigem Verhalten aufgefordert hatte, deswegen verhaftet, aber sofort wieder freigelassen wurde, soll 50 M. Strafe zahlen wegen — Abhaltung einer nicht angemeldeten und nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel!

Erledigt!

Die Konservativen wenden sich mit immer größerer Schärfe gegen den Fürsten Bülow. Er ist bereits für sie, obgleich er noch an seinem Posten klebt, eine abgetane Größe. Im „Tag" erschien am Sonnabend eine Auslassung, in der behauptet wurde, die konservative Partei als solche identifiziere sich mit den von Herrn v. Oldenburg zum Ausdruck gebrachten extremen Anschauungen nicht, und der Reichskanzler habe von dieser Stellungnahme Kenntnis erhalten.

Darauf antwortet die „Konserv. Korresp." mit folgender offiziellen Erklärung:

„In Nr. 58 des „Tag" findet sich unter der „Politischen Rundschau" eine Mitteilung über die Stellungnahme der konservativen Partei als solcher zu der Danziger Rede des Herrn v. Oldenburg, welche den Anschein erweckt, als ob die Parteileitung mit den Hauptgedanken des Herrn v. Oldenburg, insonderheit auch bezüglich der Nachlaßsteuer, nicht einverstanden sei: Eine solche Auffassung liegt der konservativen Parteileitung fern."

Die konservative Parteileitung erklärt sich also ostentativ mit dem Angriff des Herrn v. Oldenburg-Januschau auf den Kanzler einverstanden.

Noch schöner als diese geringschätzige Abfertigung des „agrarischsten" aller Reichskanzler ist jedoch der Kommentar der „Kreuzztg." zu der Notiz der „Konserv. Korresp.". Das Blatt der Hammersteinclique fügt nämlich erläuternd hinzu:

„Offiziöse und liberale Preßstimmen waren in den letzten Tagen eifrig bemüht, den befremdlichen Eindruck, den die Rede des Fürsten Bülow im Abgeordnetenhause auf die Konservativen gemacht hat, möglichst zu verwischen. Sie suchten die Proteste, die aus dem konservativen Lager gegen einzelne Stellen dieser Rede erhoben wurden, als ganz bedeutungslos hinzustellen und schilderten die konservative Partei als eine zur Bußfertigkeit geneigte Sünderin, der gegenüber es nur noch der Festigkeit bedürfe, um sie völlig zur Reue und zur Umkehr zu bewegen. Sollte hierdurch nicht die öffentliche Meinung verwirrt und die Regierung in trügerische Erwartungen gewiegt werden, so mußte eine baldige und authentische Klarstellung erfolgen."

Also eine „authentische Klarstellung".

Wann folgt Rheinbabens Berufung zum fünften Kanzler?

Reichstagsersatzwahl in Bingen-Alzey.

Obgleich der Wahltermin für die durch den Tod des Abgeordneten Keller (wildliberal) notwendig gewordene Ersatzwahl zum Reichstag bereits auf den 16. Februar anberaumt ist, hat sich der Aufmarsch der Parteien immer noch nicht vollzogen. Der Wahlkreis war seit Jahrzehnten freisinnig; er wurde früher von Bamberger und zuletzt von Schmidt-Elberfeld vertreten. Im Jahre 1907 gelang es den Bauernbündlern und den Nationalliberalen mit Hilfe des Zentrums, den Wahlkreis zu erobern. Das Zentrum, das im Wahlkreis die stärkste Partei ist, hatte 1907, um nicht selbst in die Stichwahl zu kommen, aus der es erfahrungsgemäß doch kaum als Sieger hervorgegangen wäre, zwei Kandidaten aufgestellt. Es wollte den Ausschlag in der Stichwahl geben. Auf die beiden Kandidaten des Zentrums entfielen in der Hauptwahl insgesamt 6280 Stimmen, der Freisinn erhielt 6285, der bauernbündlerische Nationalliberale 6586 und der Sozialdemokrat 1919 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Keller mit 11 859 Stimmen gegen Schmidt-Elberfeld (freis.), auf den 9030 Stimmen entfielen.

Die Freisinnigen geben sich der sicheren Erwartung hin, den Wahlkreis wieder zu erobern. Ihre Bemühungen, unter der Parole des Blocks sich mit den Nationalliberalen auf eine gemeinsame Kandidatur zu einigen, sind am Widerstand des letzteren gescheitert. Die Freisinnigen haben nun den bekannten Pfarrer Korell aus Königsteiten aufgestellt. Herr Korell, der bekanntlich als eines der linksstehenden Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung seinerzeit feierlichst öffentlich erklärte, sich von jeder politischen Betätigung solange zurückhalten zu wollen, solange der Block bestehe, hat sich mit diesem Block bereits soweit ausgesöhnt, daß er für den Fall seiner Wahl der Fraktion der freisinnigen Volkspartei beitreten will.

Im Wahlkampf sucht dieser Naumann Nr. 2 die Stimmen der ländlichen Wähler dadurch zu ergattern, daß er nicht nur die bestehenden Schutzzölle als notwendig hinstellt, sondern sich auch bereit erklärt, gegebenenfalls für weitere Zölle eintreten zu wollen.

Die Nationalliberalen und Bauernbündler haben den ehemaligen Reichstagsabgeordneten für Offenbach, den Vater der unglückseligen Fahrkartensteuer, Dr. Becker-Sprendlingen, aufgestellt. Becker hofft auf die Unterstützung des Zentrums im ersten Wahlgang. Hierzu besteht bei einem Teil der Ultramontanen, die den Sprendlinger Steuerdoktor für mindestens ebenso ultramontan, wie nationalliberal halten, auch Neigung, während ein anderer Teil für eine eigene Kandidatur eintritt. Ende der Woche soll eine ultramontane Vertrauensmännerversammlung über die Kandidatenfrage entscheiden.

Die sozialdemokratische Partei betreibt bereits fleißige Werbearbeit. Ihr Kandidat ist Genosse Adelung-Mainz. Der Kampf ist bereits recht erbittert, und es steht zu erwarten, daß er sich noch mehr zuspitzt, da sich ohne Zweifel der Reichsverbandshäuptling Dr. Becker der Söldlinge des Reichsverbandes bedienen wird.

Krautjunker-Aesthetik.

Die „Deutsche Tageszig.", das Intelligenzblatt der Landbündler, schreibt über die heutige Wahlrechtsdemonstration vor dem preußischen Abgeordnetenhause:

„Die von manchen Seiten erwartete Demonstration vor dem Landtagshause kam über das bescheidenste Versuchsstadium nicht hinaus, da die Polizei diesmal auf dem Posten war und die paar Hundert Bummlergestalten, denen man

die Lust, auf politische Art blau zu machen, von weitem ansehen konnte, mit milder Bestimmtheit nötigte, auf einem anderen Wege wieder die Stammdestille zu erreichen."

Sehr schön gesagt und tief empfunden. Dem Bildungsstand der Kapazitäten der Landbündler völlig angepaßt! Heißt es doch schon in einem bekannten Knittelvers:

Es wühlt das Schwein gern in der Jauche;
Denn Dreck, das ist sein Element.

Kamarillen-Scharmützel.

Den industriellen Scharfmachern ist es offenbar nicht angenehm, daß dem Fürsten Bülow von verschiedenen Seiten scharf zu Leibe gegangen wird. Seine versteckte Ankündigung eines neuen Ausnahmegesetzes scheint ihm in diesen Kreisen neue Freunde geschaffen zu haben. Daraus erklärt es sich wohl, daß das Organ der Scharfmacher, die „Post", sich ganz energisch für Bülow ins Zeug legt. Sie läßt sich von „wohlinformierter" Seite schreiben, daß es kaum noch einem Zweifel unterliegen könne, daß es sich bei den Angriffen gegen den Reichskanzler um ein wohlvorbereitetes, planmäßiges Vorgehen handele. Hier sei kein Dilettant, sondern ein Meister der Intrige am Werke, den Reichskanzler zu stürzen und an seine Stelle einen bestimmten, den Wünschen einer besonderen Clique gefügigen Mann an die Spitze der Geschäfte zu bringen. Daß Hofkreise an diesem Treiben beteiligt seien, sei nicht anzunehmen. — Den Konservativen wird dann in unverhüllten Worten Vaterlandsverrat vorgeworfen. In dem Artikel findet sich nämlich folgender Satz:

„Wenn sich deutsche Parlamentarier an dieser Hetze beteiligen, so machen sie damit lediglich die Geschäfte des Auslandes. Das sollten sich die Herren v. Oldenburg, Graf Dohna-Finkenstein und v. Treuenfels gesagt sein lassen."

Dann folgt die Behauptung, daß die politische Lage überaus ernst sei, ernster als man denke, und daß man gerade in diesem Moment die geschickte Hand des Fürsten Bülow nicht entbehren könne. Dem Reichskanzler jetzt in den Rücken zu fallen, sei weder patriotisch noch konservativ. — Der Artikel schließt damit, daß man der Hetze gegen den Kaiser, die in Witzblättern zum Ausdruck gelange, scharf entgegentreten müsse.

Zur bayerischen Steuerreform.

Der Steuerausschuß hat das Kapitalrentengesetz in namentlicher Abstimmung im wesentlichen nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Wie alle Ertragssteuern ist auch die Kapitalrentensteuer als eine Ergänzungssteuer zur allgemeinen Einkommensteuer vorgesehen, hat aber mehr einen vermögenssteuerlichen Charakter (es ist z. B. der Schuldenabzug zugelassen), weshalb auch unsere Parteigenossen dem Gesetzentwurfe zustimmen konnten. Die Steuer beträgt bei steuerbaren Kapitalrenten

von 70 M.	bis 100 M.	. . .	1	Proz.
von mehr als 100 „	„ 400 „	. . .	1¼	„
„ „ „ 400 „	„ 700 „	. . .	1½	„
„ „ „ 700 „	„ 1000 „	. . .	1¾	„
„ „ „ 1000 „	. . .	. . .	2	„

der steuerbaren Kapitalrente.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht mehr als 1000 M. und dessen steuerbares Einkommen nicht mehr als 2000 M. beträgt, hat, wenn er von der Steuer nicht befreit ist, die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht mehr als 2000 M. und dessen steuerbares Einkommen nicht mehr als 2000 M. beträgt, hat drei Viertel der Steuer zu entrichten. Der Mindestbetrag der Steuer ist 50 Pf. Die Höchstbelastung des Kapitals durch Kapitalrentensteuer und Einkommensteuer ist 6,51 Proz. Das ist

um 2,01 Proz. höher als in Elsaß-Lothringen,
um 1,19 „ „ „ „ Preußen und
um 0,26—0,68 Proz. höher als in Sachsen.

Als einen Fortschritt des Gesetzes darf man die wesentlich schärfere Heranziehung des Kapitalvermögens beim Erbgang bezeichnen. —

Die Ersatzwahl in Verden-Hoya.

In dem bisher von dem Abgeordneten Held vertretenen Wahlkreise Verden-Hoya scheint die Blockpolitik Schiffbruch zu leiden. Die Bündler haben ihr Mitglied Harries aus Uenzen aufgestellt. Die Nationalliberalen wandten sich darauf an die Bündler mit dem Ersuchen, gemeinsame Sache zu machen. Sie stellten die Bedingung, daß sich der Kandidat des Bundes der Landwirte verpflichten solle, zunächst nur für die Dauer der Wahlperiode der nationalliberalen Fraktion als ordentliches Mitglied beizutreten; dem Bunde könne er weiter angehören! Man wollte ein gemeinsames Wahlkomitee bilden und die Kosten gemeinsam tragen. Der Vorsitzende des Wahlkomitees sollte von diesem selbst gewählt werden. Die Nationalliberalen gingen also in ihrer Selbstverleugnung so weit, daß sie auch noch die Wahlleitung dem Bunde der Landwirte überlassen wollten. Der Bund wies das Anerbieten hochmütig zurück.

Jetzt wollen die Nationalliberalen eine eigene Kandidatur aufstellen, und zwar den Präsidenten der Seehandlung in Berlin, Heiligenstadt. Am Sonntag soll dieser Akt vollzogen werden.

Außer diesen beiden Blockbrüdern krebsen auch die Freisinnigen mit einer Kandidatur, sie sind aber noch nicht zum Schluß gekommen. Unsere Partei und auch die Welfen haben ihre Kandidaten bereits aufgestellt. Bevor der „Held" der Nationalliberalen den Wahlkreis eroberte, war dieser welfisch vertreten, und bei der gegenwärtigen Lage ist es nicht ausgeschlossen, daß der Wahlkreis dem Block wieder verloren geht.

Viel mehr als die einzelnen Blockparteien ist die Regierung an dem Ausfall der Wahl interessiert, denn um das Renommee der Regierung geht es. Deshalb ist auch der eigentliche Wahlleiter die Regierung selbst. Auf besonderen Wunsch der Regierung haben die Nationalliberalen den Bittgang bei den Bündlern gemacht. Als diese ablehnten, hat sich der Kandidat des Bundes auf Wunsch der Regierung für die freikonservative Fraktion entschieden, um den Nationalliberalen den Verzicht auf den eigenen Kandidaten, der noch vor dem Wahltage erfolgen soll, nicht zu erschweren. Jetzt ist man am Werke, um dem nationalliberalen Kandidaten Heiligenstadt nahezulegen, von der Kandidatur Abstand zu nehmen. Andererseits finden Verhandlungen des Beauftragten der Regierung im Wahlkreise selbst mit den Wahlkomitees statt, um doch noch eine gemeinsame Blockkandidatur zustande zu bringen. Den Freisinnigen ist nahegelegt, auf eine Kandidatur ganz zu verzichten, worauf sie auch bedingungslos eingegangen sind. Sie haben sich nur vorbehalten, für den Fall, daß die Blockkandidatur nicht zustande kommen sollte, doch noch einen Beschluß über eine eigene Kandidatur fassen zu dürfen. Selbstverständlich sind diese Verhandlungen vertraulich geführt, sie sind aber Tatsache und können durch kein Dementi aus der Welt geschafft werden.

Die Ersatzwahl in Verden ist also keine Wahl, die von den Parteien zur Stärkung ihrer Partei betrieben wird, sondern eine Wahl, bei der die Blockparteien Handlanger für die Regierung spielen. Der Block hat zu einer bejammernswerten Versumpfung der bürgerlichen Parteien geführt. Man versucht sogar die Blockeinigkeit mit dem Hinweis auf die Rede Bülows im Abgeordnetenhause zu kräftigen und behauptet, daß der Passus von Einigkeit des Bürgertums an das nationalliberale Wahlkomitee in Verden gerichtet gewesen ist.

Dalles auch im Reichslande.

Bis vor ganz kurzer Zeit gehörte Elsaß-Lothringen zu den Staaten, deren Finanzen vom technischen Standpunkt aus zu Einwendungen wenig Veranlassung gaben. Jetzt ist es anders geworden. Zusehends verschlechtert sich auch in Elsaß-Lothringen die Finanzlage, und die soeben veröffentlichten Schlußzahlen des reichsländischen Etats offenbaren, daß auch hier der Dalles Trumpf ist. Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 66 894 137 Mark ab. Davon entfallen auf den ordentlichen Etat an Ausgaben 61 307 209 M. Der außerordentliche Etat verzeichnet an Ausgaben 4 741 933 M., an Einnahmen 4 586 928 M. Um bilanzieren zu können, mußte die Regierung zu dem verzweifelten Aushilfmittel greifen, zu den tarifmäßigen Sätzen der Verkehrssteuern einen Zuschlag von einem Zehntel zu erheben.

Die Regierung will diese verwerfliche finanzpolitische Maßnahme nur vorübergehend anwenden; schon aber jubeln bürgerliche Blätter, das sei ein Fingerzeig dafür, wie im Reichsland die Finanzreform gemacht werden könne. Durch die Erhöhung der Verkehrssteuern will man um die Einführung der progressiven Einkommensteuer herumkommen.

Eine Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Stade-Bremervörde.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Reese ist, wie wir bereits meldeten, Sonntag früh im Alter von 54 Jahren verstorben. Er hatte schon monatelang krank gelegen. Der Wahlkreis Stade gehörte früher zum sicheren Besitz der nationalliberalen Partei. Er war lange Zeit von Bennigsen und später von Sattler bis zu dessen Tode vertreten. Jetzt ist die Sozialdemokratie den Nationalliberalen stark auf den Leib gerückt, und auch der Bund der Landwirte macht große Anstrengung. Der Bündlerführer Hahn stammt aus dem Kreise.

Bei der letzten Wahl erhielt Reese 9701, Genosse Rhein 6442, der Bündler 4891 und der Welfe 1471. In der Stichwahl siegte Reese mit 14 995 gegen 6551 sozialdemokratische Stimmen.

Ein Minister-Anklagegesetz

besteht im Großherzogtum Sachsen bereits seit dem Jahre 1850. Schon in der Verfassung dieses Landes, vom 5. Mai 1816, wurde dem Landtage das Recht gewährt, „bei dem Fürsten Beschwerde und Klage zu erheben gegen die Minister und gegen andere Staatsbehörden über derselben Willkür und über deren Eingriffe in die Freiheit, die Ehre und das Eigentum der Staatsbürger, sowie in die Verfassung des Landes."

Obwohl von Willkür und Eingriffen in die Freiheit der Bürger des öfteren berichtet werden konnte, ist das Gesetz doch nie zur Anwendung gekommen. Das hatte seinen Grund. Das Gesetz nimmt sich zwar auf dem Papier wunderschön aus, aber praktisch ist es ganz wertlos. Zunächst wird bestimmt, daß ein Antrag auf Klageerhebung gegen einen oder mehrere Departementschefs (so werden im weimarischen Regierungsdeutsch heute noch die Minister benannt) nur eingebracht werden kann, wenn er von mindestens 15 Abgeordneten unterstützt ist. Der Landtag zählt jetzt aber nur 33 Abgeordnete, bei Erlaß des Gesetzes kamen 40 Abgeordnete in Betracht. — Sobald ein solcher Antrag beim Präsidenten des Landtags eingeht, hat dieser, wenn der Landtag versammelt ist, die Wahl eines Ausschusses zu veranlassen, welcher aus den drei Mitgliedern des Landtagsvorstandes und noch vier Abgeordneten besteht. Ist der Landtag aber nicht versammelt, dann vertritt der Landtagsvorstand die Stelle dieses Ausschusses.

Dieser Ausschuß hat die erforderlichen Aufklärungen über die in dem Anklageantrage enthaltenen Anklagepunkte zu beschaffen. Dann erst ist an den Landtag Bericht zu erstatten. Dieser beschließt, ob die beantragte Klage erhoben werden soll. — Ist der Landtag nicht versammelt oder auf länger wie dreißig Tage vertagt, dann hat der Präsident, sobald der Ausschuß seine Arbeiten beendet hat, die sofortige Einberufung des Landtages bei der Regierung zu beantragen. Sollte inzwischen die Auflösung des Landtages erfolgt sein, dann bleiben trotzdem die Mitglieder des Ausschusses bis zum Zusammentritt des nächsten Landtages in ihren Funktionen. — Hat der Landtag einen Beschluß auf Klageerhebung gefaßt, so hat der Ausschuß einen oder mehrere, aber nicht über drei Aktoren zu bestimmen, welchen die weitere Fortführung der Sache übertragen wird.

Die Aktoren haben beim Präsidenten des Staatsgerichtshofes die Anzeige einzureichen, in der die Anklagepunkte kurz aber bestimmt zu bezeichnen sind. Der Staatsgerichtshof besteht aus dem Präsidenten des Oberlandgerichts und zwölf Räten.

Wenn der Staatsgerichtshof die Anklage nicht sofort als unbegründet zurückweist, hat er eine aus drei Mitgliedern inländischer Justizkollegien, die nicht Mitglieder des Staatsgerichtshofes sind, bestehende Kommission zu bestellen, die die weitere Untersuchung zu führen hat. Nach Abschluß dieser Voruntersuchung tritt erst das ordentliche Verfahren nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung gemäß Artikel 198 bis 199 in Kraft. Wird vom Staatsgerichtshofe gegen einen Angeschuldigten wirklich der Anklagestand erkannt, so wird nach den Artikeln der Strafprozeßordnung weiter entschieden.

Also ein so umständliches Verfahren, daß dabei sicherlich nie etwas herauskommt. Zu alledem kommt noch in Betracht, daß infolge des Wahlgesetzes die Zusammensetzung des Landtages schon dafür bürgt, daß das Gesetz nur auf dem Papier steht und auch bei den größten Willkürakten und sonstigen Verfehlungen niemals in Anwendung kommen würde. — Immerhin ist es ein Beweis dafür, wie solche Gesetze nicht beschaffen sein dürfen. —

Wahlrechtsjesuiten.

In M.-Gladbach hat das Zentrum im Stadtverordnetenkollegium den Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus eingebracht. In Köln hat dagegen das Zentrum gegen einen vom sozialdemokratischen Verein gestellten Antrag des nämlichen Inhalts gestimmt, und in Aachen brachten Zentrumsleute mit Hilfe der nationalliberalen Stadtverordneten den gleichen Antrag zu Fall.

Des Rätsels Lösung ist einfach: In Köln und Aachen hat das Zentrum im Rathause die Mehrheit; in M.-Gladbach ist es in der Minderheit. In Köln und Aachen fürchtete das Zentrum von der Herabsetzung des Wahlzensus eine Verminderung seiner Macht; in M.-Gladbach erwartet es von der Annahme des Antrages eine Stärkung seiner Position gegenüber den Liberalen.

Zur Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

Am 31. Mai v. J. fand in Insterburg eine öffentliche Landtagswählerversammlung statt, zu der ausdrücklich die Landtagswähler eingeladen waren. Außer zirka 150 Wählern waren auch 6 bis 7 Frauen mit ihren Männern mitgekommen. Deshalb glaubte die Insterburger Polizei, die diese Versammlung, die nicht angemeldet war, bewachen ließ, der Vorsitzende habe gegen § 5 des Reichs-Vereinsgesetzes verstoßen, als er die Versammlung nicht anmeldete. Er erhielt einen Strafbefehl über 15 M. Der dagegen eingelegte Einspruch wurde vom Schöffengericht verworfen mit der Begründung, daß die Versammlung durch die Anwesenheit der 6 Frauen ihren Charakter als Wählerversammlung verloren hatte und daher anmeldepflichtig war.

Entgegengesetzter Ansicht war jedoch die Strafkammer zu Insterburg als Berufungsinstanz. In ihrer Sitzung vom 20. Januar d. J. hob sie das Schöffengerichtsurteil vom 20. November auf und sprach den Angeklagten frei. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß die Beteiligung einiger nicht wahlberechtigter oder minderjähriger Personen an der Wählerversammlung den Charakter einer anmeldepflichtigen Versammlung nicht verleihen könne.

Bei seiner Verteidigung hatte sich der Angeklagte, Genosse Jung, auch auf ein Urteil der Breslauer Strafkammer vom 3. November 1908 berufen. Diesem Urteil schloß sich das Gericht an.

In der diesem Prozeß zugrunde liegenden Versammlung hatte der Referent, Genosse Linde aus Königsberg, der Polizeiverwaltung Unkenntnis des Vereinsgesetzes vorgeworfen. Dafür wurde er von derselben Strafkammer zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Hochschullehrer und Sozialdemokratie.

Es ist schon oft, auch von bürgerlicher Seite, gesagt worden, daß der Durchschnittsarbeiter mehr von politischen Dingen verstehe, als mancher Gelehrte. Eine abermalige Bestätigung dieses Satzes lieferte dieser Tage Professor Dr. Aschaffenburg in einem Vortrage an der Kölner Handelshochschule. Er leistete sich bei der Besprechung des Themas „Alkohol und Verbrechen" diesen Satz: „Für die wirtschaftliche Not gibt es kein Rezept, auch im Zukunftsstaat nicht; bei einer Vermögensteilung wäre in zehn Jahren alles beim alten."

Der Psychiater Aschaffenburg genießt in Fachkreisen einen gewissen Ruf. In politischen Dingen ist er ein Kind, sonst hätte er nicht mit dem schon seit Jahrzehnten abgetanen Märchen vom Teilen kommen können. Der Mann hat also nie etwas davon gehört, daß die Sozialdemokratie die Produktionsmittel vergesellschaften will. Er redet vom Katheder einer Hochschule herab über eine Kulturerscheinung, ohne sich jemals die Mühe gemacht zu haben, auch nur durch einen Blick in eine sozialdemokratische Zehnpfennig-Broschüre sich über die von ihm zitierte Partei zu unterrichten.

Die Balkankrise.

Eine neue Komplikation

ist eingetreten. Bulgarien hat plötzlich, angeblich zur Abwehr bedrohlicher türkischer Truppenbewegungen, einen Teil seiner Armee mobilisiert. Die 8. Grenzdivision ist am Sonntag durch telegraphische Einberufung von 18 Reservejahrgängen auf volle Kriegsstärke, am Montag ist die 2. Division mobilisiert und sind die Grenztruppen verstärkt worden. Die Regierung will die Nachricht erhalten haben, daß im Grenzgebiet bei Adrianopel große Truppenbewegungen stattfinden und die Türkei die Besetzung zweier strategisch wichtiger Grenzpunkte beabsichtige.

In der Sobranje wurde am Montag eine Interpellation über diese Maßnahmen verhandelt. Das Mitglied der Regierungspartei Statanow sagte in der Begründung, die Nation werde alle schnellen und entschiedenen Maßnahmen der Regierung zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der nationalen Interessen mit Freuden begrüßen. Der Minister des Aeußern Paprikow erklärte, daß die Einberufung der Reserven nur eine Vorsichtsmaßregel sei und daß Bulgarien nicht die Absicht habe, den Frieden zu stören. Dies sei am besten durch die Verhandlung bewiesen, die Minister Ljaptschew in Konstantinopel geführt hat und an deren Schluß ein bulgarisches Angebot formuliert worden sei. Ohne von dem Grundsatz abzuweichen, die zwischen uns und der Türkei schwebenden Fragen friedlich zu erledigen, haben wir die Mobilisierung angeordnet, welche auch nicht die Bedeutung hat, die man ihr beilegt. Die Kammer votierte zum Schluß der Regierung einstimmig ihr Vertrauen.

Die Mobilisierung erregt in der Bevölkerung Aufsehen, ebenso in diplomatischen Kreisen, wo man befürchtet, daß bei der gereizten Stimmung der Grenzbevölkerung leicht Konflikte entstehen könnten. Aus Ostrumelien liegen Nachrichten vor, nach denen die dortige Bevölkerung die militärischen Maßnahmen freudig begrüßt.

In den diplomatischen Kreisen Konstantinopels haben die Meldungen aus Sofia überrascht und Besorgnisse erregt. Von einer besonderen militärischen Vorbereitung türkischerseits oder irgendwelchen türkischen Spezialplänen auf strategisch wichtige Punkte des bulgarischen Gebiets ist in den diplomatischen Kreisen nichts bekannt. Allerdings herrscht seit einigen Monaten im zweiten Korpsbereiche unter dem Kommandanten Nazim Pascha rege Tätigkeit, auch ist der Kommandant des vierten Korps, Abdullah Pascha, vor zwei Tagen mit einem Auftrage nach Adrianopel abgereist.

Die österreichisch-türkischen Verhandlungen.

Wien, 24. Januar. Der „Politischen Korrespondenz" zufolge, hat sich bei Prüfung des Protokolles über die österreichisch-türkische Verständigung im Ministerium des Aeußern kein Anlaß zu wesentlichen Einwendungen ergeben. Es sei daher vorauszusehen, daß es möglich sein werde, Ende nächster Woche die Antwort des Wiener Kabinetts nach Konstantinopel zu übermitteln.

Oesterreich-Ungarn hat zwei Noten an die Pforte gerichtet, worin es Beschwerde über zwei Fälle von Beleidigung österreichischer Konsuln in Tripolis und Mersina erhebt. Die Vorgänge mit dem Boykott zusammen. Die Beleidiger sind nicht bestraft worden. Die Noten fordern, daß die Pforte sofort kategorischen Befehl für eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen und eine entsprechende Genugtuung gebe.

Oesterreich.

Neue nationalistische Ausschreitungen in Prag.

Prag, 24. Januar. Aus Anlaß des Bummels der deutschen Couleurstudenten kam es heute wieder auf dem Graben zu Ausschreitungen. Gegen Mittag wurde der Graben durch berittene Polizei geräumt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Da die Polizei nicht ausreichte, wurde Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonett zur Verstärkung herangezogen. Die Menge leistete Widerstand und unternahm einen Sturm auf das Deutsche Haus, worauf die Gendarmerie im Laufschritt vorrückte. Es entstand eine große Verwirrung, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden.

Frankreich.

Ein Handelsabkommen mit Kanada.

Paris, 24. Januar. Die Minister Pichon, Caillaux, Cruppi, Ruan sowie der hiesige englische Botschafter Bertie und der kanadische Finanzminister Fielding unterzeichneten ein Zusatzabkommen zu der im Januar 1907 abgeschlossenen französisch-kanadischen Handelskonvention. Der Wortlaut wird erst veröffentlicht werden, nachdem die Vorlage dem Senat amtlich unterbreitet sein wird. Es bestätigt sich, daß Kanada in diesem Zusatzabkommen Zugeständnisse betreffend die Viehausfuhr bewilligt.

Rußland.

Die Korruption.

Petersburg, 23. Januar. General Alexejew wurde vom Marinegericht nach fünfstündiger Beratung heute abend von der Anklage der Erpressung freigesprochen, aber für schuldig befunden, als Marinestabsoffizier während des Krieges mit Japan zu der englischen Firma Hotchkiß Beziehungen unterhalten und von ihr 9500 Rubel erhalten zu haben. Das Urteil lautete auf Dienstentlassung und die gesetzmäßigen Folgen sowie auf eine Geldstrafe von 10 000 Rubel oder im Falle der Zahlungsunfähigkeit ein Jahr Gefängnis.

Türkei.

Die politische Lage.

Konstantinopel, 19. Januar. (Eig. Ber.) Das politische Leben der konstitutionellen Türkei macht, wie neulich sich der Nationalist Hussein Dschahid ausdrückte, den Eindruck eines Chaos. Das Parlament zeigt noch nicht den leisesten Ansatz zu einer Parteibildung. Bevor Kiamil Pascha seinen Rechenschaftsbericht im Parlament gegeben hatte, sprach man von einem „jungtürkischen Block", der das Aufkommen anderer Parteien mit allen Mitteln verhindern sollte. Es stellte sich aber heraus, daß dieser angebliche Block auf das aus einigen 12 Personen bestehende Konstantinopler Zentralkomitee zu beschränken war, das in den letzten Wochen unter bedenklicher Hineigung zu dem Jildis eine ziemlich tyrannische Herrschaft geführt hatte. In seinem hiesigen Organe hatte es unter der Leitung des Dr. Behaeddin eine überaus heftige Kampagne gegen Kiamil Pascha geführt, mit der ausgesprochenen Absicht, das Ministerium zu Falle zu bringen. Der Frontwechsel, den das Komitee angeblich unter englischem Einfluß vorgenommen hatte, zeigte, daß inzwischen der Saloniker Flügel des Komitees, der eine konsequente englandfreundliche Politik betrieb, die Macht der konstantinopler Oligarchen erfolgreich bekämpft und schließlich untergraben hatte. Einige bekannte freisinnige Mitglieder des Komitees, wie der Dr. Riza Nur, hatten schon seit längerer Zeit in der Presse gegen die Autorität des immer mehr hoffähig gewordenen Komitees sich aufgelehnt. Die Kammer fand allmählich ihre Selbständigkeit wieder; hatten ja doch nicht alle ihre Mitglieder an dem lächerlichen Gastmahl im Jildis teilgenommen, bei dem ein angeblich unabhängiger Patriot wie Hussein Dschahid sich die Mühe genommen hatte, festzustellen, wie oft der Sultan gehustet hatte. Zu diesen gesinnungstüchtigen Liberalen, die es verschmäht hatten, sich an der Komödie der großen Versöhnung zu beteiligen, gehörte u. a. Ebu Sia Tewfik, Ismail Kemal und viele der armenischen Abgeordneten. Infolge dieses Machtverlustes des Komitees gelang es Kiamil Pascha, das Vertrauensvotum der Kammer zu gewinnen. Dem Delirium des Enthusiasmus im Jildis folgte das Delirium in der Kammer, dem natürlich die Ernüchterung auf dem Fuße folgte. Man fand, daß trotzdem sich Kiamil Pascha in seinem Exposé auf den Boden der Verfassung gestellt hatte und sogar eine Abänderung der Verfassung verheißen hat, dadurch genügende Garantien für einen wirklich freiheitlichen Ausbau der Konstitution nicht gegeben waren. Die Kammer scheint aber doch nach dem vorübergehenden Ausbruch überschwenglicher südlicher Leidenschaft sich ihrer Emanzipation aus den Banden des Komitees zu erfreuen und selbständiger aufzutreten. Die Sitzung vom 16. Januar bewies das. Der Finanzminister, der das Budget nicht hatte fertigstellen können und sich mit der Saumseligkeit seiner Kollegen entschuldigte, die die Einzelbudgets nicht eingeschickt hätten, verlebte eine unangenehme Stunde.

Es wurde ihm unter anderem vorgeworfen, daß er die Robotauflage in den östlichen Wilajets für den Bau der Forts von Erzerum, die im Prinzip abgeschafft war, immer noch hatte fortbestehen lassen. In dieser Sitzung wurde schonungslos die alte böse Wunde der alten Türkei am Leibe der neuen Türkei wiederaufgefunden und aufgedeckt — die grenzenlose Sorglosigkeit und Faulheit der Zentralregierung. —

Hussein Helmi Pascha hat bei seinem ersten Auftreten im Parlament wichtige Verwaltungsreformen angezeigt. Der Minister des Innern wendet seine Aufmerksamkeit besonders der Provinzialverwaltung zu. Er geht damit um, die alte Wilajetsordnung, die niemals ausgeführt worden ist, in Kraft treten zu lassen und, als ersten Schritt dazu, die Provinziallandtage (Generalräte) und die Munizipalräte einzuberufen. Die Zustände im Wilajet Aidin (Smyrna), wo das Räuberunwesen immer mehr um sich greift, wurden von den Abgeordneten dieser Provinz mit düstren Farben geschildert. Das türkische Parlament hat auf diese Weise einen guten Anlauf genommen, es ist arbeitsfreudig, aber vor der Hand ohne alle leitenden Grundsätze und in wirklich chaotischem Zustande.

Die bloße Vermutung, die der inzwischen in ein Organ des neuen „unpolitischen" Komitees Ittchad we Teraki umgewandelte „Schura-i-Ummet"; äußerte, daß sich in der Kammer Anfänge zur Bildung nationalistischer Parteien zeigten, wurde von den Deputierten als eine so schwere Beleidigung aufgefaßt, daß Ahmed Riza Bej im Namen der Kammer Verwahrung einlegte. Und doch wird sich der Nationalismus, der die Türkei in einen Föderativstaat umwandeln will, auf die Dauer nicht fernhalten lassen.

In Syrien regen sich schon die Autonomisten, trotz der von den Loyalisten veranstalteten Demonstrationen. Die Albanesen haben sich der Partei der türkischen Freiheitsfreunde (Achrar firkasi) des Prinzen Sebaheddin bedeutend genähert, von dem Gedanken der Dezentralisation, die jene als Parole ausgibt, angelockt.

Das Komitee in seiner jetzigen Verfassung wird der Ausbreitung jener Partei keinen ernsten Widerstand entgegensetzen können. Man ist der Geheimbünde jetzt satt. Das Komitee scheint sich durch sein Vorgehen gegen den Bund der früheren Verbannten (Fedakjaran-i-milet, eigentlich nationale Märtyrer) selbst eine Grube gegraben haben. Es hat den Anschein, daß es die belastenden Dokumente, welche in dem Klub der verhafteten und aufgelösten Gesellschaft gefunden wurden, gefälscht hat. Es wurde festgestellt, daß ein Mitglied des Bundes, ein gewisser Fetchi Bej, der den Verräter gespielt hat, gleich nachdem er sich mit den Vertretern des Ittchad in Verbindung gesetzt hatte, in Freiheit gesetzt wurde. Der „Bund der Verbannten" war nichts als eine Interessenvertretung der erbittertsten Feinde des alten Regimes. Daß es darunter viele Desperados gab, ist sicher. Aber sein größtes Verbrechen war, daß er dem Komitee entgegentrat. Schon aber regen sich Stimmen, welche ein ähnliches Vorgehen gegen den Ittchad fordern. Die Parole wird bald lauten: Weg mit den Komitees!

Aus dem Parlament.

Konstantinopel, 25. Januar. Die Kammer erledigte heute eine große Zahl von Anträgen, insbesondere bezüglich der Konzessionen öffentlicher Arbeiten unter dem alten Regime. Es wurde beschlossen, sämtliche Akten über die unter dem alten Regime zugestandenen Konzessionen zur Prüfung vom Handelsminister einzufordern und künftig Konzessionserteilungen von der Zustimmung der Kammer abhängig zu machen. Ein Antrag, die Regierung solle ein Rotbuch über die auswärtige Politik ausarbeiten, wurde abgelehnt, da die Anregung hierzu von der Regierung ausgehen müsse. Ebenso wurde ein Antrag auf Einführung der direkten Abgeordnetenwahl abgelehnt.

Persien.

Englisch-russische Ratschläge.

Petersburg, 24. Januar. In der russischen und ausländischen Presse war die Meldung verbreitet, daß Rußland und England gegenwärtig über die persischen Angelegenheiten verhandeln. Hierzu erfährt die Petersburger Telegraphenagentur aus zuverlässiger Quelle, daß Rußland und England gar nicht daran denken, von dem Prinzip, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Persiens einzumischen, abzuweichen. Gleichzeitig sind beide Regierungen der Ansicht, daß die Sachlage in Persien dringend eine praktische Verwaltungsform fordert, die die Verwirklichung der nötigen wirtschaftlichen, finanziellen und administrativen Reformen fördern würde. Die gegenwärtigen Wirren in Persien scheinen die zahlreichen wirtschaftlichen Interessen Rußlands und Englands in Persien zu bedrohen. Beide Regierungen setzen daher den Meinungsaustausch über diesen Gegenstand fort, um dem Schah und seiner Regierung in diesem Sinne Ratschläge zu erteilen.

Die Täbriser Revolutionäre an den Schah.

Teheran, 25. Januar. Die Endschumen von Täbris haben ein Telegramm an den Schah gerichtet, worin sie 15 Punkte aufführen, welche zu erfüllen sind, bevor sie die Waffen strecken. Unter diesen Bedingungen befinden sich u. a. die sofortige Einberufung des Parlaments sowie die Anerkennung der Endschumen.

Amerika.

Abstriche an Rüstungsausgaben.

Washington, 22. Januar. Das Repräsentantenhaus hat mit 158 gegen 108 Stimmen den von der Marinekommission empfohlenen Gesetzentwurf angenommen, der zwei neue Schlachtschiffe vorsieht. Die Regierung hatte vier Schiffe gefordert. In der Debatte erklärten die Republikaner Towney und Barthold auch die zwei Schlachtschiffe für überflüssig, da Amerika mit allen Nationen in Frieden leben wolle. Towney sagte, die japanische Frage sei wahrscheinlich zur Durchbringung der Flottenforderungen heraufbeschworen worden.

Die Budgetkommission hat die für Befestigungszwecke in Aussicht genommenen Voranschläge, die sich ursprünglich auf nahezu 10 Millionen Dollars bezifferten, auf 7 920 111 Dollars reduziert, unter denen sich als größter Posten eine Million für Küstenbatterien auf den Philippinen befindet.

Kuba.

Abzug der Amerikaner.

Habana, 24. Januar. Die letzte Abteilung der amerikanischen Okkupationsarmee hat gestern die Rückfahrt nach den Vereinigten Staaten angetreten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Glasbläser! In der A. E.-G. in der Sickingenstraße haben die Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Herrenmaßschneider!

Ueber die Firma B. Kirchner, Zimmerstr. 38, wird hiermit wegen Tarifbruch und Maßregelung einiger Kollegen die Sperre verhängt. Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Mitglieder wegen Tarifbruch gesperrt sind: Brückner, Wilhelm-Stolze-Straße 16; Kroll, Wisbyerstr. 74. — Geregelt sind die Verhältnisse bei Ludwig, Nomintener Straße 29b und Rosenke, Emdener Straße 4.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Terrorismus gegen technische Beamte.

Der Verband der Ortsgruppen Oberschlesiens des Bundes der technisch-industriellen Beamten veranstaltete am Sonntag in Königshütte eine Protestversammlung gegen die Beschränkung des Koalitionsrechts durch die Industriellen Oberschlesiens und gegen die Maßregelung des Steigers Appelt von der kons. Gieschegrube in Schoppinitz, Kreis Kattowitz.

An dieser Versammlung nahmen über 200 Beamte aller Branchen aus dem Industriebezirk teil. Die Stimmung der Versammelten war eine sehr begeisterte. Nach Eröffnung der Versammlung, die vom Vorstand des obengenannten Verbandes geleitet wurde, unterbreitete der Vorstand der Versammlung die Tatsache, daß der Steiger Appelt von der Gieschegrube gemaßregelt worden sei, weil er sich nicht darauf beschränkte, ein zahlendes Mitglied des Bundes zu sein, sondern den Posten eines Vertrauensmannes bekleidete und für den Bund eifrig agitierte. Die Verwaltung kündigte dem Steiger Appelt am 15. Dezember per 31. Dezember 1908. Appelt sei 4½ Jahre auf der Gieschegrube gegen Tagegelder beschäftigt gewesen und nach vierzehntägiger Kündigung entlassen. Es ist besonders bezeichnend, daß ein Grubenbeamter, dem eine große Zahl von Arbeitern unterstellt ist und eine große Verantwortung hat, gegen vierzehntägige Kündigung beschäftigt wird. Als die Kündigung durch den Bergwerksdirektor Besser ausgesprochen war, begab sich Appelt zu demselben, um die Gründe zu erfahren, die zu der Kündigung geführt haben. Auf die Frage, ob er sich irgendwelche dienstliche Verfehlungen hätte zuschulden kommen lassen, wurde ihm geantwortet, daß sein außerdienstliches Verhalten für die Kündigung maßgebend sein kann und es könne nicht geduldet werden, daß unter den Beamten eine hetzerische Agitation betrieben wird.

Appelt unterbreitete diese Angelegenheit dem Vorstande seiner Organisation, welcher eine Eingabe an den Bergwerksdirektor sandte und um Verhandlung in dieser Angelegenheit nachsuchte. Herr Besser beschied den Vorstand dahin, daß er jede Einmischung Dritter in die Angelegenheit des Betriebes zurückweisen müsse. Nun wandte sich der Vorstand an den Generaldirektor Uthemann in Zalenze, welcher den Vorstand nicht einmal einer Antwort würdigte. Demselben Schicksal verfiel eine weitere Eingabe an das Repräsentantenkollegium der Bergwerksgesellschaft von Giesche's Erben in Breslau.

Da alle Mittel versagten, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen, so blieb nur noch die Flucht in die Oeffentlichkeit und zu diesem Zweck sei die heutige Versammlung einberufen.

Hierauf hielt Ingenieur Timm aus Berlin einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, der dahin ausklang, daß die Angestellten der Industrie durch die Maßregelung des Kollegen Appelt nicht die Flinte ins Korn werfen sollen, sondern mit um so größerem Eifer sich für die gute Sache der Organisation hinzugeben, bis auch für die Industrieangestellten ein soziales Gleichgewicht geschaffen ist gegen die große Uebermacht des Kapitals, welches rücksichtslos die geistigen Arbeiter ausbeutet und sie der gesetzlich garantierten Staatsbürgerrechte beraubt, wofür Redner eine Anzahl Beispiel anführte.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der sich alle Redner mit dem gemaßregelten Steiger solidarisch erklärten, ergriff nochmals Herr Timm das Wort und erklärte unter anderem, daß man der Verwaltung der Gieschegrube für die Maßregelung des Steigers dankbar sei. Wie in Bayern der Angriff der Industriellen auf das Koalitionsrecht der Angestellten einen Markstein bildete, so wird die Maßregelung des Steigers Appelt durch die Verwaltung der Gieschegrube einen Markstein für die Organisation in Oberschlesien bilden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die in großer Zahl in Königshütte versammelten Industriebeamten Oberschlesiens erheben hierdurch schärfsten Protest gegen die jüngst erfolgte Beamtenmaßregelung auf der Gieschegrube in Schoppinitz.

Sie sehen in der Entlassung eines Steigers wegen seiner Zugehörigkeit zum Bund der technisch-industriellen Beamten einen Angriff auf die allen Staatsbürgern gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit und weisen die Oeffentlichkeit sowie die gesetzgebenden Faktoren auf die Gefahr hin, die dann besteht, wenn durch eine derartige unwürdige Bevormundung Ansehen und Charakter der technischen Bergbeamten erschüttert wird, von deren technischen und moralischen Fähigkeiten das Wohl Zehntausender von Bergleuten abhängt.

Mit Entrüstung weisen sie es zurück, daß von sozialpolitisch rückständigen Arbeitgebern und Angestellten immer wieder dem Bund der technisch-industriellen Beamten verhetzende und sozialdemokratische Tendenzen unterstellt werden.

Sie sind der festen Ueberzeugung, eine hervorragend nationale Arbeit zu leisten, wenn sie auf dem Boden strengster parteipolitischer Neutralität den für die deutsche Volkswirtschaft so wichtigen Stand der technischen Privatbeamten in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung fördern, wozu straffe und leistungsfähige Organisationen, wie der Bund der technisch-industriellen Beamten, unerläßlich sind.

Die Versammlung spricht daher die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber des oberschlesischen Industriebezirks sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und in Zukunft weder direkt noch indirekt die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten antasten werden."

Ob das deutliche Abrücken der Beamten von der Sozialdemokratie ihnen nutzen wird? Die Unternehmer nennen von vornherein jede Ausnutzung des Koalitionsrechtes „sozialdemokratisch" und behandeln sie mit dem Haß, den sie dieser Partei entgegenbringen. Ihnen kann man nur durch starke Organisation imponieren, nicht sie mit Entschuldigungen versöhnen.

Maßregelung?

Aus Schoppinitz (Regierungsbezirk Oppeln) wird gemeldet: Auf der Gische-Grube wurden elf Steiger entlassen. Man nimmt an, daß dies wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten geschehen ist.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge.

Das Stadtverordnetenkollegium in Altenburg, S.-A., hat, auf Antrag der sozialdemokratischen Vertretung im Kollegium, 10 000 M. zur Barunterstützung von Arbeitslosen und zur Vornahme von Notstandsarbeiten bewilligt. Außerdem ist eine amtliche Zählung über den Umfang der Arbeitslosigkeit in der Stadt Altenburg bestimmt worden unter Zuziehung von Zählern, die von den Gewerkschaften gestellt werden. Nach einer vom Gewerkschaftskartell in der Zeit vom 1.—10. Januar aufgenommenen Arbeitslosenstatistik befanden sich in Altenburg unter 5200 organisierten Arbeitern 400 gänzlich Arbeitslose, außerdem 88, die keiner Organisation angehörten, sowie 663, die allwöchentlich 1—3 Tage mit der Arbeit aussetzen müssen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit schwankt zwischen 12 und 185 Tagen. In der Hauptsache sind die Organisationen der Holz- und der Metallarbeiter von der Krise betroffen.

Ausland.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag in Holland.

Das holländische Unternehmertum strebt mit aller Macht danach, der Arbeiterschaft in den verschiedensten Gewerben individuelle Arbeitsverträge aufzunötigen, um jetzt, in der Zeit der Wirtschaftskrise, die Tätigkeit der Gewerkschaften auch für die Zukunft lahmzulegen, den Arbeitern das Streikrecht zu entreißen. An Orten und in Berufen, wo die Unternehmer sich besonders stark fühlen, muten sie den Arbeitern Bedingungen zu, die dem Begriff eines freien Arbeitsvertrages Hohn sprechen und auch mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. So wollen z. B. die vereinigten Glasfabrikanten einen Kulikontrakt einführen, in dem die Kündigungsfrist auf 6 Wochen festgesetzt ist, unmittelbare Entlassung vorgesehen ist, wenn der Arbeiter einmal nicht zur rechten Zeit in der Fabrik ist oder sich an einem Streik beteiligt usw. Die Arbeitszeit soll nach diesem Kontrakt von jedem Unternehmer nach seinem persönlichen Gutdünken geregelt werden, und schließlich soll der Arbeiter von vornherein auf jeden Entschädigungsanspruch, der einen Wochenverdienst übersteigt, verzichten. Die Arbeiter weigern sich selbstverständlich, den gesetzwidrigen Kontrakt zu unterzeichnen.

Wegen ähnlicher Kontrakte ist es in einigen Betrieben anderer Industrien bereits zu offenem Kampf gekommen. So sind schon seit Weihnachten die Arbeiter der großen Eisengießerei von Klep in Breda ausgesperrt. Dort suchte der Bürgermeister dieser Tage wieder einmal zu vermitteln, wurde aber vom Unternehmer abgewiesen. Die Arbeiterschaft veranstaltet allgemeine Sammlungen, um die Ausgesperrten hinreichend zu unterstützen.

Neben manchen anderen Berufsarbeitern, wie den Malern, Zigarrenmachern, Metallarbeitern, baugewerblichen Arbeitern, Metallarbeitern usw., sind neuerdings auch die Bergarbeiter von der Sucht des Unternehmertums nach Sklavenkontrakten betroffen. Die Direktionen der privaten Bergwerksbetriebe in der Provinz Limburg verlangten von den Arbeitern, daß sie den ihnen am 6. Januar vorgelegten Kontrakt bis zum 11. Januar unterzeichnet haben sollten, obwohl vorläufig noch die Bestimmung gilt, daß Aenderungen des Arbeitsreglements erst eingeführt werden können, nachdem sie drei Wochen vorher durch Anschlag bekanntgegeben waren. Die Arbeiter weigern sich einmütig, den Kontrakt zu unterzeichnen, was bis jetzt dazu geführt hat, daß die Frist bis zum 1. Februar verlängert wurde.

Im allgemeinen hat das Streben des Unternehmertums, die Arbeiterschaft durch persönliche Kontrakte zu Hörigen zu machen, keineswegs den gewünschten Erfolg gehabt, vielmehr das Gegenteil bewirkt. Die Werbekraft der Gewerkschaften, die durch die schwere Wirtschaftskrise geschwächt war, ist stark gewachsen. In Berufen und an Orten, wo die Arbeiter bisher nicht das nötige Interesse für die Organisation zeigten, werden sie jetzt durch das Unternehmertum förmlich dazu getrieben, sich zum Kampf um ihre Menschenrechte zusammenzuschließen und eine anständige tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu fordern. Uebrigens hat auch der Verband der niederländischen Gewerkschaften in großen Massen ein Flugblatt verbreitet, um im ganzen Lande und in allen Berufen die Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die individuellen Kontrakte anzuspornen.

Ein Streik der Droschkenkutscher in New York.

Wie aus New York gemeldet wird, haben sämtliche Droschkenkutscher und Automobilfahrer der Stadt, das heißt „Groß-New Yorks", die Absicht, als Protest gegen die den Verkehr äußerst erschwerenden Maßregeln der Polizei in einen Massenstreik einzutreten.

Die Führer der Straßenbahnwagen, ebenso wie die Schaffner der elektrischen Cars, beschlossen, sich ihren Kollegen, falls es zu einem Streik kommen sollte, anzuschließen, um diese Protestmaßregel wirksam durch ihre Beihilfe zu unterstützen.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inserate veranw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

193. Sitzung vom Montag, den 25. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Vizepräsident Dr. Paasche teilt das Ableben des Abg. Reese (natl.) mit. Das Haus ehrt sein Andenken.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung eines Gesetzentwurfs gegen den

unlauteren Wettbewerb.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Das Gesetz vom 17. Mai 1896 hat nicht alle Hoffnungen der beteiligten Kreise erfüllt. Die Gründe dafür werden teils in der unzureichenden Handhabung des Gesetzes gesehen, teils wird das Gesetz selbst nicht für ausreichend gehalten. Eine wesentliche Klärung der widerstreitenden Ansichten ist durch die Veröffentlichung des vorläufigen Entwurfes und die Kritik, die er gefunden, eingetreten. Besonders erkannte man an, daß zu viel Vorschriften auch den reellen Geschäftsmann in unnötige Fesseln legen. Der Entwurf bringt die Erfüllung derjenigen Wünsche, die bei Erörterung des Gegenstandes im Vordergrunde gestanden haben, während er sich in anderer Beziehung wieder eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. In erster Linie bringt er Vorschriften über das Ausverkaufswesen, das bei der Kritik im Mittelpunkt der Klagen gewesen ist. Er vermeidet aber eine solche Regelung, die mit dem praktischen Geschäftsleben nicht vereinbar wäre. Dadurch, daß die Ankündigung im Ausverkaufswesen unter ganz bestimmten Regeln gestellt wird, wird gleichzeitig in einer alle Zweifel beseitigenden Weise der tägliche Warennachschub verboten und damit der schwerste Mißstand beseitigt. Der Entwurf sieht aber davon ab, die Frage der Bestechung der Angestellten zu regeln. Die Handelskammern und Vereine haben zwar anerkannt, daß auf diesem Gebiete Mißstände bestehen, doch waren sie der Ansicht, daß die Frage noch nicht reif für einen Eingriff der Gesetzgebung wäre. Auch die Frage der Preisschleuderei, der Lockartikel und des Zugabewesens wird durch den Entwurf nicht geregelt. Aber wir glauben, daß die Anwendung seiner allgemeinen Bestimmungen genügen wird, um hier die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Vor allem wird es auf die Initiative der beteiligten Kreise ankommen, an der es leider bisher gefehlt hat.

Abg. Giese (kons.): Wir begrüßen den Entwurf mit Befriedigung und die Verschärfung, die er bringt. Freilich erfüllt er nicht alle Erwartungen, die in weiten Kreisen des Mittelstandes auf ihn gesetzt worden sind. Doch ist er geeignet, dem Mittelstand in seinem Konkurrenzkampf zu helfen. Es ist zu bedauern, daß überhaupt Vorschriften gegeben werden müssen, um Treu und Glauben im Geschäftsleben zu heben. Aber es ist leider notwendig. Die Kommission, an welche die Vorlage vermutlich verwiesen wird, wird im einzelnen hoffentlich noch Verbesserungen im Interesse des Mittelstandes in den Entwurf hineinbringen. Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir, daß der Entwurf den Wünschen Rechnung trägt, die wir über die Beseitigung der Mißstände bei Konkurswarenverkäufen und bei Ausverkäufen mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Leider sind die sogen. billigen Tage und Extratage, die auch nur verschleierte Ausverkäufe sind, sowie die Inventurausverkäufe den Bestimmungen über die Ausverkäufe nicht unterworfen. Mit Befriedigung werden wir den Bestimmungen über erhöhte Strafen wegen unlauteren Wettbewerbes stimmen. Zustimmen werden wir auch der Bestimmung, daß der Geschäftsinhaber verantwortlich ist für die unlautere Reklame des Angestellten. Wir bedauern, daß die Bestechung der Angestellten nicht in diesem Entwurf geregelt ist. Weite Kreise wünschen ferner eine Generalklausel, die alle diejenigen Fälle des unlauteren Wettbewerbs umfaßt, die durch Spezialbestimmungen nicht getroffen werden können. Wir sind gern bereit, zu erwägen, ob eine solche Generalklausel nicht noch in das Gesetz hineinzubringen ist. Zur Klärung dieser und einer Reihe anderer Fragen beantrage ich die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Bravo! rechts.)

Abg. Roeren (Z.): Daß die Vorlage keine Ergänzung zu dem bestehenden Gesetz, sondern ein einheitliches neues Gesetz ist, begrüßen wir; inhaltlich ist sie allerdings eine Novelle zu dem bestehenden Gesetz, dessen Grundgedanken sie bestehen läßt.

Mit vielen Ausführungen des Vorredners bin ich einverstanden, aber in Bezug auf die Generalklausel bin ich anderer Meinung. Allerdings spricht gegen die Spezialisierung der Umstand, daß immer neue Formen des unlauteren Wettbewerbs gefunden werden. Aber die deutsche Rechtsprechung neigt dahin, auf kontreten Bestimmungen zu bestehen, und ist abgeneigt, eine Generalklausel auf bestimmte konkrete Fälle anzuwenden, und deshalb würde die Einführung einer Generalklausel sich leicht als Fehlschlag erweisen. Dagegen wird es gut sein, noch weitere Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen; so müßte der Schleuderverkauf durch Lockartikel im Interesse des reellen Geschäftsmannes unterbunden werden. Ein weiterer Mangel des Gesetzentwurfes ist das Fehlen einer Bestimmung gegen das sogenannte Gutscheinsystem, wie sie z. B. im österreichischen Gesetz enthalten ist. Auch die Regelung des Ausverkaufswesens, wie sie im Gesetzentwurf vorgenommen ist, läßt noch manches zu wünschen übrig. Es wird in der Kommission zu prüfen sein, wie weit man hierbei noch den berechtigten Wünschen der reellen Kaufleute entgegenkommen kann. Sehr bedauerlich ist, daß der Entwurf ebenso wie das bisherige Gesetz nur die unwahre Reklame „tatsächlicher Art“ verhindern will, dagegen die Reklame, welche „urteilenden Charakter“ hat, freiläßt. Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes beantrage ich, den Entwurf an eine Kommission von 21, nicht von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Findel (natl.): Das Uebel des unlauteren Wettbewerbes wird niemals ganz auszurotten sein; immerhin wird die Vorlage die größten Mißstände beseitigen, und eine Gesundung der Verhältnisse wird um so eher eintreten, wenn die Anwendung und Auslegung des Gesetzes eine sinngemäße sein wird. Das Gesetz vom Jahre 1896 hat hauptsächlich deshalb versagt, weil es dem richterlichen Ermessen einen zu weiten Spielraum überließ. Das Fehlen einer Generalklausel halten meine Freunde nicht für einen Mangel des Entwurfes; doch sind sie bereit, daran mitzuarbeiten, ob eine geeignete Formel sich finden läßt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes liegt nicht nur im Interesse unseres Kaufmannsstandes, sondern auch in dem des konsumierenden Publikums. Die Bekämpfung beschränkt sich im allgemeinen aber darauf, die deutlich sichtbaren Formen des unlauteren Wettbewerbes — ich möchte sagen seine Aergernis erregenden Formen — zu bekämpfen, und hält sich frei von der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes im großen. Wenn zum Beispiel die Herren von der schweren Industrie einem Außenseiter die Kundschaft abtreiben oder wenn die Herren von der Börse irgend welche Papiere, z. B. Kolonialwerte, künstlich in die Höhe treiben, so nennt man das nicht unlauteren Wettbewerb, sondern spricht von einer Finanzoperation. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Geschichte der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Deutschland ist ein Beweis für die Unfruchtbarkeit der deutschen Rechtsprechung. In Frankreich ist er auf Grund des Artikels 1382 des „Code civil“ bekämpft, in großen Teilen Deutschlands, in Baden und Elsaß-Lothringen, war von einer solchen Bekämpfung trotz jahrzehntelanger Geltung des „Code civil“ nichts zu bemerken. Erst als 1896 das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs geschaffen war, und nun neue Mittel und Wege gefunden wurden, kam die Rechtsprechung dazu, auf Grund des § 826 der Bürgerlichen Gesetzbuches die Unlauterkeit zu strafen, wenn es sich auch um einem im Gesetz nicht aufgezählten Fall handelte. Aber es hat doch auch sein Bedenken, eine solche Generalklausel in die nicht immer glücklichen Hände der deutschen Richter zu legen. Als unlauterer Wettbewerb wird manches bezeichnet, was die große Mehrheit des Volkes nicht so empfindet. So wurde im Jahre 1906 beim Landgericht Berlin eine Klage gegen einen höheren Staatsbeamten eingereicht, der — wohl auf Betreiben seiner Frau — einem Dienstmädchen seiner Nachbarschaft einen höheren Lohn angeboten hatte. Er sollte sich dadurch des unlauteren Wettbewerbs gegen den bisherigen Dienstherrn schuldig gemacht haben. Das Landgericht I hat vernünftigerweise die Klage abgewiesen. Aber dieses selbstverständliche Urteil wurde nicht von allen Seiten gebilligt. In einem oberschlesischen Blatte war zu lesen, es würde zu unhaltbaren Konsequenzen führen, wenn man einem Dienstmädchen straflos einen höheren Lohn bieten dürfte, das verstoße gegen die guten Sitten. (Heiterkeit.) Es heißt weiter, daß auf das deutsche Familienleben das alte Sittengesetz der Bibel den höchsten Einfluß gehabt, und deshalb müsse vor allem die Bibel zur Erläuterung herbeigezogen werden. In der Bibel aber heißt es: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Knecht oder Magd. (Große Heiterkeit.) Freilich ist der Artikelschreiber so vorsichtig, die Stelle nicht ganz zu zitieren. Sie verbietet, zu begehren des Nächsten Ochsen, Esel noch alles, was ihm gehört. Es ist also hier, wenn in dem Zusammenhang von Knechten und Mägden gesprochen wird, von Sklavenverhältnissen die Rede, von Sklaven, an denen ein Eigentumsrecht besteht. Aber immerhin ist der Artikel ein lehrreicher Beweis dafür, wie in manchen Köpfen sich die Welt und besonders das Dienstverhältnis malt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Durch den vorliegenden Entwurf wird gewissermaßen die bisherige Rechtsprechung auf Grund des § 826 des B. G.-B. legalisiert. Von den Punkten, welche die Vorlage regelt, ist hauptsächlich die Frage des Ausverkaufs strittig gewesen. Der Deutsche Juristentag hat die gesetzliche Regelung nicht für notwendig erklärt, jedoch meiner Meinung nach mit Unrecht. Denn die Rechtsprechung hat hier eine große Rechtsunsicherheit geschaffen, sie ist fast so verschiedenartig als die Formen des unlauteren Wettbewerbes. Auf die einzelnen Bestimmungen, die Ausverkäufe zu regeln, will ich nicht eingehen, jedenfalls ist es nicht glücklich, wenn der Entwurf der Polizei die Bestimmung darüber läßt, wann Ausverkäufe stattfinden sollen. (Sehr richtig! links.) Hier müssen die Interessenvertretungen der Kaufleute das letzte Wort sprechen. Zur Durchführung der vorgeschlagenen Aenderungen sind verschärfte Strafen vorgesehen; weshalb, weiß ich nicht. Denn die Praxis hat gezeigt, daß die Strafen sich bisher durchweg in sehr mäßiger Höhe bewegen. Immerhin haben meine Freunde nichts dagegen einzuwenden, wenn zu erzieherischen Zwecken die Höchststrafen heraufgesetzt werden. Wir wünschen, daß dieser Grundsatz

auch in der Arbeiterschutzgesetzgebung Anwendung findet,

wo die Unternehmer sich ebenfalls herauskalkulieren, daß sie nur eine ganz geringe Strafe riskieren, wenn sie die Schutzbestimmungen übertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Strafe für angestellte Arbeiter oder Lehrlinge, welche Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse verraten, von 3000 auf 5000 M. erhöht wird, können wir aber nicht billigen. Wir werden vielmehr versuchen, diese ganze Strafbestimmung aus dem Gesetz herauszubringen.

Nicht mit Unrecht hat man behauptet, daß das Gesetz von 1896 deswegen nicht genügend wirksam war, weil die Interessenten selbst sich nicht genügend um diese Dinge gekümmert haben. So kann auf dem Gebiete des Ausstellungswesens sehr viel durch die Interessenten geschehen. Es hat sich ein ganzes Gewerbe von Schwindelausstellungen gebildet, die goldene, silberne und bronzene Medaillen verleihen. Diese Schwindelausstellungen hätten nie einen solchen Umfang annehmen können, wenn sie sich nicht sehr hoher Protektion zu erfreuen gehabt hätten. Freilich ohne Wissen der Protektoren. So veranstaltete eine sogenannte Industrieausstellung zu Berlin im Jahre 1902 einen Elitetag, dessen Ertrag durch den Oberhofmeister v. Mirbach der Kaiserin zur Verfügung gestellt wurde. (Hört! hört! links.) Es handelte sich um eine offenbare Schwindelausstellung, die nur den Zweck hatte, einigen Leuten Medaillen zu verleihen. Im Februar 1901 fand in Kottbus eine internationale Nahrungs- und Genußmittelausstellung statt. Die Aussteller waren je ein Bäcker aus Holland, London, Paris, einer aus Charlottenburg, zwei aus Berlin, zwei aus Fürstenwalde, im ganzen elf Personen. (Heiterkeit.) Auch diese internationale Ausstellung hatte sich hoher Protektion zu erfreuen. Eine Ausstellung für naturgemäße Lebens- und Heilweise zählte 240 Aussteller und verlieh 129 goldene und 111 silberne Medaillen. (Heiterkeit.) Ausgestellt waren Trinkgefäße für Geflügel, Zeichnungen einer Flugmaschine, Delikatesswürstchen (Große Heiterkeit), Eier und Hühner, die sie gelegt hatten (Erneute Heiterkeit), dazu Rattenvertilgungsmittel, Gänseleberpastetchen und Salat. (Wiederholte Heiterkeit.)

Den Vorschlag des Herrn Roeren, die Worte „tatsächlicher Art“ bei den Bestimmungen über die unlautere Reklame wegzulassen, halte ich für bedenklich. Wenn z. B. für einen in der letzten Zeit vielgenannten Kommentar eine Reklame kommt, die ihn als einen „zuverlässigen“ Kommentar zum Reichsvereinsgesetz anpreist (Große Heiterkeit), so würde jetzt eine Bestrafung nicht eintreten können, weil dies doch keine Reklame tatsächlicher Art ist. (Erneute große

Kleines Feuilleton.

Erdbebenkatastrophen und Sterblichkeitsziffern. Ueber den Einfluß der Erdbebenkatastrophe auf die Sterblichkeitsziffer Italiens veröffentlicht Dr. E. Roesle im neuesten Heft der „Umschau“ interessante Untersuchungen. Er stellt die Frage, wie der plötzliche ungeheure Volksverlust sich in den Lebensvorgängen der Gesamtheit des italienischen Volkes bemerkbar machen wird. Da die Gesamtsumme der Sterbefälle Italiens im Jahre 1908 mit zirka 700 000 angesetzt werden kann, so wird sich diese Summe bei den etwa 200 000 Opfern, die die Katastrophe erfordert hat, auf 900 000 erhöhen. Die Sterbeziffer betrug nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik in den Jahren 1901—1906 durchschnittlich jährlich 21,7 auf je tausend Einwohner der Bevölkerung. Da die Bevölkerungsziffer Italiens in diesem Jahre auf 34 Millionen angewachsen war, so ergibt sich für die Gesamtsterblichkeit des Jahres 1908 eine Sterbeziffer von 26,6 auf Tausend. Der natürliche Volksverlust Italiens ist also im Jahre 1908 gegenüber dem Durchschnitt der ersten sechs Jahre unseres Jahrhunderts um 4,8 pro Tausend gewachsen. Diese Vermehrung der Sterblichkeit durch eine einzige lokal begrenzte Ursache darf jedoch in ihrer Wirkung auf den Gesamtorganismus nicht überschätzt werden. Das wird erst recht deutlich, wenn man den Einfluß anderer Ereignisse, die unter den Begriff der sogenannten höheren Gewalten fallen, besonders der Seuchen, auf die allgemeine Sterblichkeit betrachtet. Gegen die furchtbare und unbegrenzte Macht solcher Schrecken der Völker erscheint auch der Schaden dieses gewaltigsten Erdbebens nicht mehr so groß. Kein Naturereignis, auch das entsetzlichste nicht, kann nur annähernd so viele Menschenleben fordern, wie sie etwa Cholera und Pocken dahingerafft haben. Durch diese beiden Seuchen stieg z. B. in Ungarn die allgemeine Sterblichkeit im Jahre 1873 auf 62,9 bei 1000, in Rußland noch 1902 auf 41,1. Die Hungersnot und der sie begleitende Hungertyphus rafften im Jahre 1868 in Finnland insgesamt 77,6 von jedem 1000 der Bevölkerung dahin, die höchste Sterblichkeitsziffer, die jemals in die Annalen der Statistik eingetragen worden ist. Gegen solche Verluste ist auch die durch Kriege erhöhte Sterblichkeitsziffer nur gering. In Frankreich stieg die normale Sterblichkeit von 23,5 bei 1000 im Jahre 1869 auf 28,4 im Jahre 1870 und 35,1 1871. Bei diesem Anstieg wirkten jedoch Typhus und Pocken mehr als die Kriegsverluste. In Deutschland stieg die Zahl der Gestorbenen auf je 1000 Einwohner von 26,9 1869 auf 27,4 1870 und 29,6 1871. Speziell in Italien läßt sich feststellen, daß die Höhe der Sterblichkeit durch den Einfluß der Seuchen früher viel mehr gesteigert wurde als durch das jetzige Erdbeben. Bis zum Jahre 1889 ist die Sterbeziffer in Italien überhaupt nie unter 26,5 auf 1000 herabgegangen, war also stets höher als die im letzten Unglücksjahr. Im Jahre 1867 betrug die Sterbeziffer 34,3, es starben also bei je 1000 Einwohner 8 mehr als im Jahre 1908. Noch im Jahre 1887 forderten in Italien Typhus, Malaria, Pocken, Tuberkulose, Diphtherie, Masern und Scharlach zusammen 193 921 Menschenleben, also ungefähr ebenso viel als die jüngste Katastrophe. In den neunziger Jahren aber war durch den wirksamen Kampf gegen die epidemischen Krankheiten die Sterblichkeitsziffer sehr gesunken. 1905 starben nur noch 87 795 Menschen an den genannten Krankheiten; 1906 war das Sterblichkeitsminimum von 20,8 Sterbefällen auf 1000 erreicht. Dieser dem Tode mühsam abgerungene Gewinn an Menschenleben ist nun allerdings für das Jahr 1908 mit einem Schlage vernichtet. Doch dieses traurige Resultat ist nur ein einmaliges; es ist vorübergehend und kann ein kräftiges Volk, dem die Seuchen früher soviel größere Wunden geschlagen haben, nicht auf die Dauer schwächen. Immerhin wird erst in einem Jahre dieser plötzliche Verlust durch die natürliche Zunahme des italienischen Volkes wieder ausgeglichen sein, so daß Italien durch diese Katastrophe in seiner organischen Entwicklung um ein Jahr zurückgeworfen worden ist.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Kainz-Gastspiel. Die Rolle des Orest in Goethes „Iphigenie“ gab Kainz Gelegenheit, das Spezifische seiner rhetorisch-schauspielerischen Begabung von neuem glänzend zu entfalten. Seine Verehrer — fast die Gesamtheit des Publikums schien dazu zu gehören — bereiteten ihm die gewohnten Ovationen. Das noch jugendstarke, hellschmetternde Organ, das da und dort spielerisch verweilend sich in singendem Tonfall wiegt, um dann wieder wie ein feuriger Renner in pfeilschnellen Sprüngen dahinzujagen, die raschen, gleichsam elastisch federnden Bewegungen der noch immer schlanken Gestalt erzeugen, im Verein mit dem berühmten Namen, scheint es, eine Art von Rausch. Indessen dieser besondere Rhythmus in Rede und Bewegung, aus dem Kainz' suggestive Massenwirkung fließt, kann ebensowohl auch als Manier empfunden werden, die, wo man Gestalten eines Dichters sehen möchte, im Turnus ihrer Wiederholungen die Gedanken stets bei der Persönlichkeit des Darstellers festhält und so die Vorbedingungen der Illusion zerstört. Bei aller Mannigfaltigkeit der dargestellten Rollen dreht sich die Kainzsche Kunst nach den gegebenen Proben in einem engen Kreise. Sein Orest und sein Antonius z. B. sehen einander gar nicht unähnlich. Auch bleibt das Mienenspiel neben dem gesprochenen Worte — doch das Hauptmittel, ein Stimmungsecho beim Zuschauer wachzurufen — verhältnismäßig sparsam. Zu nachhaltender Wirkung erhob es sich für mein Gefühl fast nur in der Szene, da Orest die Schatten seiner fluchbeladenen Ahnen zu friedvoll schöner Eintracht im Hades gesellt erblickt. In der Wiedergabe dieser wundervoll poetischen Vision, in der auch der Ton der Rede sein sonstiges subjektives Gepräge abwarf, gipfelte die Leistung, näherte sie sich am ehesten dem Ideale, Nachbild und Urbild zu lebendiger Einheit zu verschmelzen. Würdig repräsentierte Adolf Klein den Thoas, Gertrud Arnold, die nur lauter hätte sprechen müssen, die Priesterin. dt.

Musik.

Die Neue freie Volksbühne ist eifriger, als unsere Berichte es dartun können. Am Sonntag nachmittag rief sie ins Neue Operettentheater und zog eine lange nicht mehr gehörte ältere Operette von Karl Millöcker wieder ans Licht: „Das verwunschene Schloß“. Es ist die mit den allbekannt gewordenen Gesängen: „O du himmelblauer See“, „A bissel a Liab“, „Dalkoter Bua“. Gefährlich war's allerdings, ohne Anschluß an ein ständiges Repertoir und mit einer zusammengewürfelten Truppe etwas relativ Neues zu bringen. Im ganzen und im Anfang wurde denn auch recht matt gespielt und die nach älterer Weise geradezu bedeutende Musik recht wenig zur Geltung gebracht. Allmählich ging's flotter. Unter den bekannteren Künstlern waren es Poldi Augustin und unter den unbekannteren der Tenorbuffo Josef Conradi, die hauptsächlich das Ganze retteten. Wenn mit unvollkommenen Kräften gearbeitet werden muß, so sollte in Zukunft wenigstens alle Sorgfalt aufgeboten werden. sz.

Die Klagen über unser königliches Opernhaus richten sich zum kleineren Teile gegen minderwertige Einzelleistungen, zum größeren gegen den Mangel an einem schöpferischen Vorangehen und gegen eine rücksichtslose Abgeschlossenheit. Die Bühnenwerke von R. Wagner werden erst nach vier Jahren rechtlich frei und sind einstweilen in Berlin Monopolgut des bevorzugten Theaters. Wer nicht viel Geld zur Hand nimmt und nicht überdies frühzeitig zur Kasse eilt, hört hierzulande kein Wagnersches Bühnenstück. Wer es jedoch tut, bekommt noch immer nicht das, was Wagner bieten wollte. Vielmehr sitzen wir nur wiederum in dem Opernunwesen, aus dem er uns erlösen sollte. Wird selbst in Bayreuth, der Stätte des deutlichsten Aussprechens und der günstigsten räumlichen Bedingungen, das gesungene Wort von denen nicht leicht verstanden, die nicht schon den Text gut kennen, so kommen in den gewöhnlichen Opernhäusern mehrere Umstände hinzu, die dies noch erschweren; so das offene Orchester. Das hiesige Opernhaus zwingt auch zu einem Stimmaufwand, der um so mehr Undeutlichkeit erzeugt, als ein alter akustischer Fehler auch hier kaum vermieden wird. Man spottet über Bayreuth, daß dort nur Konsonanten gesungen werden, mag aber den Spott zurücknehmen, wenn man anderswo hört, wie unter dem forcierten Vokalklange das Konsonantengerüst der Worte leidet.

Wir erfuhren all dies wieder, als wir am Sonntag von den hier und da wiederkehrenden Aufführungen vom „Ring der Nibelungen“ das Schlußstück, die „Götterdämmerung“, hörten. Innerhalb der bestehenden Mißverhältnisse und trotz manchem Primitiven in der Szenerie konnten wir wenigstens eine gute Bewährung der vorhandenen trefflichen Kräfte feststellen. Allerdings wurde die Partie der Brünnhilde von einem Gast gesungen: der vielgerühmten Edith Walker aus Hamburg. Mag man sich auch die Walküre wuchtiger denken: eine allseitig vornehme Leistung war es doch.

An Hilfsmittel zum besseren Eindringen in Wagners Musik wird immer noch neues geboten. Wie wir seinerzeit die mit den Motiven versehene Textausgabe des „Lohengrin“ empfohlen haben, so sei jetzt auf die bei Reclam erscheinenden „Erläuterungen zu Meisterwerken der Tonkunst“ hingewiesen. Der Ring ist von M. Chop in vier Bändchen erläutert. sz.

Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Kainzgastspiel im Neuen Schauspielhause wird um fünf Abende verlängert. Kainz wird noch am 1., 4. und 7. Februar als Hamlet, am 3. als Mephistopheles und am 6. Februar als Ernesto in Echegarays „Galeotto“ auftreten. Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, den 28. Januar.

Heiterkeit.) Würde man diese Worte streichen, so bestände die Gefahr, daß ein geschätztes Mitglied dieses Hauses wegen unlauteren Wettbewerbes nicht etwa verurteilt würde, aber doch in Verdacht käme. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Mit der Beratung des Entwurfs in einer Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Linz (Rp.) ist mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden und freut sich darüber, daß der jetzige Staatssekretär des Innern mittelstandsfreundlicher sei als sein von uns „hochgeschätzter" Vorgänger.

Abg. Dove (frs. Vg.) ist mit der Kommissionsberatung einverstanden, wünscht aber nur eine 14gliedrige Kommission, weil kleine Kommissionen im allgemeinen schneller arbeiten als große.

Abg. Hanisch (wirtsch Vg.) setzt auseinander, in welchen Punkten die Antisemiten mit der Vorlage einverstanden sind und in welchen nicht. Was für Punkte das sind, bleibt bei der leisen Stimme des Redners unverständlich.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) rühmt die Voraussicht der Freisinnigen, die 1896 die Fruchtlosigkeit des damaligen Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb richtig prophezeit haben. Nur Holland und Oesterreich haben die Kasuistik des deutschen Gesetzes nachgeahmt, während Italien, Frankreich, England nur allgemein gehaltene Vorschriften kennen. — Mit Reklame wird gewiß viel Unfug getrieben. So ist neuerdings ein Bureau zur Vertiefung des Familienlebens gegründet worden, das aber mit den Parteien, die die Nachlaßsteuer bekämpfen, in keinem Zusammenhang steht. (Heiterkeit.) Gegen eine gewisse Revolverpresse (Rufe: Die Bruhnsche „Wahrheit"!) sollte eingeschritten werden. Selbsthilfe und Organisation müssen das beste tun. An der glänzenden Organisation des deutschen Buchhandels ist der Engrosschwindel des Peter Ganter gescheitert. — Wir sind gern dabei, den deutschen Mittelstand zu schützen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Sir (Z.) wünscht schärferes Vorgehen gegen das Auktionsunwesen. Redner schlägt verschiedene Verschärfungen vor.

Abg. Carstens (frs. Vp.) erwartet von der Geschmacksbildung und der Selbsthilfe des Publikums mehr als von den schönsten Gesetzesparagraphen.

Abg. Werner (Antis.) bezeichnet den Gesetzentwurf als nicht weitgenug gehend. Wir müssen strengere Strafbestimmungen zum Schutz des reellen Geschäfts hineinbringen! Den Warenhäusern muß das Anpreisen von Lockartikeln verboten werden! Weg mit den Ausverkäufen! (Lebhaftes Bravo! beim Abg. Raab.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Dampfersubventionen, Petitionen).

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung, Montag, den 25. Januar 1909, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Moltke.

Präsident v. Kröcher: Im Interesse des Abgeordnetenhauses, für dessen Würde ich in erster Linie verantwortlich bin, muß ich auf die Vorgänge in der letzten Sitzung vom vorigen Mittwoch mit einigen Worten zurückkommen. Während der Rede des Abgeordneten Fischbeck, und besonders in ihrem Schlußteil, machte sich auf der äußersten Linken eine lebhafte Bewegung geltend, welche in mehrfachen Zwischenrufen ihren Ausdruck fand. Ich hörte den Herrn Abgeordneten Hoffmann einige nicht ganz einwandsfreie Zwischenrufe aussprechen und ersuchte ihn, sich zu mäßigen. Ich rief Herrn Hoffmann nicht zur Ordnung, einmal weil ich nicht vernehmen konnte, an welche Adresse seine Zwischenrufe gerichtet waren, und dann, weil ich bei dem etwas feurigen Temperament des Herrn Hoffmann geneigt bin, in der Milde bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit zu gehen. Nun habe ich aber den amtlichen stenographischen Bericht eingesehen und daraus ersehen, daß die Ausdrücke, welche in den Zwischenrufen geäußert sind, solche sind, die sehr beleidigend sind — ich will sie nicht wiederholen, die Herren haben alle den stenographischen Bericht in Händen — und daß sie nicht bloß sehr beleidigender Natur sind, sondern sich direkt gegen den Herrn Abgeordneten Fischbeck gerichtet haben. Ich nehme davon Abstand, nachträgliche Ordnungsrufe zu erteilen, weil ich nicht weiß und nicht wissen will, wer von den Herren die Zwischenrufe ausgesprochen hat. Ich muß aber doch einen ernsten Appell an die Herren richten. Meine Herren! Wir sind hier anständige Leute und wir können verlangen, (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Keine Strolche und Wegelagerer!) Herr Hoffmann, ich bitte den Präsidenten nicht zu unterbrechen. (Erneute Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Wegelagerer!) Meine Herren, wir sind hier anständige Leute, und wir können verlangen, daß jeder, der die Ehre hat, dem preußischen Abgeordnetenhause anzugehören, sich so benimmt, wie die Sitte des Hauses es erfordert. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Als Präsident des Hauses verbiete ich deshalb im Namen des Hauses den Herren Urhebern der neulichen Zwischenrufe, künftig in solchen Ausdrücken wieder zu sprechen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Einige kleinere Vorlagen werden zunächst nach unerheblichen Debatten erledigt.

Es folgt die Beratung der Anträge Aronsohn und Genossen (frs. Vp. und Vg.) und Dr. Szuman (Pole) auf

Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts

und Aenderung der Wahlkreiseinteilung.

Minister des Innern v. Moltke:

Aus der letzten Rede des Herrn Ministerpräsidenten und früheren Kundgebungen der Regierung ist Ihnen wohl bekannt, daß seit längerer Zeit Vorarbeiten im Gange sind, welche die Grundlage für eine Gestaltung der Wahlreform abgeben sollen. Diese Vorarbeiten bewegen sich augenblicklich auf dem Gebiete der Wahlstatistik der letzten Landtagswahl. Sie werden mit Nachdruck gefördert, verlangen aber, wie es die Natur statistischer Arbeiten bedingt, eine gewisse Zeit zu ihrer Erledigung. Die Fertigstellung der Spezialübersichten der Wahlergebnisse steht unmittelbar bevor, sie ist für alle Erwägungen und Entschließungen auf diesem Gebiete unabweislich notwendig. Vorhandene frühere Statistiken reichen nicht aus, sie sind überholt durch die letzten Wahlen, bei welchen, wie Sie wissen, zum ersten Male neue Wahlvorschriften in Wirkung traten, bei welchen auch erstmalig die neue Einkommensteuernovelle ihre Wirkung äußerte, bei welchen zum ersten Male die Sozialdemokratie in den Wahlkampf eingetreten ist und bei welchen auch sonstige Parteikonstellationen ihre Wirkung auf die Beteiligung an der Wahl ausgeübt haben. Es kommt hinzu, daß die früheren Wahlstatistiken nicht mit Feststellungen verbunden waren, die bei den gegenwärtig schwebenden Erhebungen von Bedeutung sein müssen. Dem hohen Hause ist ja bekannt, daß die Wählerlisten aus diesem Grunde bei der letzten Wahl auf eingehendere Erhebungen eingerichtet werden mußten als in früheren Fällen. Anderenfalls hätte es an einer Handhabe gefehlt, gewisse Merkmale des Besitzes, der Steuerkraft, des Alters der Wählers statistisch zu erfassen, Merkmale, auf deren Prüfung im Hinblick auf die in früheren Besprechungen der Wahlreform in diesem hohen Hause gegebenen Anregungen nicht verzichtet werden durfte. Sobald die allgemeine Wahlstatistik vorliegt, wird es erforderlich werden, spezielle statistische Erhebungen in Musterbezirken folgen zu lassen, welche die Wirkung der in Betracht kommenden Aenderung der Wahlvorschriften veranschaulichen müssen. Es wird auch bei diesen schwierigen Arbeiten keine Zeit unnütz verloren gehen. Aber kein Minister des Innern wird in der Frage der Wahlreform ohne solche eingehenden und sorgfältig durchgeführten Vorermittelungen mit Vorschlägen an das hohe Haus herantreten können. Man würde mir — und das mit Recht — Mangel an Gewissenhaftigkeit und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorwerfen können, wollte ich auf diesem wichtigen, für die künftige Entwickelung des Staates entscheidenden Gebiete einen Sprung ins Dunkle machen. Bei dieser Lage der Vorarbeiten werden Sie begreifen, wenn die Regierung es sich versagen muß, sich an der Beratung des Gegenstandes der Tagesordnung zu beteiligen. Ich werde aber Ihren Ausführungen und Vorschlägen mit Interesse folgen. Sollte die Verhandlung Anhaltspunkte für die Vervollständigung der von der Regierung ergriffenen Vorarbeiten ergeben, so werde ich nicht anstehen, mir dieselben zunutze zu machen, soweit sie sich innerhalb der allgemeinen Richtlinien der schwebenden Erwägungen und der demnächst einzubringenden Vorlage bewegen.

Abg. Traeger (frs. Vp.):

Ich will es anerkennen, daß entgegen früheren Gepflogenheiten der Herr Minister des Inneren bei unserer Beratung die Initiative ergriffen hat. Er hat uns freilich nichts gesagt, was wir nicht schon wußten. (Sehr richtig! links.) Die Erklärung hat inhaltlich unseren Bedürfnissen nicht genügt. Man muß prinzipiell wissen, welchen Weg man gehen will, ehe man nach den speziellen Bedürfnissen seine Vorarbeiten einrichtet. (Sehr wahr! links.) Fürst Bülow hat wiederholt erklärt, daß er den liberalen Anschauungen im Staatsleben mehr Rechnung tragen wolle. Aber am 10. Januar hat er uns dann in nicht weniger als freundlicher Form eine direkte Absage erteilt. (Sehr wahr! links.) Dann kam die Thronrede, die die Wahlrechtsreform für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erklärte. Hoffentlich beschleunigt nun die Krone die Wahlrechtsreform ebenso, wie die Reform der Finanzen im Reiche und in Preußen. Ich bin im Laufe eines langen parlamentarischen Lebens sehr mißtrauisch gegen die „Vorarbeiten" geworden. Schon 1890 sind uns Vorarbeiten zur Wahlrechtsreform zugesagt worden. Als 1896 ein etwas neugieriger und ungeduldiger Abgeordneter (Heiterkeit.) nach dem Stande der Vorarbeiten fragte, wurden sie noch immer fortgesetzt. Die Vorarbeiten müssen doch endlich auch einmal ein Ende nehmen. (Sehr gut! links.) Der Minister sprach heute von einem „sehr bald". Ich hoffe, daß sich dieses „sehr bald" mit unserer Zeitauffassung decken wird. (Heiterkeit.) Die letzten Neuwahlen haben die Mißstände des bestehenden Wahlrechts nur noch deutlicher hervortreten lassen. In Königsberg wählte in der ersten Klasse mit fünf anderen der Besitzer eines bekannten Freudenhauses, während der Hofprediger, der Konsistorialrat, Doktor und Ehrendoktor ist, mit 354 Wählern zusammen in der dritten Klasse wählt. (Hört! hört! links.) Kirche und Bordell! Das klingt wie der Titel eines Hintertreppenromans und ist doch preußische Wirklichkeit. Man hat behauptet, die Bevorzugung des Besitzes käme der höheren Intelligenz zugute. Auf der einen Seite Bordellwirt und Wurstfabrikant, auf der anderen Seite Reichskanzler und Konsistorialrat, das ist in Wirklichkeit die Folge der Privilegierung des Gesetzes. Unabweisbar ist auch eine Neueinteilung der Wahlkreise. Preußens Einwohnerzahl hat sich verdreifacht, der Agrarstaat sich in einen Industriestaat verwandelt. Da kann von einer organischen Fortentwickelung keine Rede sein, da muß grundsätzlich eine Aenderung geschaffen werden. (Sehr wahr! links.) Preußen hat große, bewundernswerte Fortschritte gemacht, aber es ist vollständig rückständig geblieben auf dem Gebiete des Liberalismus, auf dem Gebiete der Forderungen, die eine Bevölkerung heutzutage mit vollem Recht an den Staat und an die Regierung stellen kann. (Sehr wahr! links.) Die Preußen sind aber zugleich auch Deutsche und empfinden das Unrecht, das man ihnen in Preußen antut, am eigenen Leibe. Das Wahlrecht bestimmt die Art der Gesetzgebung und Verwaltung in allen wesentlichen Zügen. Dadurch ergeben sich fortwährende Differenzen zwischen dem Reich und Preußen. Ich erinnere nur an das durch Preußen verschlechterte und deshalb vom Reichstage abgelehnte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Für die Verschlechterung des Reichstagswahlrechts werden Sie nie eine Mehrheit finden, also muß sich Preußen in bezug auf sein Wahlrecht dem Reichsgedanken unterordnen. (Sehr gut! links.) Die Rechte der Krone werden durch eine Wahlrechtsreform überhaupt nicht berührt. Der Mittelstand, zu dessen Gunsten man das Reichstagswahlrecht aufrechterhalten will, wählt heute zumeist in der dritten Klasse. Also lassen Sie bei der Wahlrechtsreform Krone und Mittelstand nur aus dem Spiel. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Der Mittelstand ist auch am meisten gefährdet durch die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe. Der Terrorismus wird bei der öffentlichen Wahl jetzt von allen möglichen Parteien getrieben. Nur der Wahlzettel ist der Schutzbrief für die Ueberzeugungsfreiheit des Mannes. (Sehr gut! links.) Auch bei den letzten Wahlen hat die Regierung in weitem Umfange Wahlbeeinflussung getrieben. Die Einführung des geheimen Stimmrechts und der direkten Wahl halte ich für ganz unerläßlich, aber auch der Kern des Wahlrechts muß gefestigt werden, das Wahlsystem muß geordnet werden im ganzen und definitiv. Man kann das Wahlrecht nicht parzellieren, nicht etappenweise verbessern. Das Pluralwahlrecht ist nur eine notdürftige Verhüllung der anstößigen, nackten Gestalt des Klassenwahlrechts. (Sehr wahr! links.) Wir sind zur Mitarbeit an den schweren Aufgaben unserer Zeit ausdrücklich aufgerufen und verlangen ein gerechtes Wahlrecht als Gebot ausgleichender Gerechtigkeit. Den Leuten, die durch die neuen Steuern am meisten gedrückt werden, soll wenigstens ein Mehr an Rechten gewährt werden. Erschüttern Sie das Vertrauen zu der Regierung nicht im Fundament! Das Wahlrecht ist der Grundstock unseres ganzen politischen Lebens, und wenn wir bereit sind, auf anderen Gebieten mit Ihnen zu arbeiten, so arbeiten Sie auf diesem Gebiete mit uns zum Wohle des Vaterlandes zu unser aller eigenem Besten. (Lebhafter Beifall links.)

Den Antrag der Polen begründet

Abg. Switala (Pole): Die Erklärung des Herrn Ministers v. Moltke war für mich ganz gleichbedeutend mit der früheren Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten vom 10. Januar vorigen Jahres. Diese Erklärung bedeutet eine absichtliche Umgehung des Versprechens der Thronrede. Das Dreiklassenwahlsystem steht mit den Prinzipien der Gerechtigkeit nicht in Einklang, denn dieses Prinzip verbietet die Bevorzugung einer Klasse der Bevölkerung auf Kosten der Massen des Volkes. Wir müssen das geheime Wahlrecht schon deshalb fordern, weil wir in ihm einen Schutz gegen völlige Entrechtung sehen. (Bravo! bei den Polen.)

Inzwischen ist folgender Antrag Hobrecht (natl.) und Genossen eingegangen:

Das Haus der Abgeordneten wolle für den Fall der Ablehnung des Antrages Aronsohn beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

1. das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause in einer Weise abgestuft wird, die der Bedeutung der Einzelpersönlichkeit und der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwickelung unseres Volkes gerecht wird,
2. in dieses Wahlrecht die geheime Stimmabgabe eingefügt,
3. das indirekte durch das direkte Wahlverfahren ersetzt,
4. eine Veränderung der Landtagswahlkreise insoweit vorgenommen wird, als durch Umwälzung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist.

Abg. Herold (Z.): Der Herr Minister des Innern hat uns die wichtige Mitteilung gemacht, daß in der Wahlrechtsfrage statistische Erhebungen veranstaltet werden. (Heiterkeit links.) Vor einem Jahre hat der Herr Reichskanzler zwar auch keine positiven Angaben, aber doch wenigstens einige negative Bemerkungen dahin gemacht, daß das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht eingeführt werden würde, daß aber auch nicht einmal das geheime Wahlrecht zur Durchführung gelangen werde. (Hört! hört! links.) Der damalige Minister des Innern von Bethmann-Hollweg hat eine schöne geistreiche Rede gehalten, aber darüber, wie das Wahlrecht gestaltet werden solle, hat auch er nicht gesagt. (Heiterkeit.) Wir verwerfen mit aller Entschiedenheit das Dreiklassenwahlsystem, das im Laufe der Zeit zu einer reinen Karikatur geworden ist. Zum mindesten verlangen wir das geheime Wahlrecht. (Bravo! im Zentrum.) Was die Wahlkreiseinteilung anlangt, so muß die Entwickelung der Bevölkerung allerdings einen gewissen Einfluß auf sie haben, aber die Bevölkerungszahl allein kann nicht ausschlaggebend sein, um die Wahlkreiseinteilung danach zu vollziehen. Das wäre eine große Bevorzugung der Großstädte und eine Benachteiligung der ländlichen Kreise. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daher werden wir gegen den zweiten Teil der Anträge stimmen. Dem nationalliberalen Antrage können wir nicht zustimmen, da er in seinem ersten Teile viel zu allgemein gehalten ist. Früher hat uns die Linke vorgehalten, wir hätten unseren Einfluß in der Frage des Wahlrechts nicht gebraucht. Heute haben Sie (zu der Linken) die Macht. Nun gebrauchen Sie sie zur Durchführung des von Ihnen gewünschten Wahlrechts. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Richthofen (k.):

Wir halten an der bewährten Grundlage des preußischen Wahlrechts fest, wie schon vor einem Jahre Herr Maltewitz erklärt hat. Ich halte es aber doch für notwendiger, etwas ausführlicher auf die Sache einzugehen, erstens weil inzwischen Neuwahlen gewesen sind, und zweitens weil wir den Eindruck nicht unterdrücken können, als wären die Intentionen der königlichen Staatsregierung gegenüber der im vorigen Jahre uns kundgegebenen Stellung einwenig verändert. Wir sind bei unserem Zusammentritt mit Worten begrüßt worden, aus denen wir Schlüsse auf ein gewisses Programm der Regierung ziehen müssen. Auch der Herr Minister des Innern hat gesagt, daß er den heutigen Verhandlungen mit Interesse folge. Der Herr Ministerpräsident hat im vorigen Jahre mit Recht gesagt, daß Demonstrationen einer irregeleiteten Masse einer pflichtbewußten Regierung nichts abtrotzen könnten. Ich nehme dasselbe für ein pflichtbewußtes Parlament in Anspruch. Wir werden uns weder durch ruhige, noch durch stürmische Straßendemonstrationen irgendwie beeinflussen lassen. (Bravo! rechts.) Wenn die Sozialdemokratie infolge eines neuen Wahlrechts in vermehrter Anzahl in das Abgeordnetenhaus kommen würde, würde sie natürlich auch Anträge stellen und würde das allgemeine Wahlrecht für alle Deutschen über 20 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts nach dem Proporz fordern. Ich weiß nicht, ob es das Proporz oder der Proporz heißt. (Heiterkeit rechts.) Wie es in einem Parlament nach ihrem Ideal zugehen würde, beweisen ihre Parteitage. Wie der Kommunismus unter den Jakobinern bei vorzüglicher Ernte zu einer Verarmung des Volkes geführt hat, so würde sich auch zeigen, daß Ihre utopistischen Pläne bezüglich des Wahlrechts in der Praxis undurchführbar sind. — Was die Freisinnigen anbelangt, so wollen Sie mit Ihrem Antrage offenbar die konservative Mehrheit in diesem Hause vernichten. (Zuruf bei den Freisinnigen.) Sie sagen, das wäre kein Fehler. Herr Herold hat Ihnen ja schon Ihre jetzige große parlamentarische Bedeutung vor Augen geführt. (Heiterkeit rechts.) Wenn der Block zerfliegt, wo sind Sie? Da werden Sie Ihre Bedeutung doch wieder etwas zurückstecken müssen. Wir sollen eine societas leonina (Löwenvertrag) mit Ihnen abschließen. (Sehr gut! rechts.) Sie wollen uns unseren Einfluß nehmen und scheinen zu erwarten, daß wir eine höfliche Verbeugung vor Ihnen machen und dabei mitwirken werden. (Sehr gut und Heiterkeit rechts.) Herr Bebel hat Ihnen ja früher schon gesagt: „Wenn Sie in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen, so graben Sie sich damit Ihr eigenes Grab", und Herr David hat in den „Sozialistischen Monatsheften" geschrieben: „Es kommt uns darauf an, in Preußen den festesten Pfeiler des preußischen Regiments zu brechen (Hört! hört! rechts.), das übrige wird sich dann finden." Das „Uebrige" sind dann die bürgerlichen demokratischen Parteien, die ja lediglich noch im Dreiklassenwahlrecht der Kommunen die Wurzel ihrer Kraft haben. (Sehr gut! rechts.) Ein eigentümliches Schlaglicht auf die jetzige Situation wirft doch der Wahlrechtskonflikt in Rixdorf. Kommen dort vielleicht Agrarier und Reaktionäre in Frage? (Sehr gut! rechts.) Nein, die Herren Freisinnigen gleichen dem Falstaff, sie stechen mutig los — wenn sie sich genügend geschützt sehen. (Große Heiterkeit rechts.) Nun komme ich zu den Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Alle ihre großen Männer — ich brauche wohl dabei nicht zu sagen: die Anwesenden sind ausgenommen (Große Heiterkeit) — wie Gneist, Sybel usw. haben mit großer Schärfe für das Dreiklassenwahlrecht gekämpft. Auch der verstorbene Führer der süddeutschen Nationalliberalen, Prof. Meyer in Heidelberg, hat in einem Buche, dessen Lektüre ich dem Herrn Minister als Material zur Wahlreform dringend empfehlen möchte (Heiterkeit rechts), scharf gegen das geheime Wahlrecht Stellung genommen. Aber die Herren sind auf der schiefen Ebene immer weiter herabgerückt. Man merkt den zunehmenden Einfluß der Jungen. (Heiterkeit rechts.) Die Herren haben ja dieselben Grundsätze wie in ihrem heutigen Antrage auch im letzten Wahlkampf vertreten, in den sie mit großen Hoffnungen gegangen sind. Die Erfolge waren freilich recht kläglich. Auch das Wort Kulturblock hat nicht gezogen. (Heiterkeit rechts.) Die Mehrheit des Volkes will von einem Kulturkampf nichts wissen. (Bravo! im Zentrum.) Die Ausführungen des Herrn Herold über die Bedeutung des Christentums für den Staat sind uns aus dem Herzen gesprochen. (Bravo! rechts.) Ich denke, daß die Elemente, die mit uns auf demselben ethischen Boden stehen, uns unterstützen werden. Die Zeit wird kommen, wo wir immer mehr das, was uns trennt, vergessen und auf dem gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung uns begegnen. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentrum.) (Abg. Hoffmann (Soz.) ruft den Freisinnigen zu: Da haben Sie die Kündigung! Große Heiterkeit.) Auch die Regierung hat leider mit der Zeit Konzessionen in der Wahlrechtsfrage gemacht. In der Erklärung des Reichskanzlers vor einem Jahre war von der organischen Entwickelung des Wahlrechts die Rede, die der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses entspreche. Was bedeutet organische Fortentwickelung? Man könnte an ein organisches Wahlrecht denken, das sich auf Berufsstände und Korporationen gründet, oder man kann sagen: die Organe, die Grundlage des jetzigen Wahlrechts, sollen bestehen bleiben. (Lebhafter Widerspruch links.) Man denkt vielleicht an ein plutokratisches Wahlrecht. Hat man etwa in Sachsen, wo man allen etwas geben wollte, damit die Freude an den Staatseinrichtungen vermehrt? Ich erinnere nur an die Vorgänge in Dresden vom vorigen Sonntag. Will die Regierung etwa die geheime Wahl einführen? Ich erinnere sie daran, daß Fürst Bismarck erklärte, das geheime Wahlrecht widerspreche den Grund-

begriffen des deutschen Volkscharakters. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Das Beispiel Amerikas und Frankreichs sollte Ihnen beweisen, daß auch eine demokratische Staatsform nicht gegen die Plutokratie schützt. Oder meint man, **die Arbeiter seien noch nicht genügend vertreten?** Infolge der zunehmenden Einkommensverhältnisse der Arbeiter haben in Berlin Arbeiter sogar in der zweiten Klasse gewählt. (Hört! hört! rechts.) Ich hätte gewünscht, daß die Herren Sozialdemokraten uns hier wirklich Arbeiter präsentiert hätten. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen wissen die Handwerksmeister und Bauernhofbesitzer in unserer Fraktion doch auch, was Arbeit heißt. (Bravo rechts.) Gerade diese Kreise sehen im Dreiklassenwahlrecht einen Hort des besitzenden Mittelstandes. (Sehr wahr! rechts.) Wir können uns der ernsten Warnung, die neulich Herr v. Pappenheim ausgesprochen hat, nur anschließen. **Die Leidenschaften der Volksseele werden durch die Wahlrechtsreform aufs höchste angestachelt.** Herr Troeger hat gesagt, was geht das die Krone an, welches Wahlrecht beschlossen wird. So liegt die Sache nicht. Man will doch eine weitere Entwickelung nach links. (Sehr richtig! rechts.) Sind etwa die Bestrebungen im Reichstag auf Verfassungsänderung eingeleitet, um die Rechte der Krone zu stärken? Sie sollen doch die Rechte des Parlaments vermehren! (Sehr wahr! rechts.) Die Konservativen wollen an den bisherigen Verhältnissen nichts gerüttelt sehen und wollen den Pfeiler, den der Sozialdemokrat Dr. David als festesten Pfeiler des preußischen Regiments bezeichnet hat, nicht umstürzen lassen. Deshalb habe ich seitens meiner Fraktion

der königlichen Staatsregierung die Erklärung

abzugeben, daß wir an den Grundlagen des bewährten preußischen Wahlrechts nicht gerüttelt sehen wollen. (Bravo! rechts.) **Wenn die Regierung uns eine Vorlage bringt, die an der Grundlage dieses Wahlrechts rüttelt, so würde das für das Verhältnis der Regierung zu uns und auch für das Verhältnis der Konservativen im Reich zu der Regierung von der einschneidendsten Bedeutung sein.** Ich schließe mit den Worten, die der verstorbene Professor Dernburg gesagt hat: er wünschte, daß in Preußen die Grundzüge des preußischen, historisch bewährten Wahlrechts erhalten bleiben. „Geschieht das", sagte er, „dann ist zu hoffen, daß an diesem Felsen Preußens die Wellen des Umsturzes zerschellen". (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links und auf den Tribünen. Erneutes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) (zur Geschäftsordnung) **teilt mit, daß die Nationalliberalen ihren Antrag in Ziffer 2 dahin abgeändert haben, daß es statt „in dieses Wahlrecht" heißt: „in das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause".** Die Aenderung soll dem Mißverständnis des Abg. Herold gegenüber bedeuten, daß sie für jedes Wahlrecht, wie es auch ausfallen möge, die geheime und direkte Wahl fordern.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (fk.): Wir sind gegen die Anträge, sind aber nicht der Meinung, daß das jetzige Wahlrecht nicht verbesserungsbedürftig ist und werden die kommende Vorlage sorgfältig und ehrlich prüfen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. **Ströbel** (Soz.):

Ich kann Ihnen trotz der vorgerückten Stunde nicht versprechen, mich kurz zu fassen. Sie werden es aber verstehen, daß der Vertreter einer Partei, die bisher aus dem preußischen Abgeordnetenhause vollständig ausgeschlossen war, bei der Beratung der Wahlrechtsfrage die Gelegenheit wahrnimmt, ein wenig näher die Haltung der einzelnen Parteien und der Regierung zur Wahlrechtsfrage zu beleuchten. Daß die Regierung mit ihren statistischen Erhebungen auf ein Pluralwahlrecht hinaus will, haben wir ja gewußt, und die Herren Freisinnigen müßten sich ebenso sagen, daß die Regierung auf ihren Antrag mit einer Kriegserklärung antworten würde. Ich habe aber sowohl in der Rede des Herrn Träger wie in der des Herrn Herold jede Erklärung darüber vermißt, **was die Freisinnigen und das Zentrum tun wollen, um trotz der Erklärung der Regierung dem Volke das Wahlrecht zu erkämpfen,** das erkämpfen zu wollen Sie doch stets in der Oeffentlichkeit vorgeben. (Zuruf.) Zu Straßendemonstrationen haben die Herren ja weder Lust noch Courage. (Unruhe rechts.) Sie selbst ziehen den Demonstranten ja nicht entgegen, dazu haben Sie Schutzleute mit Säbeln und Pistolen bewaffnet. Wenn Sie sich ebenso unbewaffnet, wie die Demonstranten mit ihnen messen sollten, wollen wir einmal sehen, wer die größere Courage hat. (Sehr gut! bei den Sozialdem. Lachen rechts.) Herr Herold machte den etwas boshaften Witz, daß jetzt die Freisinnigen einflußreicher im Block seien, als das Zentrum seinerzeit. So leicht, meine Herren vom Zentrum, können Sie sich die Sache nicht machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur Sache des Freisinns sondern auch Ihre Sache wird es sein, Ihren Versprechungen auch Taten folgen zu lassen, wenn Sie nicht draußen im Lande den Eindruck erwecken wollen, als ob alle Ihre schönen Worte nur heuchlerische Phrasen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.)

Der Herr Minister sagte, es müsse erst Material gesammelt werden. Aber das Material für die Unsinnigkeit, die schreiende Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts ist so bergehoch aufgetürmt, daß neues Material überflüssig ist. (Sehr wahr! links.) Ein Wahlrecht, bei dem der Wähler erster Klasse 25 Mal soviel Recht hat, wie der Wähler dritter Klasse, und der Wähler zweiter Klasse noch 7 Mal so viel, wie der Wähler dritter Klasse, ist allerdings die

Karikatur eines vernünftigen Wahlrechts.

Für die bevorrechtigten Teile des Volkes, die Nutznießer dieses Wahlrechts, besteht natürlich das Bedürfnis, es mit seinen Schönheiten möglichst zu erhalten. Deshalb will man ja auch durch die Statistik herausstüfteln, wie man seine Schönheiten möglichst konservieren kann. **Darauf läuft auch der Antrag Hobrecht hinaus,** der dem Zentrum sogar noch zu radikal ist. Der Schönheiten des jetzigen Wahlrechts sind so viele, daß man tagelang darüber reden müßte, um sie zu erschöpfen. Es ist nicht nur plutokratisch, sondern es ist auch dem Agrariertum auf den Leib geschnitten. 4258 Urwähler auf dem platten Lande in 3700 Urwahlbezirken haben ebenso viel Wahlrecht wie 660 000 **Urwähler in der dritten Klasse. Jeder dieser Wähler hat also**

150 mal so viel Wahlrecht.

Sind denn diese 4200 Wähler 150 mal soviel klüger, soviel moralischer, soviel nützlicher für den Staat? Die Frage aufwerfen, heißt sie beantworten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz falsch ist es auch, daß das jetzige Wahlrecht dem Mittelstande nütze. In den großen Städten ist die Durchschnittssteuersumme für die Wähler zur zweiten Klasse 320 M. Das sind keine Leute des Mittelstandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Die empörenden Tatsachen dieses Wahlrechts erfüllen das Volk mit der maßlosesten Erbitterung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Herren von der Rechten sollten ein Verständnis dafür haben, daß das Volk in seinem namenlosen Ingrimm beginnt, dem Beispiel der Junker zu folgen und ebenfalls zu schreien, zu schreien, daß Ihnen die Ohren gellen. Wie schreien denn die Junker jetzt wieder, weil sie die paar Groschen Erbschaftssteuer zahlen sollen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wie würden Sie erst schreien, wenn Sie an der Stelle des Volkes stünden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als Sie von dem besitzenden Bürgertum in den sechziger Jahren verdrängt waren, liefen auch Sie Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht, nicht aus Anstand und Gerechtigkeitsgefühl, sondern aus

wirtschaftlichem Klassenegoismus.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Damals nannte der** Redakteur der „Kreuzzeitung" das Dreiklassenparlament verächtlich das Geldsackparlament. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch an das Wort Bismarcks muß immer wieder erinnert werden, daß es kein elenderes und widersinnigeres Wahlrecht gebe, als das Dreiklassenwahlrecht. So urteilten die Junker über dieses Wahlrecht als sie der Meinung waren, daß ihre Klasseninteressen dabei nicht vertreten seien. Inzwischen ist es ja anders geworden. Die liberale Hochflut ist zerronnen, die Herren Liberalen sind mehr und mehr reaktionär geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seinerzeit wollten die Vorfahren der heutigen Rechten das preußische Abgeordnetenhaus **„unter Kuratel" stellen.** (Hört! hört! bei den Soz.) Hätten die Freisinnigen ihre Schuldigkeit getan, so bestünde das Dreiklassenwahlsystem längst nicht mehr. Bereits 1867 erklärten die Nationalliberalen es für überlebt.

Besonders interessant ist die Haltung des **Zentrums.** 1873 verlangte ein Antrag Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt resp. auf sechs Monate, d. h. bis auf den Sankt Nimmerleinstag verlegt. Für diese Vertagung stimmten unter anderen auch die Freisinnigen Parisius und Eugen Richter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Ich will nicht auf die ganze Entwickelung eingehen, sondern nur noch feststellen, daß das Zentrum am 10. Januar 1908 zwar für das gleiche, geheime Wahlrecht, aber nicht für eine Neueinteilung der Wahlkreise stimmte. Auch heute ist es dafür nicht zu haben. Damals erklärte das Zentrum seine Handlung als eine Art Racheakt den Nationalliberalen gegenüber. Seine Politik richtet sich aber nicht nur gegen die Nationalliberalen, sondern

gegen das ganze arbeitende Volk.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.) Das Zentrum pfeift auf das gleiche Recht der Wähler, wenn es aus der Ungleichheit der Wahlkreise für sich und seine konservativen Freunde Vorteile erzielen kann. Im Jahre 1903 vermochte das Zentrum in 12 Wahlbezirken mit 26 870 Urwählerstimmen 23 Abgeordnete durchzubringen, während die Sozialdemokratie mit 300 000 Urwählerstimmen noch nicht einen einzigen Abgeordneten durchbrachte. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!) Ja, Sie wollen ja auch jetzt die gewählten Sozialdemokraten wieder hinauswerfen. Aber wir kommen wieder, wir kommen stärker wieder als vorher. (Zuruf rechts: Warten wir es ab.) Die Folge dieser unerhörten, skandalösen, ungerechten Wahlkreiseinteilung zeigt sich an den folgenden interessanten Zahlen. Im Verhältnis zur Zahl der Urwählerstimmen hätte das Zentrum im Jahre 1903 65 Mandate erhalten müssen, es erhielt 97. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Die Konservativen erhielten 143 und hätten erhalten müssen nur 84. Die Freikonservativen erhielten 60 und hätten erhalten müssen 12. (Oho! und Lachen rechts.) Bei einer gerechten, vernünftigen Wahlkreiseinteilung, die Ihnen allerdings höllisch unangenehm wäre, weil man dann erführe, wie wenig Volk hinter Ihnen stände, hätten also im Jahre 1903 allein die **Freikonservativen und Konservativen nicht weniger als 107 Mandate weniger** erhalten. (Große Unruhe und anhaltendes Gelächter links.) Natürlich würde bei einer solchen Wahlkreiseinteilung die konservative Partei außerordentlich viel von ihrem Einfluß verlieren. Aber das Zentrum wirft sich zum

Schirmherrn der Konservativen

auf, mit denen es ja durch die gleichen Brotwucher- und Schulverpfuffungsinteressen verbunden ist. (Lautes Lachen und große Unruhe im Zentrum.) Aber das ist doch in der Tat ein höchst eigentümlicher Standpunkt: das Zentrum erklärt einzutreten für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und unterstützt dann systematisch die schlimmsten Wahlrechtsfeinde, um denen die Mehrheit im Abgeordnetenhause zu verschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Wahlkreiseinteilung beseitigt würde, würde die Konstellation der Parteien in diesem Hause selbst unter dem Dreiklassenwahlsystem eine ganz andere sein. (Sehr wahr! links.) Die Leute draußen im Lande, die die Taten des Zentrums mit seinen schönen Reden vergleichen, werden, wenn sie hier von der Haltung des Zentrums erfahren, genau wissen, was sie noch von seiner Wahlrechtsfreundlichkeit zu halten haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verfügen noch über zahlreiche andere Proben, die die Wahlrechtsfreundlichkeit des Zentrums in bengalischem Lichte erscheinen lassen. Professor Hitze, die sozialpolitische Leuchte des Zentrums, hat in seinem Buche „Kapital und Arbeit" erklärt, daß das vom Liberalismus verkündete Recht der Volksmehrheit die dauernde Revolution bedeute; **wir müßten wiederum konservativ werden.** Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht führe mit der Zeit notwendig zur Majorisierung des Volkes durch das Proletariat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich finde es sehr natürlich, daß Sie (nach rechts) bei einer solchen Stimme aus dem Zentrum, das vorgibt, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu sein, „Sehr richtig!" rufen. Aber das Volk draußen wird **„Sehr unrichtig!"** rufen. Der bekannte Zentrumsabgeordnete Gröber erklärte sich am 30. Juni 1905 in der Württembergischen Ständekammer für berufsständische Vertreter, „um die Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen". So schwere Mängel hat also nach Ansicht des Abg. Gröber das Reichstagswahlrecht. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Herr Gröber wünschte ja eine berufsständische Vertretung nur deshalb, um der Minorität die Möglichkeit zu erhalten,

die Majorität zu vergewaltigen.

Warum berufen Sie sich überhaupt fortwährend auf den Mittelstand, warum wollen Sie diesen verhältnismäßig kleinen Teil des Volkes bevorzugen? Sie preisen doch sonst die Arbeit, preisen den Arbeiterstand als einen verdienstvollen Stand. Wenn Sie vom „Segen der Arbeit" sprechen, müssen Sie doch auch dem Arbeiter selbst **das gleiche Wahlrecht einräumen,** wie allen übrigen Klassen, müssen Sie den Arbeitern dieselben politischen Rechte zubilligen, wie den Angehörigen des Mittelstandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber das Zentrum folgt in dieser Beziehung dem Spruch: **Glaubt meinen Worten und sehet nicht auf meine Taten!** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter hat der Zentrumsabgeordnete Graf Strachwitz (Lachen im Zentrum) vor zwei Jahren in der „Deutschen Tageszeitung" die Erklärung veröffentlicht, daß nach seiner Ansicht und nach der Ueberzeugung vieler Mitglieder der Zentrumspartei die Worte **„allgemein und gleich"** einen **großen Mangel** des Wahlrechts bedeuteten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Strachwitz ist auch nach den Neuwahlen wieder Mitglied der Zentrumsfraktion dieses Hauses. In der „Rheinischen Volksstimme" hat der Zentrumsabgeordnete Graf Spee erklärt, er habe mit Absicht den Zentrumsantrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nicht unterschrieben. Auch Graf Spee ist heute wiederum Mitglied der Landtagsfraktion des Zentrums. Noch mehr! Graf Spee hat behauptet, daß er in der Zentrumsfraktion eine

große Anzahl von Gesinnungsgenossen

hätte, und hat genannt die Abgeordneten: Graf Ballestrem, Geheimrat Roenig, Graf Praschma usw. (Große Unruhe im Zentrum, die bei jedem weiteren Namen wächst, sodaß die letzten Namen von dem Lärm vollständig übertönt werden), Prinz-Arenberg, Becker, Rügenberg, Pizigen, Euler. (Anhaltender großer Lärm im Zentrum.) Aber ich kann doch wirklich nicht dafür, daß **Sie so viele Wahlrechtsfeinde unter sich haben.** 14 von den genannten Abgeordneten gehören auch jetzt noch der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses an. (Zuruf im Zentrum: Und die anderen 90?!) Die anderen 90 beweisen durch ihren **Mangel an Tatkraft,** daß sie nicht gewillt sind, den Standpunkt dieser 14 ernsthaft zu bekämpfen, daß sie überhaupt die **ganze Wahlrechtsfrage nicht ernst nehmen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir würden uns ja ungeheuer freuen, wenn das Zentrum mit uns für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kämpfen wollte. Ich kann im Namen meiner gesamten Partei, auch draußen im Lande, die Erklärung abgeben, daß wir Schulter an Schulter mit ihm gemeinsam für die Erringung des geheimen Wahlrechts kämpfen wollen. (Lautes Lachen im Zentrum und rechts.). **Wenn Sie ernst und ehrlich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kämpfen** wollten, würden Sie sich über dieses Angebot freuen, wie wir uns über Ihre Haltung. Wenn wir Ihnen aber nachweisen müssen, daß diese Ehrlichkeit bei Ihnen nicht vorhanden ist, dann mögen Sie sich ärgern und diesen Ihren Aerger, wie Sie es tun, durch Ihre charakteristischen Zwischenrufe kundgeben. Wir haben Beweise genug dafür, was von der Wahlrechtsfreundlichkeit des Zentrums zu halten ist. Am 7. August 1906 erklärte ein großes ultramontanes Provinzblatt, das Wort von der Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen sei völlig ungerechtfertigt, weil doch im Reiche die

„rohe Masse der Stimmen"

den Ausschlag gebe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Sehr wahr! rechts.) Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb unter dem frischen Eindruck der Reichstagswahlen von 1903: „Hätte man die heutigen Erfahrungen vor Einführung des Reichstagswahlrechts gehabt, so hätte man sich fragen müssen, ob man von seiner Einführung nicht besser abgesehen hätte!" Wenn die Regierung die jetzigen Konsequenzen vorausgesehen hätte, dann hätte sie es jedenfalls nicht eingeführt. Und da wollen Sie uns glauben machen, daß Sie nach solchen Erfahrungen die Probe auf das Exempel in Preußen noch einmal machen würden? Für so naiv halten wir Sie nicht, und ich glaube, **für so naiv brauchen Sie auch die deutschen Arbeiter nicht zu halten.** Nach dem Bericht der „Pfälzischen Landeszeitung", auch eines Zentrumsblattes, hat der Abg. Trimborn am 22. Oktober 1906 auf dem Parteitag des Zentrums gesagt, es sei die höchste Zeit, das Dreiklassenwahlrecht endlich zu beseitigen. **Also vor drei Jahren** war es nach Ansicht des Abg. Trimborn die höchste Zeit, endlich einmal mit der Rückständigkeit des Wahlrechts aufzuräumen, das die Arbeiterschaft von jeder Vertretung ausschlösse, und ein Hemmschuh jeder vernünftigen Sozialpolitik sei. Herr Trimborn schloß mit dem Rufe: **Weg mit diesem Dreiklassenwahlrecht!** Wer aber die Rede des Abg. Herold gehört hat, wird zugestehen, daß sie auf einen anderen Ton gestimmt war. Herr Trimborn hat Fanfaren geblasen und zum Sturm aufgerufen gegen das Dreiklassenwahlrecht, und Herr Herold hat dem Freisinn heute höhnisch zugerufen: Kämpft Ihr doch dafür! Das ist kein Kampf mehr, das ist

die Travestie eines Kampfes.

Aber nach der Rede des Herrn Trimborn hat am 18. April 1908 die „Kölnische Volkszeitung" auf unser Verlangen, das Zentrum möge das Wahlrecht in den Mittelpunkt seiner Agitation stellen, geantwortet, daß wichtiger als diese aussichtslose Demonstration für das Wahlrecht der Kampf gegen die nahe, drohende Gefahr einer liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zur Leitung des Kultusministeriums nach ihren Wünschen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die **Schulverpfuffung** war also dem Zentrum ungeheuer viel wichtiger als die Erringung des geheimen und gleichen Wahlrechts. (Sehr wahr! rechts) Die „Rheinische Volksstimme", das Organ der Zentrumsbauern, schrieb am 24. April 1908, daß von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen **nie und nimmer die Rede sein könne.** Und schließlich betonte am 2. Mai 1908 die „Germania" in einer Polemik gegen die „Kreuz-Zeitung": „Wann und wo hat die Zentrumsfraktion bekundet, daß sie beabsichtigt, zur Demokratie überzugehen? Oder ist es vielleicht Demokratie, wenn die Zentrumspartei in Preußen **in so und sovielen Wahlkreisen die Konservativen** gegen die Freisinnigen **unterstützt hat?"** Das führende Zentrumsorgan wehrt sich mit Recht gegen die Verdächtigung, daß das Zentrum eine demokratische Partei sei. Es wäre eine Verleumdung, das Zentrum **demokratischer Grundsätze zu bezichtigen,** es wäre eine Verleumdung, zu behaupten, daß das Zentrum für die Uebertragung des Vereinsrechts auf Preußen eintritt, und einer solchen Verleumdung will ich mich nicht schuldig machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Unruhe im Zentrum. Das Zentrum und die Konservativen rufen von jetzt ab im Takte: „Lauter! Lauter!", um die Stimme des Redners zu übertönen.)

Die Haltung der Freisinnigen ist nicht klarer und nicht folgerichtiger als die des Zentrums. Um die Mitte des Jahres 1907 veröffentlichte Naumann einen Aufruf, jetzt endlich müssen die **Wahlrechtsfanfaren geblasen** werden, die Wahlrechtsfrage sei die **Lebensfrage des Blocks,** die Lebensfrage der Kanzlerschaft Bülows. Auch Herr v. Payer meinte, es sei die Hauptsache, daß endlich einmal der Kampf um das preußische Wahlrecht begonnen werde, mit oder ohne Bülow, mit oder gegen die Regierung. Haußmann, Schrader, Träger und selbst Mugdan erklärten ihr **vollständiges Einverständnis** mit Naumann. Selbst die „Freisinnige Zeitung" schrieb damals, man könne sich nicht mehr mit einer generellen Erklärung begnügen, wie es z. B. die heutige Ministerrede wieder war, sondern die Regierung müsse **klipp und klar Auskunft** geben, wie sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preußen einzuführen gedenke. Aber ach, die freisinnigen Tagen entsprachen nicht den schönen freisinnigen Worten vom Juni 1907. Auch die heutige Rede des Abg. Träger war alles **andere eher wie die Ankündigung eines energischen Kampfes.** Am 10. Januar 1908 erteilte Bülow gerade wie heute Herr v. Moltke die schärfste Absage an alle Wahlrechtsforderungen. Da schrieb die „Frankfurter Zeitung", daß der Kanzlerschaft Bülows, die in der allerbedeutsamsten Frage versagt habe, das Urteil gesprochen sei. Der Freisinn habe nicht den mindesten Anlaß, eine Politik zu unterstützen, die systematisch die Herrschaft der konservativen Partei fördere. So verkündete die „Frankfurter Zeitung" das Ende der Blockherrlichkeit.

Auch das „Berliner Tageblatt" erklärte, daß der Block einen tödlichen Streich erhalten habe. Ach, diese liberalen Blätter hatten die **Unempfindlichkeit** der

neugebackenen freisinnigen Ordensritter 4. Klasse

unterschätzt! Trotzdem der Blockfreisinn nach dem Zeugnis der freisinnig-demokratischen „Berliner Volkszeitung" **„klatschende Ohrfeigen rechts und links ins Gesicht"** erhalten hatte, blieb er geduldig Blockhelot. Der Freisinn vergaß alle großsprecherischen Drohungen, pfiff auf das Wahlrecht und schätzte sich glücklich, den Junkern Handlangerdienste zu leisten. Ein solches Maß **politischer Würdelosigkeit oder aber politischer Unehrlichkeit** ist beispiellos in der politischen Geschichte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und bei den Wahlen leistete der Freisinn den konservativen Wahlrechtsräubern jeden Helfersdienst. Er selbst half die Reaktion, half die **Wahlrechtsfeinde stärken,** die er jetzt angeblich bekämpfen will.

Aber der Freisinn sank dadurch vollends auf das sittliche Niveau der Reaktion herab, daß er gleich den schlimmsten Ostelbiern die öffentliche Abstimmung dazu mißbrauchte, den **unerhörtesten Terror** auszuüben. Die „Freisinnige Zeitung" hatte schon vor der Wahl die Beamten darauf aufmerksam gemacht, daß sie keine Sozialdemokraten wählen dürften. Das geschah nicht, um Protest zu erheben gegen diesen **behördlichen Verfassungsbruch.** Nein, es geschah, um den reaktionären Terror dazu zu benutzen, sich selbst die Beamten als Stimmvieh zuzutreiben! Selbst Erzreaktionäre haben erklärt, daß das freie Wahlrecht der Beamten respektiert werden müsse. So erklärte Bismarck 1882, daß ein Beamter bei der Wahl sich seines Beamteneides nicht zu entsinnen brauche, so daß er in der Ausübung seines Wahlrechts vollständig frei sei. Und der nicht minder reaktionäre Minister von Puttkamer erklärte gar die behördliche Wahlbeeinflussung für nicht nur disziplinarisch, sondern auch **„darüber hinaus strafbar".** Der Freisinn übte also ärgeren Terrorismus, als wie selbst die Bismarck und Puttkamer für erlaubt gehalten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die „Freisinnige Zeitung" ging noch weiter. Sie denunzierte die Beamten im 12. Wahlkreise, weil sie sich nicht zum Stimmvieh des Freisinns hergegeben hatten. (Lärm bei den Freisinnigen.) Die „Volkszeitung" brandmarkte diese Niedertracht gebührend. Auf die Erklärung der „Frei-

sinnigen Zeitung", daß die Denunziation ihr gutes Recht sei, das sie sich nicht streitig machen lasse, entgegnete sie: „Das Recht, diese Beamten, die nicht zur Wahl gegangen sind und die demgemäß die Sozialdemokratie nicht haben niederstimmen helfen, das Recht, diese Beamten öffentlich zu denunzieren, wird hier also ausdrücklich als das **gute Recht des Blockfreisinns in Anspruch genommen.** Das Recht auf Denunziation, das bisher den Beamten gegenüber nur von reaktionärer Seite ausgeübt wurde, hat der Blockfreisinn **in sein Aktionsprogramm aufgenommen.**

Pfui Teufel!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, lautes Lachen und Unruhe bei den Freisinnigen und rechts.) Was bedeutet diesem freisinnigen Terror gegenüber der sozialdemokratische Terror, auf den Sie bisher bei jeder Gelegenheit herumgeritten haben. Daß von sozialdemokratischer Seite Terror geübt worden ist, wird von uns nicht bestritten. (Vielfacher Hört! hört!) Aber das war notwendig, gegenüber dem Terror von anderer Seite, und wir lassen uns dieses **Notwehrrecht** nicht nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir handeln da nach einem beliebten Worte von hoher Stelle: „Wer nur auf Gott vertraut und **feste um sich haut.**" Wir sagen mit dem Schweizer Dichter:

Und schlägst du mich auf die linke Wang',
So schlage ich dich auf die rechte,
So will ich's halten mein Leben lang
Im irdischen Gefechte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber so sehr über den Terror klagen, will ich Ihnen noch einige Stichproben über den Terror liefern, der von Ihrer Seite verübt worden ist. (Die Anführungen des Redners über Terrorismus gegen Arbeiter bei den Wahlen sind bei der großen Unruhe des Hauses auf der Tribüne nicht zu verstehen.) Wenn ich Ihnen derartige Fälle Ihres Terrorismus anführe, dann werden Sie unruhig, dann interessiert es Sie nicht. Aber der sozialdemokratische Terror ist für Sie von Interesse. Das ist auch ein Kennzeichen dessen, was Sie für **Recht** halten. Wie unsinnig es ist, wenn Sie die sozialdemokratischen Wahlerfolge dem Terror zuschreiben, erkannte auch die „Kölnische Volkszeitung" an, sie schrieb am 9. Juni: „Für jeden, der die Verhältnisse kennt, ist diese Ausrede sehr durchsichtig. Gewiß kommen einzelne Fälle von Terror vor, es ist aber albern, die Wahlniederlage des Freisinns darauf zurückzuführen." Die **Heuchelei,** die in der Entrüstung über den sozialdemokratischen Terror sich zeigt, ist um so größer, wenn Sie das geheime Wahlrecht verweigern, da ja die öffentliche Wahl keinen anderen Zweck hat, als den Terror auszumerzen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und auf der Zuschauertribüne.) Sie mögen sich ausreden, wie Sie wollen, das öffentliche Wahlrecht ist nichts anderes, als das

Wahlrecht des Terrors.

Die ganze abhängige Bevölkerung soll dadurch gezwungen werden, nicht frei nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß es vorkommt, daß auch mal auf einen Bäcker- und Fleischermeister von Arbeitern eingewirkt wird. Was bedeutet das aber gegenüber dem Terror, den Sie gegen die **Landarbeiter** ausüben? (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich erinnere nur an den Terror, der auf dem Lande gegen die kleinen Geschäftsleute geübt wird. Ich erinnere an den kolossalen Terror, der gegen die Lokalinhaber geübt wird, sowohl von Behörden, wie von Privaten. Ich erinnere daran, daß das **große Heer der Beamten** verhindert wird, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Ich erinnere an die Erklärung, die Fürst Bülow abgegeben hat, daß Beamte selbstverständlich sich nicht sozialdemokratisch betätigen dürfen. (Sehr richtig! rechts.)

Fürst Bülow ist also Oberterrorist!

Mit ihrer maßlosen Heuchelei gegenüber unserem Terror machen Sie sich also nur vor aller Welt lächerlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mögen doch die Freisinnigen, wenn sie später zu Worte kommen, einmal mit dem Terror der Konservativen abrechnen, statt auf dem sozialdemokratischen Terror herumzureiten, den wir ja zugeben. Aber wir wollen abwarten, ob sie mit ihren Blockbrüdern wagen werden, wegen des Terror ins Gericht zu gehen. Wenn sie Ehrgefühl hätten, müßten sie es und müßten ihnen sagen, wir wollen ihnen beweisen, daß wir auch ohne den Block weiterkommen. Wie es bei den Wahlen auf dem Lande zugeht, hat der freisinnige Bürgermeister Schücking geschildert. (Rufe rechts.) Er hat treffend die Beeinflussung der Wahlmänner durch den Landrat geschildert und sagt: „Wäre es nicht besser, auf dem Lande die preußischen Abgeordneten durch den königlichen Landrat ernennen zu lassen, statt diese unwürdige Wahlkomödie weiterzuführen." Freilich, dieser freisinnige Bürgermeister ist ein weißer Rabe, er ist gemaßregelt worden, **und wir warten bisher vergeblich auf die Interpellation Schücking.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hier einen Aufruf Treitschkes aus dem Jahre 1878. (Lebhafte Unruhe rechts.) Darin heißt es: „Warum erklären unsere Großunternehmer nicht, daß sie keinen Arbeiter beschäftigen wollen, der an sozialdemokratischen Wühlereien teilnimmt." Dieser Aufruf wurde in einer Reihe großer Zeitungen, z. B. auch der „Nationalzeitung", abgedruckt, und auch der Handelsminister erließ eine Anfrage an die preußische Gewerbekammer, ob auch in dem Sinne des Aufrufs gehandelt würde. Könnten Sie heute noch dieselbe Gewalt über die Industriearbeiter ausüben, so würden Sie **auch heute noch solche Aufrufe erlassen.** Aber heute hängen Ihnen die Trauben zu hoch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können wohl noch die ländlichen Arbeiter terrorisieren; die Industriearbeiter haben sich großenteils dem Terror glücklicherweise entzogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der konservative Herr Mallewitz erklärte am 10. Januar 1908, die Antragsteller, damals die Freisinnigen, wären den Nachweis schuldig geblieben, daß der Antrag im Staatsinteresse läge. (Sehr richtig! rechts.) Was aber ist das **Staatsinteresse** anderes, als das **Interesse der großen Mehrheit** der **Staatsbürger.** (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun, mehr als 50 Proz. der Staatsbürger bestehen aus Leuten, die weniger als 900 Mark Einkommen haben, und mindestens 80 Proz. haben unter 1800 Mark Einkommen, und die Interessen dieser 80 Proz. werden durch das Dreiklassenwahlrecht nicht gewahrt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Freilich sagen Sie, 5 Proz. der Bevölkerung bringen 65 Proz. der Steuern auf. Sollen etwa auch die direkten Steuern aufgebracht werden von den 50 Proz., die ein Einkommen **unter 900 Mark** haben, oder von den 80 Proz., deren Einkommen unter 1800 Mark beträgt? Das ist nicht möglich, und wir kämpfen ja für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das diesen

kulturwidrigen Zuständen ein Ende macht.

(Lachen rechts.) Sie lachen darüber, daß man es **als kulturwidrig** bezeichnet, daß mehr als 50 Proz. der Bevölkerung **ein** Einkommen unter 900 M. haben. Die Leute, welche auf ein solches Einkommen angewiesen sind, finden es empörend! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und deshalb kämpfen wir für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, damit im Interesse dieser Nichtbesitzenden, dem wohlverstandenen Staatsinteresse, die Staatsmacht anders gehandhabt wird. Sie erklären, daß 5 Proz. so viel Steuern zahlen, **aber dabei werden diese 5 Proz. immer reicher.** Im Jahre 1895 versteuerten die Personen mit mehr als 100 000 Mark Einkommen, also die Millionäre, ein Vermögen von **4 Milliarden und 67 Millionen.** Im Jahre 1905 versteuerte diese selbe Gruppe von Millionären ein Vermögen von **12 Milliarden und 234 Millionen.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen also, daß die Steuern diese Herren nicht drückten, daß sie ganz anders zu Steuern herangezogen werden könnten. Aber das Vermögen der Zensiten mit weniger als 6000 M. Vermögen ist von 45 auf 40,1 Proz. gesunken. Das alles sind Beweise dafür, daß endlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt werden muß, damit hier Volksvertreter hineinkommen, die rücksichtslos die Interessen der großen Masse des Volkes vertreten, und die damit das **wirkliche Staatsinteresse** vertreten. (Zurufe rechts: Etwa Herr Hoffmann?) Der Abgeordnete Hoffmann vertritt das Volksinteresse. Wenn ein Arbeiter die Interessen des Volkes wahrnimmt, so kann er nicht länger an der Hobelbank stehen, dann muß er sich politisch schulen und die Politik zu seinem Hauptberuf machen. Freilich, wenn man Großgrundbesitzer ist, dann findet man auch neben der Politik so viel Zeit, das Gewerbe des Großgrundbesitzers zu betreiben. Wenn man aber Journalist oder Arbeiter ist, so muß man die Politik schon zu seinem Hauptgewerbe machen, und dies Gewerbe ist bei weitem nicht so lohnend, wie das agrarische. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da wagte es ein Mann, wie Herr v. Dirksen, von 30 Millionen, den Vertretern der Arbeiter, vorzuwerfen, daß sie sich von den Groschen der Arbeiter nähren. (Große Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.) Werden denn nicht auch die Beamten von ihren Auftraggebern bezahlt, und gehören dazu nicht auch die oberen Verwaltungsbeamten? Da ist es bedauerlich, daß man hier feststellen muß, daß gerade die **obersten Beamten der Regierung**

durch Abwesenheit glänzen.

Auch ein Beweis dafür, wie sehr es ihnen gleichgültig ist, was von den Vertretern der großen Masse hier gesagt wird! (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten) Es ist auch ganz interessant, daß von den preußischen Regierungsreferendaren 40 Proz. adlig sind . . .

Präs. v. Kröcher:

Herr Abgeordneter, das hängt mit der Frage, die zur Verhandlung steht, nicht zusammen.

Abg. **Ströbel** (fortfahrend): Ich bin freilich vollständig anderer Meinung. (Heiterkeit.) Auch bin ich überzeugt, daß die Logik auf meiner Seite liegt. Aber die ist hier ja nicht maßgebend. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß endlich das direkte, allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt wird, und dieses Wahlrecht muß **erkämpft** werden. Denn die Erklärungen des Vertreters der Konservativen, der Nationalliberalen und selbst des Zentrums beweisen, daß man es freiwillig nicht gewährt. Da muß also der Kampf organisiert werden. Da müssen die Wahlrechtsfanfaren ertönen, **und da müssen auch die Herren vom Freisinn und Zentrum sich erklären.** Freiwillig geben die Herren vom Junkertum nichts. Aber der Freisinn ist ja nichts ohne den Block, und auch das Zentrum wird nichts tun, um seinen schönen Worten die Tat folgen zu lassen. Dann wird aber das **arbeitende Volk diesen Kampf allein führen.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser Kampf wird täglich erbitterter und täglich erfolgreicher werden. Sie werden von Position zu Position herausgedrängt werden. (Lachen rechts.) Und wenn Sie jetzt auch lachen und sich wohl verschanzt glauben hinter dem Bollwerk, das Sie in dem neuen Vereinsgesetz errichtet haben, wenn Sie glauben, weil keine öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden können, so werde die Sozialdemokratie in Ihre Wahlkreise auf dem Lande nicht eindringen — nun, allmählich wird die sozialdemokratische Aufklärung noch weitergreifen, und die Sozialdemokratie wird immer mehr Mittel der Agitation finden, um in die weitesten Kreise hineinzubringen. Und auch auf ein anderes Bollwerk, auf die

Bajonette,

werden Sie sich auf die Dauer nicht verlassen können. (Große Unruhe rechts.) **Es sind Söhne des Volkes, die die Bajonette führen.** (Zurufe rechts: Blaue Bohnen!) Das sind ja sehr schmackhafte Gerichte, aber ich glaube nicht, daß Sie es wagen werden, das arbeitende Volk mit diesen schmackhaften Gerichten zu regalieren. Sie werden sich das wohl zehnmal überlegen, denn Sie wissen nicht, was danach kommen wird. Je stärker die Sozialdemokratie wird, um so mehr gehören auch die zu ihr, die die Bajonette führen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Infolgedessen werden auch Sie schließlich Vernunft annehmen, wie auch die Polizei schon Vernunft angenommen hat. Was in einen Schutzmannsschädel hineingeht, wird ja schließlich auch in Ihren Schädel hineingehen. Sie werden es sich überlegen, ob Sie das **Volk maßlos erbittern wollen,** zumal auch bei Ihrer so genial verfahrenen **auswärtigen Position.** Von hoher Stelle ist das Wort gefallen, die einzige Sicherheit Deutschlands liege in einer starken Armee. Nun, **diese Armee** setzt sich aus den Söhnen des Volkes zusammen. (Zurufe rechts: Hetze!) Nicht wir hetzen, sondern Sie hetzen durch die Art, wie Sie das Wahlrecht dem Volke verweigern. Hetzen Sie nur so weiter, Sie werden dadurch die **beste Agitation entfalten für das allgemeine, gleiche Wahlrecht!** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Zischen rechts.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 12 Uhr. Vorher Antrag Schiffer wegen Zulassung der Lehrer zum Schöffenamt.

Schluß 5¼ Uhr.

Soziales.

Gewerbegericht.

Aus der Sitzung der ersten Kammer vom 25. d. M., Vorsitzender Magistratsassessor Dr. Maguhn.

1. Der Arbeitgeber mit dem üblen Ruf.

Die sechzehnjährige Näherin Frl. Käte H. klagt im Beistand ihrer Mutter gegen den Inhaber einer Arbeitsstube für Damenkonfektion Israel Rotholz, Georgenkirchstraße 6. Die Klägerin wurde am Sonnabend, den 19. Dezember früh morgens plötzlich entlassen. Im Kontor erhielt sie ihre Papiere ausgehändigt. Gleichzeitig wurde ihr ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, in dem es hieß, sie habe Krankenkassenbuch und Invalidenkarte erhalten und keine Lohnforderungen mehr. Die Klägerin unterschrieb, ohne, wie sie sagt, den Revers durchgelesen zu haben. Nach Leistung der Unterschrift soll der Beklagte das Ersuchen, ihr den rückständigen Lohn zu zahlen, mit der Aufforderung beantwortet haben, das Geld am Montag zu holen. Am Montag erklärte jedoch der Beklagte der Klägerin, er habe nichts mehr mit ihr zu tun, wenn sie etwas wolle, solle sie ihn beim Gewerbegericht verklagen. Der Beklagte wendet ein, daß er der Klägerin den ihr zustehenden Lohn von 9,44 M. am 19. Dezember tatsächlich bezahlt habe, und bestreitet die Behauptungen der Klägerin. Ueber das Geschäftsgebahren des Beklagten machen eine Reihe Zeugen Bekundungen. Eine Zeugin sagt, daß sie zuvor gewarnt worden sei, sie habe deshalb die Unterschrift erst geleistet als ihr der Beklagte auf ihr Ersuchen den Lohn gezahlt hatte. Eine andere Zeugin bekundet, daß ihr der Beklagte, nachdem sie die Unterschrift geleistet hatte, einen Tag vom Lohn für vermeintliche Gegenansprüche abziehen wollte. Einer anderen Zeugin habe er auf ihr Fragen nach dem Lohn geantwortet, Geld habe sie überhaupt nicht von ihm zu bekommen. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu dem Beschluß, dem Beklagten, den ihm von der Klägerin zugeschobenen Eid abzunehmen. Eine Einigung lehnte der Beklagte wiederholt mit dem Bemerken ab, er wolle schwören, um mit dem erwirkten Urteil gegen die Klägerin und sämtliche Zeugen strafrechtlich vorgehen zu können! Als sich das Gericht zur Abnahme des Eides anschickte, verlangte der Beklagte, um sich sammeln zu können, eine Pause. Diese Pause benutzten zwei der Beisitzer, um den Beklagten zu einem Vergleich zu bewegen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte er sich auch zum Vergleich auf 5 M. bereit.

Doch der der Sammlung bedürftige Herr Rotholz, der dem Vorsitzenden nur dadurch bekannt ist, daß er oft auf dem Gewerbegericht prozessiert, hatte einige Stunden später noch einen Prozeß anzustehen. Diesmal war er der Kläger. Er fordert von der Näherin R. 35,70 M. Schadenersatz für ein Kleid, welches ihm die Beklagte beim Bügeln versengt haben soll, und zwar beim Bügeln der Nähte. Beklagte bestreitet, die Nähte gebügelt zu haben, sie habe das Kleid nur am Schlitz bei den Druckknöpfen gebügelt, während die Frau des Klägers die Nähte gebügelt habe. Durch Zeugenaussagen wird festgestellt, daß die Frau des Klägers an dem Kleide gebügelt hat. Nach dieser Feststellung erachtet das Gericht die Möglichkeit für gegeben, daß das Versengen des Kleides durch die Frau des Klägers geschehen sein kann, zumal der gerügte Fehler nicht bei Abnahme der Arbeit von der Beklagten, sondern erst bei Lieferung an das Konfektionsgeschäft bemerkt worden ist. Die Klage wurde deshalb abgewiesen.

2. Sind in der Konfektionsbranche die Arbeitsstunden an den Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste zu bezahlen?

Die Näherin Frau B. fordert von der Firma Rosenthal, Werderscher Markt 10, 6,50 M. für geleistete Ueberstunden an den Sonntagen vor Weihnachten, 13. und 20. Dezember. Die Beklagte wendet ein, es sei in der Branche üblich, daß die Arbeiterinnen an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten ohne Vergütung tätig seien. Dafür bekämen sie auch die Feiertage bezahlt. Das Gericht stellte sich dem Gesetz entsprechend auf den Standpunkt, daß den im Wochenlohn stehenden Arbeitern die Feiertage zu bezahlen seien, auch ohne daß die durch die Feiertage verloren gehende Arbeitszeit mit irgend welcher Ueberzeitarbeit kompensiert werden dürfte. Der Wochenlohn stelle ein Pauschquantum an Lohn dar, für in der Woche geleistete Arbeit. Dieses Pauschquantum hängt weder von einer gewissen Tage- oder Stundenzahl der Arbeitszeit, noch von einer Stückzahl der Arbeit ab. Bei Wochenlohn leiste der Arbeiter soviel eben möglich ist; leistet er mehr, so bekommt er dafür keine Entschädigung, leistet er weniger, noch zumal aus einem Grunde, für den er nicht verantwortlich zu machen ist, darf ihm auch nichts abgezogen werden.

Nach dieser Belehrung verglichen sich die Parteien auf 5 M.

3. Ungesetzliche Strafe für „Undankbarkeit".

Der Hausdiener T. klagt gegen Julius Kaufmann, Blusengeschäft, Schmidstr. 24–25, auf Zahlung von 15,35 M. an rückständigem Lohn. Der Kläger hat eine Weihnachtsgratifikation von 20 M. erhalten, die dieser als eine billige Entschädigung für die in großer Zahl geleisteten Ueberstunden hält. Der Beklagte ist jedoch der Ansicht, daß das Weihnachtsgeschenk nicht für Ueberstunden gegeben wird, denn für diese stände dem Kläger kein Anspruch auf Entschädigung zu. Das Geschenk werde vielmehr gegeben, um Arbeitsfreudigkeit und Eifer für künftig zu erhöhen. Der Kläger sei aber so „undankbar" gewesen, am 31. Dezember seine Entlassung zu fordern; deshalb halte sich Beklagter für berechtigt, dieses Geschenk zurückzufordern und gegen den Lohn aufzurechnen. Das Gericht belehrte den Beklagten, daß eine Aufrechnung nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs unzulässig sei. Hierauf zahlte der Beklagte im Vergleichswege die geforderten 15,35 M.

4. Verwirkter Entschädigungsanspruch.

Der Schneider Z. klagte gegen die Firma Haake, Inhaber Jacoby, auf Zahlung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung. Die Beklagte wendete ein, daß der Kläger, der schon vordem zweimal bei ihr gearbeitet habe, von früher wisse, daß Kündigungsfrist ausgeschlossen sei. Außerdem habe er seinen Anspruch nicht bei der Entlassung, sondern erst vier Tage später geltend gemacht. Das Gericht wies den Kläger mit der erhobenen Klage ab, da angenommen werden muß, daß er bei der Entlassung mit dem Ausschluß der Kündigungsfrist einverstanden war. Er könne deshalb nicht mehrere Tage später einen Entschädigungsanspruch geltend machen.

Zur Pleite der Milchzentrale.

Die von der Milchzentrale nach Eintritt ihrer Liquidation gefaßten Generalversammlungsbeschlüsse, gegen die seinerzeit Rechtsanwalt Dr. Flatau zusammen mit verschiedenen bäuerlichen Genossenschaften und Untergenossenschaften der Milchzentrale Protest eingelegt hatte, wurden gestern durch Urteil des Landgerichts I für nichtig erklärt. Die Nichtigkeitserklärung bezieht sich im besonderen auf den Beschluß, der die Fortsetzung des Geschäftsbetriebes der Milchzentrale trotz der Liquidation gestattete, sowie auf Genehmigung der Liquidationsbilanz, in der ein kleiner Ueberschuß der Aktiven über die Passiven herausgerechnet war. Die Gegner hatten die Ansicht vertreten, daß in Wahrheit eine Ueberschuldung vorliege, die zur sofortigen Konkurseröffnung und damit zur Einleitung der Regreßklagen gegen die bisherigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder nötige.

Wann wird endlich strafrechtlich gegen die Konkursfexe vorgegangen werden, die so viele Kleinbauern geschädigt haben?

Was alles zu den Aufgaben der Polizei gehört.

Wie alljährlich, zu Beginn der Karnevalszeit, sucht auch in diesem Jahre der Polizeipräsident in bürgerlichen Zeitungen Dienstmädchen, die sich verheiraten möchten, um ihnen eine Ausstattung im Betrage von 600 M., die aus einer Stiftung stammen, zuwenden zu können. Drei solcher Prämien sind in diesem Jahre zu vergeben. Natürlich müssen es ganz hervorragende Musterexemplare sein, diese Dienstmädchen, die zur Prämiierung würdig befunden werden wollen. Folgende Bedingungen werden gestellt:

Die Dienstmädchen müssen bei einer und derselben Herrschaft in Königsberg 10 Jahre gedient haben und sich dann verheiraten. Sie müssen sich treu und gehorsam gegen die Herrschaft gezeigt, sich der Wahrhaftigkeit befleißen haben und auch von keuschen Sitten und frommer züchtiger Führung gewesen sein und sich über die angegebenen Erfordernisse durch Zeugnisse: 1. der Dienstherrschaft, 2. des zuständigen Geistlichen und 3. des zuständigen Polizeikommissars ausweisen können.

Die Polizei, bei der die Meldungen zu erfolgen haben, hat auch die Würdigkeit des Bräutigams, von dem ähnliche Tugenden verlangt werden, zu prüfen.

Karfreitag ein allgemeiner Feiertag?

Das sogenannte Karfreitagsgesetz vom 2. September 1899 bestimmt im Absatz 2 seines einzigen Paragraphen, daß in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung die bestehende herkömmliche Werktagstätigkeit (auch gewerbliche) am Karfreitag nicht verboten werden solle, es sei denn, daß es sich um öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe **von dem Gottesdienst gewidmeten Gebäuden** handele. Auf dies Gesetz berief sich der **Landwirt Lewjowsky** in Groß-Gutschin, der wegen Inbetriebnahme eines Göpelwerks am Karfreitag auf Grund der Verfrommungsverordnung für die Provinz Posen zu einer **Geldstrafe** verurteilt worden war. Nach dem Gesetz hätte er, wie er annahm, in Groß-Gutschin das Recht gehabt, am Karfreitag arbeiten zu lassen. — **Das Kammergericht verwarf aber dieser Tage das Rechtsmittel.** Es ging von folgenden Erwägungen aus: Wie der Eingang des Karfreitagsgesetzes ergebe, sei das Gesetz nur für diejenigen Landesteile erlassen, in welchen der Karfreitag nach den bestehenden Gesetzen nicht die Eigenschaft eines allgemeinen Feiertags habe. Hier komme ihm aber diese Bedeutung zu. Es sei das Edikt vom 28. Januar 1773 maßgebend, da das fragliche Gebiet des jetzigen Landkreises Bromberg damals schon zu Preußen gehörte. Das **noch rechtsgültige Edikt** ordne an, daß der Karfreitag mit Enthaltung der Arbeit zu feiern sei. Das Edikt sei ausweislich der Ueberschrift allerdings zwecks Einschränkung der Feiertage in den evangelisch-reformierten und lutherischen Kirchen ergangen. Es sei aber **nicht** etwa nur auf die Angehörigen dieser Kirchen beschränkt. Vielmehr habe es ganz allgemeine Gültigkeit und beziehe sich auf die sämtlichen Angehörigen derjenigen preußischen Lande, für die es seinerzeit erlassen sei. Unter anderem ergebe sich das auch aus dem Inhalt. Im § 8 werde es beispielsweise „jedermänniglich" befohlen, die Vorschrift des Edikts zu beachten. Das Edikt gebe dem Karfreitag den Charakter eines **allgemeinen** bürgerlichen Feiertags. Da es im hier fraglichen Gebiet gilt, so komme es **nicht** darauf an, ob in des Angeklagten Wohnort die Bevölkerung überwiegend katholisch sei. Er hätte die Vorschriften über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage auch am Karfreitag beachten müssen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Neuer Schrecken in Süd-Italien.

Neue, zum Teil starke Erdstöße werden aus Sizilien und Calabrien gemeldet. Die Nachrichten lauten im einzelnen:

Messina, 23. Januar. Heute abend 7 Uhr 30 Min. wurde eine sehr starke Erderschütterung wahrgenommen, die acht Sekunden anhielt und auch an Bord der Schiffe gefühlt wurde. Die Barackenbauten am Lande gerieten ins Wanken. Die Bevölkerung ist lebhaft beunruhigt.

Messina, 24. Januar. Um 5 und 6 Uhr nachmittags wurden wieder kurze Erdstöße wahrgenommen, die mit dumpfem, donnerähnlichem Geräusch verbunden waren. Ebenso wurde in Milazzo eine starke Erderschütterung verspürt, die große Verwirrung unter den Einwohnern hervorrief.

Reggio, 23. Januar. Um 7 Uhr 20 Min. abends ereignete sich ein leichter Erdstoß, dem 7 Uhr 24 Min. ein sehr heftiger Stoß von kurzer Dauer folgte, der an Stärke dem vom 28. Dezember gleichkam. Mehrere bereits beschädigte Mauern stürzten ein. Der Bevölkerung hat sich großer Schrecken bemächtigt.

Reggio, 23. Januar. Auch in Palmi, Bagnara, Scilla und Villa San Giovanni wurde ein sehr heftiger Erdstoß verspürt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Reggio, 24. Januar. Infolge der Erdstöße, die sich gestern abend ereigneten, ist der Tunnel zwischen Villa San Giovanni und Scilla eingestürzt. Die Eisenbahnverbindung war bis heute nachmittag unterbrochen.

Die Zahl der Opfer.

Nachdem die Zivilregister in der sizilianischen Erdbebengegend wieder errichtet worden sind, ist es den italienischen Behörden möglich, die Anzahl der fehlenden und vermißten Personen genau festzustellen. Man kommt zu dem Schluß, daß aus Messina, Reggio und den anderen durch das Erdbeben zerstörten Städten und Ortschaften 198 000 Menschen verschwunden sind, wobei von denjenigen, welche sich in die Umgegend geflüchtet haben, gänzlich abgesehen wird. Die Verlustziffer, welche ursprünglich auf 200 000 Opfer geschätzt wurde, war also keineswegs übertrieben hoch angenommen worden.

Seit Freitag scheint die Sonne in Messina. Die Stimmung der Einwohner hat sich gebessert, neue Barackenläden wurden eröffnet. Die Ausgrabungen der Trümmer durch Privatpersonen unter polizeilicher Kontrolle nehmen zu. Infolgedessen wurden neue Leichen gefunden, bis jetzt neunzig.

* * *

Ueber einen heftigen Ausbruch des Aetna werden am Montag nach Meldungen italienischer Blätter alarmierende Nachrichten verbreitet. Ein Wolff-Telegramm aus Rom vom 25. Januar berichtet dagegen:

Die Meldungen verschiedener Blätter über einen Ausbruch des Aetna sind der „Agenzia Stefanie“ zufolge unbegründet.

Aus der Partei.

Der 1. württembergische Reichstagswahlkreis

(Stuttgart-Altstadt und Land) hielt am Sonntag, den 24. Januar, in Degerloch seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist 5828 in 28 Vereinen. Die Zunahme im vergangenen Jahr beträgt 879. Die wirtschaftliche Krise erschwerte die Gewinnung neuer Mitglieder, eine nicht geringe Anzahl mußte anderswo ihr Brot suchen. Die Einnahme pro 1908 beträgt 10 466 M., die Ausgabe 8666 M., das Vermögen 2631 M. Die Urabstimmung zur Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag, zum Landtag, zu den Parteitagen und Internationalen Kongressen hat sich im allgemeinen bewährt und wird beibehalten. In den Rathäusern ist die Partei durch 87 Genossen vertreten, von denen 28 dem Gemeinderat, 59 dem Bürgerausschuß angehören. Eine rege Debatte entstand über die Abstimmung der Landtagsfraktion zum Simultanschulantrag der Schulkommission des Landtags, bei der die Fraktion in drei Teile zerfiel. Bekanntlich stimmten 7 Genossen gegen den Antrag, 3 dafür, 5 verließen den Saal. Von den vier Landtagsabgeordneten der Stadt und des Oberamts, Hildenbrand, Heymann, Fischer und Reichel, wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Abgeordneten für Stuttgart Stadt und Amt, Fischer, Heymann, Hildenbrand und Reichel, erklären: Die Zersplitterung der Landtagsfraktion bei der Abstimmung über den Kommissionsantrag betr. die fakultative Simultanschule war von keinem Mitgliede der Fraktion beabsichtigt, sondern wird vielmehr von der gesamten Fraktion lebhaft bedauert. In der Beurteilung des sachlichen Werts der in Frage kommenden Gesetzesbestimmung waren und sind sich die Fraktionsmitglieder einig. Eine taktische Meinungsverschiedenheit bestand nur über die politische Wirkung der beabsichtigten Ablehnung dieser Bestimmung. Hierüber ist die Aussprache in der voraufgegangenen Fraktionssitzung nicht in ausreichendem Maße erfolgt, zumal an ihr nicht alle Mitglieder der Fraktion hatten teilnehmen können. Somit erklärt sich die Verschiedenartigkeit der Abstimmung aus mehr äußerlichen zufälligen Umständen, deren Wiederkehr, angesichts des einmütigen Bedauerns der Fraktion über den Vorfall selbst als ausgeschlossen gelten kann.“

Eine von zwei Mitgliedern der Konferenz dazu gestellte Resolution besagt:

„Die Kreisgeneralversammlung nimmt von der Erklärung der vier Abgeordneten Kenntnis und erklärt sich mit den darin enthaltenen Zusicherungen für die zukünftigen Abstimmungen einverstanden.“

Diese Resolution wurde angenommen. Abgelehnt wurde eine von der Vertrauensmännerversammlung des Bezirks Heslach gestellte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heute, den 24. Januar, in Degerloch tagende Wahlkreiskonferenz erblickt in der zersplitterten Abstimmung und Nichtabstimmung eines Teiles der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beim fakultativen Simultanschulantrag eine bedauerliche Schädigung des Ansehens der Partei. Sie spricht die bestimmte Erwartung aus, daß im Interesse der Würde und des Ansehens derselben sich solche Vorgänge nicht mehr wiederholen und daß sich die Fraktion einer Geschlossenheit befleißigt, die allein Erfolge nach außen und gedeihlichen inneren Frieden verspricht.“

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Ungetüme.

Deutschlands industrielle Entwickelung hat in den letzten Jahrzehnten eine für den Gegenwartsblick kaum faßbare Entwickelung genommen. Um zu erkennen, wie schnell, fast wie über Nacht, aus bescheidenen Anfängen eine Massenfabrikation sich herausgewachsen hat, muß man rückwärts schauen. Wie der, vielleicht von eines flüchtigen Tieres Huf auf dem Gipfel des schneebedeckten Berges gelöste Stein im Hinunterrollen zur Riesenlawine anwächst, so aus der primitiven Kohlengewinnung und Eisendarstellung die moderne Großindustrie mit ihren Ungetümen, die alle Individualität ersticken, alles zu ihren willenlosen Sklaven machte. Zu einer Pyramide formen sich die Linien, die der Entwickelung Gang im rheinisch-westfälischen Industriegebiet markieren. Hier das Bild in einigen groben Strichen:

Kohlenbergbau.

	Produktion	Belegschaft
1800	230 588 To.	1 546
1850	1 605 602 „	12 741
1900	59 618 900 „	226 902
1907	80 182 047 „	303 475

Koks- und Brikett-Herstellung.

	Erzeugung in Tonnen Koks	Briketts
1836	1 130	—
1850	73 228	—
1882	1 926 640	22 158
1900	8 800 864	1 571 839
1907	15 862 566	2 935 401

Roheisenerzeugung (Deutschland)

	Tonnen überhaupt		pro Kopf der Bevölkerung
1878	2 147 041	1861—64	21,8 Kilo
1890	4 658 451	1876—80	51,2 „
1900	8 520 540	1900	151,47 „
1907	13 063 316	1907	209,87 „

In die Kohlenproduktion des letzten Jahres teilen sich 161 Werke, die 6288 Maschinen mit 894 998 Personen in Betrieb hatten. Im Jahre 1851 verfügte der Ruhrbergbau über 142 Dampfmaschinen mit insgesamt 9845 Personen. Und während er im Jahre 1881 zur Abfuhr der gehobenen Schätze 1 967 900 Eisenbahnwagen benötigen, stellte sich die Wagenzahl für 1907 auf 6 768 700 Wagen. Hochofenwerke waren im letzten Jahre 104 in Betrieb; Eisengießereien 288, Schweißeisenwerke 123 und Flußeisenwerke 221. Von der rapiden Produktionszunahme der deutschen Eisenwerke geben folgende Angaben eine Vorstellung. Es wurden z. B. gewonnen:

	1898	1907
Gußeisen 1. Schmelzung To.	45 440	71 377
„ 2. „ „	1 572 975	2 490 355
Flußeisen-Blöcke zum Verkauf To.	441 601	670 882
„ Blooms, Knüppel, Platinen usw. To.	986 572	1 909 074
„ Fabrikate To.	4 352 881	8 728 551
Eisenverarbeitung zusammen To.	8 559 693	14 583 837

Diese Produktion ist fast vollständig im Deutschen Stahlwerksverband organisiert. Die diesen angeschlossenen 32 Unternehmer sind mit rund 6,2 Millionen Tonnen Produkten A — Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen — und mit rund 6 Millionen Tonnen Produkten B — Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Röhren, Guß- und Schmiedestücke — beteiligt. Und im Stahlwerksverband sind es wieder neun ganz große, die rund die Hälfte der Gesamtbeteiligung auf sich vereinigen und dazu auch noch einen erheblichen Bruchteil der Kohlen- und Koksproduktion. In welchem Umfange diese Werke an den Produktionsmengen beteiligt sind, zeigt diese Tabelle:

	Kohlenförderung To.	Kokserzeugung To.	Beteiligung beim Stahlverband Produkte A To.	Produkte B To.
Krupp	2 160 537	617 268	526 827	450 000
Deutscher Kaiser	2 524 557	732 282	855 000	619 325
Gelsenkirchen	8 895 890	1 719 287	283 604	225 000
Phönix	4 016 438	542 325	430 454	699 177
Rhein. Stahlwerke	1 112 802	343 026	273 305	216 000
Hösch „	1 130 261	160 143	170 990	283 517
Union	884 337	299 551	272 319	164 177
Bochumer Verein	849 554	109 276	205 503	130 454
Gute Hoffnungs-Hütte	2 821 341	343 409	289 580	296 419
	23 895 707	4 866 562	2 807 582	3 084 159

Zum Schluß sei nun noch illustriert, in welchem Verhältnis die neun Werke an der Gesamterzeugung beteiligt sind. Aus den diversen Angaben gewinnen wir folgende Uebersicht. Es betrug:

	in Deutschland Tonnen	der Syndikatszechen Tonnen	der neun Unternehmen Tonnen	Auf d. neun Unternehm. entfallen v. der Gesamtproduktion Proz.
Kohlenförderung	143 222 886	80 156 283	23 895 707	16,7
Kokserstellung im Stahlverband	21 938 068	14 407 350	4 866 562	22,2
Beteiligung in:				
Produkten A	6 203 498	—	2 807 582	45,3
„ B	5 975 119	—	3 084 159	51,6

Eine gewaltige soziale, wirtschaftliche — und politische Macht ist da in wenigen Händen konzentriert. Die Großindustrie ist auch die Quelle der brutalsten Scharfmacherei. Alle antisozialen und ausnahmegesetzlichen Bestrebungen sind mindestens zu großem Teile der Niederschlag großindustrieller Willenskundgebung.

Folgen der agrarischen Beutepolitik.

Die Handelskammer Stuttgart schreibt in ihrem Jahresbericht unter anderen:

Als erschwerende Hauptmomente, die dazu beitrugen, das Ende der Hochkonjunktur herbeizuführen, sind noch die zunehmende Verteuerung wichtiger Lebensmittel und die durch die Lebensmittelverteuerung zum großen Teil veranlaßte oder doch verstärkte Verteuerung der Arbeitskraft in Gestalt von Lohnerhöhungen hervorzuheben. — Unter den Lebensmitteln gingen zwar die Vieh- und Fleischpreise, zumal die Schweinepreise, etwas zurück; der Kleinhandel schloß sich diesen Preisermäßigungen aber nicht in entsprechendem Umfange an. Verschlimmernd wirkte, daß die Preise auch anderer unentbehrlicher Lebensmittel, insbesondere die Getreidepreise sich nicht nur auf der bereits beträchtlichen Höhe des Vorjahres hielten, sondern zum Teil noch bedeutend stiegen.

In welchem Maße die neuen Handelsverträge an der Beschleunigung des Rückganges mitschuldig waren, läßt sich noch nicht mit Sicherheit feststellen. Außer Zweifel aber steht gerade nach den Erfahrungen des Jahres 1907, daß sie zur Erschwerung und Verschärfung der wirtschaftlichen Lage von Industrie und Handel beigetragen haben. Die Anstrengungen der deutschen Industrie, das Abflauen des Absatzes im Inlande durch eine gesteigerte Ausfuhr auszugleichen, sind, wie zahlreiche Klagen auch innerhalb des Stuttgarter Kammerbezirkes erweisen, vielfach mißlungen. Namentlich gegenüber der Schweiz, Rußland und Oesterreich-Ungarn wurde die Ausfuhr durch die neue Handelspolitik zum Teil erheblich erschwert, zeitweise sogar für gewisse Artikel ganz unterbunden.

Milliardensegen für die Junker, Arbeitslosigkeit und Verteuerung der Lebenshaltung für die Arbeiter, das ist der Segen agrarischer Wirtschaftspolitik. Und damit die Zollwucherer ihre Beute ungestört genießen können, bedrohen sie das Volk mit neuen Ausnahmegesetzen. Modernisierte Schnapphahnpolitik!

Gerichts-Zeitung.

Ein Pädagoge, der allzu eifrig zugehauen hatte,

stand gestern in der Person des Gemeindeschulrektors Neumann II von der 43. Knaben-Gemeindeschule (Grünthaler Straße) am Montag vor dem Amtsgericht Berlin-Wedding. Er trat auf als Zeuge gegen die Mutter eines von ihm sehr nachdrücklich gezüchtigten Schülers, gegen eine Frau K., die dem Herrn Rektor infolge der von ihm an ihrem Sohn vollzogenen Prügelexekution gesagt haben sollte, er sei ein Schuft. Es handelt sich hier um ein Vorkommnis, das schon um reichlich ein halbes Jahr zurückliegt; im „Vorwärts“ wurde im Juni vorigen Jahres darüber berichtet. Herr Neumann hatte über den lärmenden Auftritt, den er mit der Mutter seines Schülers gehabt hatte, der Schuldeputation Bericht erstattet, und diese war dann gegen Frau K. mit einem Strafantrag wegen Beleidigung des Rektors vorgegangen.

Vor Gericht bestritt Frau K., die zur Anklage stehende Aeußerung getan zu haben. Sie wurde aber belastet durch die Aussagen des Rektors Neumann sowie des Fortbildungsschuldirektors Frauendienst, der zufällig den Schluß des Streites mitangehört hatte. Frau K. sei, so bekundete Herr Neumann, zu ihm gekommen, um ihm wegen der Abstrafung des Knaben Vorwürfe zu machen. Er habe ihr gesagt, nun wundere er sich nicht, daß der Junge so sei. Darauf habe sie die Behauptung aufgestellt, daß er den Sohn „Hund“ geschimpft und mit dem Fuß gestoßen habe. Er habe sie aufgefordert, mit ihm in die Klasse zu gehen, damit der Sachverhalt durch Vernehmung anderer Schüler festgestellt werde, sie aber habe das nicht gewollt. Schließlich sei sie weggegangen und habe dabei die Tür hinter sich zugeworfen. Als er hinter ihr her gerufen habe, daß er sich das verbitte, habe sie zuletzt nochmal die Haustür aufgerissen und hineingeschrien: „Sie sind ein ganz großer Schuft!“ Die Angeklagte brachte zu ihrer Verteidigung nichts vor. Dagegen fühlte offensichtlich der Herr Rektor das Bedürfnis, vor Gericht sich von vornherein gegen den Verdacht zu wehren, daß er den Jungen reichlicher gezüchtigt habe, als vielleicht nötig gewesen sei. Begonnen hatte er seine Zeugenaussage mit der Bitte, die Ursache des ganzen Streites mit Frau K. vortragen zu dürfen, und der Vorsitzende forderte ihn dann ausdrücklich hierzu auf. So erfuhr man, welche Vorstellung Herr Neumann selber sich von jener Prügelexekution macht. Der Zeuge gab an, der Schüler K. sei ihm schon von früher her bekannt gewesen als ein Junge, der sich Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen. Er erwähne dies, um zu zeigen, daß er Grund genug gehabt habe, den Schüler mal energisch abzustrafen. Sodann schilderte er den Anlaß, bei dem er das habe tun müssen. In der Schule sei die Wiederimpfung der Zwölfjährigen ausgeführt worden, später habe der Impferfolg kontrolliert werden sollen, und er habe die Geimpften dringend ermahnt, die Kontrolle nicht zu versäumen. K. aber, der gleichfalls geimpft worden war, sei nicht zur Zeit nach dem Schulhaus an der Grünthaler Straße gekommen, wo die Geimpften sich versammeln sollten, und habe sich auch nicht im Schulhaus an der Christianiastraße eingefunden, wohin die Versammelten sich zu begeben hatten. Das sei dem Rektor am anderen Tage gemeldet worden. Wir wollen hier einschalten, daß behauptet wird, K. sei seinen Kameraden nachgelaufen und sei in der Christianiastraße noch so rechtzeitig eingetroffen, daß auch er vom Impfarzt kontrolliert wurde. Dem Lehrer, der in der Grünthaler Straße die Jungen antreten ließ, sei das entgangen, weil der sie nicht nach der Christianiastraße begleitet habe. Auch in jenem „Vorwärts“-Artikel war das gesagt worden, aber vor Gericht wurde es in der Aussage des Rektors nicht erwähnt. Dieser bekundete, er habe nun den Jungen verhört, K. aber habe mit einer Ausrede geantwortet. Er habe dem Jungen zunächst eine Backpfeife gegeben, sodann habe er sich den Stock reichen lassen und K. aufgefordert, sich zu bücken. Da der das nicht tat, so habe er energisch eingreifen zu sollen geglaubt. Er bitte, zu berücksichtigen, daß anderenfalls die ganze Disziplin gefährdet gewesen wäre. Schließlich habe er K. über den Rücken geschlagen, und dann habe der Junge sich sofort hingesetzt. Ueber die Zahl der Schläge sagte der Zeuge nichts, und auch darüber machte er keine Angabe, welche Wirkung sie hatten. Er schloß seine Selbstverteidigung mit den Worten: „Also das war die Züchtigung!“ — und ging dann über zu der schon oben wiedergegebenen Schilderung des Streites mit der Mutter. Der Amtsanwalt beantragte gegen Frau K. — eine Woche Gefängnis. Frau K. wagte nur die Einwendung, es habe sich doch um ihr Kind gehandelt, und übrigens sei doch der Junge zum Abimpfen gegangen. Das Gericht entschied, es liege eine sehr grobe Beleidigung vor, dafür sei die Angeklagte — obwohl sie bisher unbestraft ist! — mit fünf Tagen Gefängnis zu bestrafen! Auf Gefängnis sei erkannt worden, um die Rektoren vor derartigen Beleidigungen zu schützen, man habe aber auf eine „so geringe“ Gefängnisstrafe erkannt, weil auf die sehr große Erregung der Frau K. Rücksicht genommen wurde.

Wir wollen diesem Urteil nichts weiter hinzufügen als das Attest des Arztes, dem am Tage nach jener Prügelexekution der geprügelte Junge vorgestellt wurde. Das Attest lautet:

„Es erscheint heute nachmittag der Knabe K . . ., 12 Jahre alt (folgt Wohnungsangabe), mit dem Vater, der mir persönlich bekannt ist, zur Untersuchung. Der Vater gibt an, daß der Junge in der Schule gestern körperlich durch Schläge mit einem Rohrstock über Kopf, Arm, Rücken und Bein mißhandelt sei und mit einem Fußtritt in die linke Bauchseite. Die Untersuchung ergibt: Auf dem linken Arm zeigen sich vier Impfstellen, von denen die oberste inmitten einer fünfmarkstückgroßen blaugelben Verfärbung der Haut liegt; auf der linken Schulter zeigen sich mehrere dunkelblaugefärbte Hautstellen, von denen eine zirka zehnpfennigstück groß ist, zwei andere streifenförmige zirka 5 Zentimeter lang sind. Auf dem Rücken, längs des inneren Randes des Schulterblatts, laufen zwei dunkelblaue Hautstreifen parallel zueinander in der Länge von 20 Zentimetern, in der Breite von 1 Zentimeter. Im spitzen Winkel davon gehen von oben ab zwei andere Hautverfärbungen, 4 Zentimeter lang, 1 Zentimeter breit, dann wird die Haut wieder natürlich gefärbt, um später in der Entfernung von 5 Zentimetern in der direkten Verlängerung der obigen 4 Zentimeter langen Hautverfärbungen zwei zirka 8 Zentimeter lange Hautverfärbungen zu zeigen. Auf dem rechten Schulterblatt zeigen sich zwei 4-Zentimeter lange hellrote Streifen der Haut. Der linke Unterarm zeigt in der Mitte eine querverlaufende Hautverfärbung, 3 Zentimeter lang, 2 Zentimeter breit. Der Kopf zeigt in der Gegend der Stirn- und Scheitelbeingrenze rechts und links eine Beule von geringer Höhe. Der Knabe lahmt auf dem linken Bein infolge einer Verletzung in früher Kindheit. Das Bein zeigt auf der Außenseite in der Mitte der Wade eine Durchtrennung der Haut, in der Länge 1½ Zentimeter, in der Breite ½ Zentimeter, darunter in der Gegend des Fußgelenks eine hellrote Hautverfärbung von zirka 2½ Zentimeter Länge, darüber in der Gegend des Kniegelenks eine 7 Zentimeter lange, dunkelrote Hautverfärbung. Auf dem Oberschenkel an der Außenseite, zirka in der Mitte, zeigen sich zwei parallel laufende livide Hautverfärbungen von 4 resp. 3 Zentimeter Länge. Auf dem rechten Bein eine livide Hautverfärbung von Zweimarkstückgröße auf der

Innenseite gleich oberhalb des Kniegelenks. Die linke Bauchgegend ist schmerzhaft bei Berührungen. Innere Verletzungen sind nicht nachweisbar. Die Angaben erscheinen durch den Befund bestätigt, man kann heute noch von der Haut die Schläge ablesen, ich zähle mindestens fünfzehn. Es ist anzunehmen, daß die Beulen am Kopf bereits durch die kühlenden Umschläge gefallen sind, und daß die Hautverletzungen nicht mehr im ganzen Umfang zu konstatieren sind."

Frau K. hat auf der Anklagebank in unbegreiflicher Kopflosigkeit es leider unterlassen, dieses Attest dem Gericht vorzulegen. Hätte sie das getan, so wäre — daran zweifeln wir nicht — das Gericht zu einer anderen Meinung über Herrn Rektor Neumann und zu einem minder harten Urteil gegen die Angeklagte gelangt.

Ein Jugendlicher unter Mordanklage.

Auf das Konto der Lektüre von Werken der Schundliteratur ist die verbrecherische Tat zu setzen, die gestern den 18jährigen Kellner Bruno Wiesner aus Rixdorf unter der Anklage des versuchten Mordes und Diebstahls vor das Schwurgericht des Landgerichts II führte. In der Nacht zum 1. Oktober erwachte die Mutter des Angeklagten aus dem Schlafe und bemerkte, daß sie taumelte. In der Küche fand sie ihren Sohn Bruno, der seine Stirn mit Essiglappen kühlte, weil er angeblich Kopfschmerzen hatte. Neben ihm fand sie ihr Portemonnaie, ferner Uhr und Kette und die Manschettenknöpfe ihres Sohnes Alfred. Sie weckte den Sohn Alfred; dieser nahm zunächst Gasgeruch wahr und stellte fest, daß die Gashähne geöffnet waren. Außerdem fanden sich mit Spiritus getränkte Lappen, mit denen sie und ihr Sohn Alfred wohl hatten betäubt werden sollen. Der Angeklagte hat zugegeben, daß er die Gashähne und dann die nach der Schlafstube führende Tür geöffnet habe, um den Zutritt des Gases nach den Schlafräumen der Mutter und des Bruders zu ermöglichen. Er gab zu, daß er die bei ihm gefundenen Gegenstände habe stehlen wollen, bestritt aber, die Absicht gehabt zu haben, Bruder und Mutter zu töten, will vielmehr nur geplant haben, beide zu betäuben, damit er den Diebstahl ausführen könnte. Er will erst versucht haben, die Betäubung durch mit Spiritus getränkte Lappen zu bewerkstelligen, er habe dann aber befürchtet, daß durch Herabfallen des Spiritustropfens Mutter und Bruder aus dem Schlafe geweckt werden könnten. — Der Angeklagte ist durch Medizinalrat Dr. Hoffmann auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Dabei ist festgestellt worden, daß der Angeklagte mit Vorliebe Räuberromane, Buffalo-Bill, Nick Carter und ähnliche Bücher gelesen hat. Seine Phantasie ist durch Hintertreppenromane aller Art lebhaft erregt worden und er hat schon verschiedene Dummheiten begangen. U. a. hat er sich einmal als Kriminalkommissarius ausgegeben und sich entsprechende Visitenkarten drucken lassen. Ein anderes Mal stahl er Geld und kaufte sich einen Revolver, dann wieder hat er einmal sogar 1000 M. gestohlen. Der Angeklagte sei ein minderwertiger Mensch, der eher erzogen als bestraft werden müßte. Der § 51 R.-St.-B. finde auf ihn keine Anwendung. — Der Angeklagte gab an sich seine Missetat zu, blieb aber dabei, daß er nur die Absicht gehabt habe zu stehlen. Daß Mutter und Bruder durch das Einatmen des Gases hätten zu Tode kommen können, sei ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Medizinalrat Dr. Hoffmann hatte sich auch darüber zu äußern, inwieweit etwa der § 229 (Beibringung von Gift) vorliege. Der Sachverständige äußerte sich dahin: Leuchtgas sei ein schweres Gift, dessen Einatmen bei fehlender Hilfe zum Tode führt. Im vorliegenden Falle sei aber die Menge des einzuatmenden Gases zu gering gewesen, außerdem habe es sich, da es sich um zwei miteinander in Verbindung stehende Stuben handelte, zu sehr verdünnt und die Zeit, die zur Einatmung zu Gebote stand, sei zu kurz gewesen, um einen tödlichen Erfolg herbeiführen zu können. — Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach Diebstahl. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht entsprach diesem Antrage, rechnete aber dem Angeklagten zwei Monate Untersuchungshaft auf die Strafe an.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

B. K. In Strafsachen ist die Berufung innerhalb einer Woche nach der in Gegenwart des Angeklagten (oder bei Beleidigungssachen der Parteien) erfolgten Verkündung des Urteils einzulegen. Ist das Urteil nicht in Gegenwart des Angeklagten verkündet, so rechnet die Frist vom Tage der Zustellung des Urteils ab. Im ersten Fall wird erst nach Einlegung der Berufung das Urteil (ohne besonderen Antrag) zugestellt. Hierauf kann die betreffende Partei eine schriftliche Berufungsrechtfertigung einreichen, in der sie angibt, aus welchen Gründen sie das Urteil angreift, welche Zeugen sie geladen wissen will und was die Zeugen bekunden sollen. Alsdann erfolgt seitens des Landgerichts Bescheid auf die Beweisanträge und Anberaumung eines Termins. — **Oberswalde.** Die Mutter und Sie könnten, freilich mit wenig Aussicht auf Erfolg, Beschwerde beim Vormundschaftsgericht führen. Zweckmäßig wäre es, falls die großjährige Mutter den Austritt ihres Kindes aus der Kirche bewirkt. — **W. 13.** Ja. — **J. W.** Ist der Zuschlag des Hauses im dritten Quartal und die Kündigung bis zum 3. Oktober erfolgt, so ist sie rechtmäßig. Ist sie erst später erfolgt, so ist das Gegenteil der Fall. Sie müßten aber möglichst umgehend dem Wirt mitteilen, daß Sie die Gültigkeit der Kündigung nicht anerkennen. — **Krüger.** Das Mädchen müßte sich zunächst an die Polizei mit dem Antrag wenden, die Herrschaft anzuhalten, sie wieder in Dienst zu nehmen. Erst wenn die Herrschaft das ablehnt, kann die Klage mit Aussicht auf Erfolg beim Amtsgericht erhoben werden. — **P. K. 29.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Der Wirt könnte die Miete für die Restdauer einklagen und die nicht unentbehrlichen Sachen einbehalten. — **Fahrrad 1908.** Ja. — **Rixdorf 12. G.** 1. bis 3. Ja. 4. Der Vater kann die Austrittserklärung für die Kinder abgeben. 5. Für die Austrittserklärung wird pro Person 3 M. angesetzt. — **Müller 100.** 1. Die Einlösung muß bei der Vorzeigung erfolgen. 2. Im bürgerlichen Gesetzbuch und in dem Anhang zum Arbeiterrecht finden Sie die einschlägigen Bestimmungen. Die Bücher liegen in den öffentlichen Lesehallen aus. — **Wer hat Recht? 100.** 1. Ohne Einsicht in die Bestimmungen des Versicherungsvertrages und der Police ist die Frage nicht zu beantworten. 2. Je nach Anlaß der Sperre ist Aufgebot des Sparkassenbuchs zu veranlassen oder auf Aufhebung der Sperre zu klagen. — **F. B. Detmold.** 1. Nein. Es sei denn, Subhastation liegt vor. 2. Ja. — **Ida 1000.** Nein. — **M. L. 27.** Auch ein Diffident muß den Eid leisten. — **Walter 11.** 1. Der Anspruch verjährt erst in 30 Jahren. 2. Das von Ihnen Vorgetragene ist auf die Zahlungspflicht ohne Einfluß. — **H. 29. 157.** Ihre Mutter müßte zunächst mitteilen, daß sie auf das Bild verzichtet, wenn sie dies nicht innerhalb drei Tagen erhält. Nach Ablauf der Frist kann sie auf Rückgabe und auf Schadenersatz klagen. Wiederholt haben wir gewarnt, derartige Bestellungen nicht zu machen, wenn man sich nicht von der Reellität vorher genau überzeugt hat. — **R. H. 14.** Leider steht Ihrem Vater nur die Invalidenrente zu. — **F. B. 90.** Ja. — **M. W., Wrangelstr. 91.** Ein außerehelicher Erzeuger wird von seiner Pflicht zur Alimentenzahlung keineswegs dadurch befreit, daß das Mädchen in eine Heirat mit ihm nicht willigt. Ein Recht auf Herausgabe des Kindes hat der außereheliche Vater nicht. — **August G.** Da Sie die Unterschrift geleistet haben, sind Sie leider an die Abmachung gebunden. — **M. S. 34.** Nein. Es kann nur auf Herstellung des ehelichen Lebens geklagt werden. — **R. P. 49.** 1. Leider ja. 2. Nein. — **Krankenkasse.** Der Betreffende könnte mit Aussicht auf Erfolg auf Nachzahlung bei der Aufsichtsbehörde klagen. — **Metallarbeiter.** Sie müssen sich direkt an den Vorstand des Verbandes wenden. — **Abonnent W., Brizerstraße.** Ja. — **R. S. 29.** Schiller, Band I., Zenien „Pflicht für jeden". — **M. S. 43.** Zentrale für Auswanderer, W., Schellingstr. 4. — **Eilig 1886.** 1. Durch die Gewerkschaftskommission, Engelufer 15. 2. Diffident ist, wer keiner staatlich anerkannten oder unterstützten Kirchengemeinschaft angehört. 3. Auf Grund von Dienstbefehl, ja. — **1789.** Beide Bücher dienen geschäftlichen Unternehmungen, über die wir ein Urteil grundsätzlich nicht abgeben.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Uebermeilung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 26. Januar.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Fra Diavolo.
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot.
Deutsches. Revolution in Krähwinkel.
Kammerspiele. La Gioconda. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Faust.

Anfang 8 Uhr.
Neues. Die fremde Frau.
Lessing. Der König.
Berliner. Einer von unsere Leut'.
Kleines. Moral.
Komische Oper. Tiefland.
Hebbel. Die Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Die deutschen Kleinstädter.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Komtesse Guckerl.
Schiller-Theater Charlottenburg. Ein Volksfeind.
Friedrich-Wilhelmstädt. Husarenfieber.
Westen. Der tapfere Soldat.
Thalia. Mein Leopold.
Luisen. Das Mädchen auf Irrwegen.
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8½ Uhr.)
Bernhard Rose. Die Räuber.
Gastspiel-Theater. Der Hüttenbesitzer.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Königsleutnant.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Onkel Kasimir. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten
Kasino. Rußland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten
Folies Caprice. Servus Pschefina. Lustige Ehemann. (Anf. 8½ Uhr.)
Gustav Behrens. Der blutige Pantoffel an der Kirchhofsmauer, „Harlekin und Puppe". Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. 2×3=7. Die Zauberflöte. Anfang 8½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Sizilien. Hörsaal 8 Uhr: Konstruktionsingenieur A. Keßner: Moderne Massenfabrikation in der Eisenindustrie.
Steinwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: Der König.
Mittwoch 8 Uhr: Der König.
Donnerstag 8 Uhr: Der König.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X . . .)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Wochentagspreise.
Mittwoch: Brüderlein fein.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktionsingenieur A. Keßner: Moderne Massenfabrikation in der Eisenindustrie.

Theater des Westens.
Alabendlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 Uhr kleine Preise: Dornröschen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 26. Januar, Anf. 8 Uhr:
Zum 25. Male:
Husarenfieber.
Mittwoch: Husarenfieber.
Donnerstag: Husarenfieber.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen 7½ Uhr: Der Bogen des Philoktet.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die deutschen Kleinstädter.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen auf Irrwegen.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Das Mädchen auf Irrwegen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Jung Deutschland amüsiert sich. Abends: Das Mädchen auf Irrwegen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Irrwegen.
Montag: Der Mann mit den vier Frauen.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: Kümmere Dich um Amelie.
Sonntag, 31. Jan., nachm. 3 Uhr: Der Floh im Ohr.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange.
Der Hüttenbesitzer.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielscher.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.
Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Ellfeld.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Das kleine Heim.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Volksfeind.
Schauspiel in 5 Aufz. von H. Ibsen. Deutsch von W. Lange.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Charleys Tante.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. B. Jahmsich.
Täglich
Bier-Kabarett.
Anfang 9 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108—114
Täglich! Großes Täglich!
Bockbierfest in den bayerischen Alpen!
Feenhafte Alpendekoration.
Heute, Dienstag, den 26. Januar 1909, Elitetag.
„Großer Vereinstag"
Prämiierung des schwersten Vereins.
Der schwerste Verein erhält den
Barpreis von Mark 100.—
Näheres siehe Anschlagsäulen.
Donnerstag, den 28. Januar: Elitetag.
Prämiierung des ähnlichsten Zwillingspaares.

WINTER GARTEN
Letzte Woche!
Beispielloser Erfolg!
Fragson
der polyglotte Vortragskünstler am Klavier in seinem Repertoire.
Olga Desmond
die Berühmtheit
der Schönheitsabende
in ihren neuen Tanzweisen sowie das übrige von Publikum und Presse glänzend beurteilte Januar-Programm.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Im Abonnement.
Der Königsleutnant.
Lustspiel in 4 Akten von R. Gutzkow.
Anfang 8¼ Uhr.
Mittwoch: Der Militärstaat.
Donnerstag: Der Königsleutnant.

Apollo Theater
Letzte Woche! Letzte Woche!
Ab 8 Uhr: U. a.:
La belle Alexia.
? Pilu ? × Les Pollos.
Les fleurs Polonaises.
Internationales Radrennen.
Abends 8½ Uhr:
Onkel Casimir.
Musik von Max Winterfeld.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Willi Agoston
in der tollen Burleske
Berlin im L. L.
(Berlin im lenkbaren Luftschiff)
.: und das grandiose :.
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

MANOLI Cigarettes
Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, abends 7½:
Auf vielseitig Verlangen
Wiederholung des Gala-Festprogramms.
Das Beste vom Besten!
Dir. Schumanns moderne Créationen.
Der Schimpanse „Paet"

als Kunstradfahrer.
Die Pracht-Pantomime
Der Seeräuber „Golo" und Mädchenhändler.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Donnerstag, den 28. Januar 1909:
Benefiz für die Herren Grävenitz und Krüger:
Der Jourfix.
Lustspiel in 4 Akten von H. Lubliner.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Großer Klassiker-Abend.
Uriel Acosta.
Drama in 5 Aufzügen v. K. Gutzkow.
Anfang 8¼ Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, 30. Jan.: Gr. Extravorstellung: Die Blume der Berge oder: Vaterfluch und Kindesliebe.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Ein Stündchen im Himmelreich.
Gr. Ausstatt.-Feerie im Festsaale des Zwischengeschosses
Die singenden Engelsköpfchen.
Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib,
lebend.
Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Die prächtigen Jan.-Spezialitäten.
Der amerikanische Radfahrer Chester H. Dieck: Saltomortale über eine mit Personen besetzte Droschke. Der praktische Damenhut, vorgeführt von Lily Kowala. Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.
Sonnabend, 30. Jan.: Elite Ballnacht auf dem Weinbergsweg.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
Ciggi Chigetty. — Joe de Diaz. Lola Estrella. — Jim und Jam.
Riesen-Erfolg!
Liebfrauenmilch.
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Vorst. 8, Sonntags 6½ Uhr.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Dienstag, 26. Januar 1909, abends präz. 7½ Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um ca. 9½ Uhr:
Die neueste Ausstattungs-Pantom.
Auswanderer.
Lebendig begraben.
2 Meter unter der Erde!
Mitz Surajah, d. weibl. Fakir!
Die Grunathos!
Ferner: Das Mascotte-Trio. Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin. Herr Ernst Schumann, Neudress.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 28. Januar 1909:
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Freitag, 29. Januar: Gastspiel der Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Buntes Programm.
Hierauf:
Rußland.
Sensationelle Novität von Norden.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Folies Caprice.
Zum 47. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8½ Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 26. Januar 1908:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.

Variété-Brillant
(City-Passage)
Dresdenerst. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
um den goldenen Meisterschaftsgürtel von Berlin
und
M. 1500 in bar.
Vorh. d. großart. Spez.-Progr. Anf. 8, Beg. d. Ringk. 9½ Uhr.
Entree 50 Pf., res. Platz 1,—.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn. Bis nachts 12 Uhr
Konzert und Kunstlaufen.
Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr:
Großes Karneval-Eisfest
zum Besten des Vereins „Paulinenhaus vom Roten Kreuz für Kranken- und Kinderpflege".

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.

Die beiden Bindelbands
und der neue
Künstlerteil

Fröbels
Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 26. Januar 1909:
Die Zauberin am Stein.
Volksstück in 6 Bild. v. Franz Rissel.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
SANSSOUCI
Heute:
Theater-Abend.
Zum 1. Male:
Die Anne-Lise.
Lustspiel in 5 Akten von Hermann Hersch.
Donnerstag, Sonntag, Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Der
Kompagnieball
Militär. Humoreske von Meysel. Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12
unter anderem:
Sign. Milano
Prima Ballerina vom Scala-Theater in Mailand.
Am Brunnen vor dem Tore.
Volksstück mit Gesang in 1 Akt.
Familienkarten, halbe Preise, wochentags überall gratis.

Gustav
Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Das vollständig neue Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel an der Kirchhofsmauer.
„Harlekin und Puppe"
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8¼ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Der
Heute Probekochen. Gratisproben der neuen Bouillon: „Der" bei **Otto Reichel,** Eisenbahnstraße 4.

Leipziger handschlachtene Wurst

Blutwurst I, mager,	M.	1,20	pr. Pfd.
" II	"	1,—	" "
Leberwurst I	"	1,30	" "
" II	"	1,—	" "
Knackwurst, hart,	"	1,80	" "
" weich,	"	1,20	" "

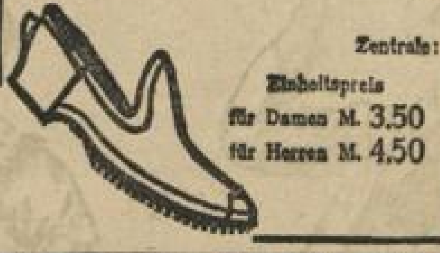
Otto Koch, Leipzig-Th. 71.

Ich habe meine Wohnung in **Rixdorf** von Bergstr. 12 nach **Kaiser-Friedrich-Str. 75 I** verlegt.
Telephon: Amt Rixdorf, Nr. 73. **Dr. Seelig, Arzt.**

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Calmon's Hansa
leichte, schmiegsame
Gummischuhe
aus feinstem Gummi hergestellt, besonders widerstandsfähig.
Wir haften für die Güte jedes Paares.
Fordern Sie neues Musterbuch V.

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin



Einheitspreis
für Damen M. 3.50
für Herren M. 4.50

Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182
C. Königstr. 47
SW. Friedrichstr. 221
C. Rosenthalerstr. 1
W. Potsdamerstr. 5
NW. Wilsnackerstr. Ecke Turmstr. 9
W. Tauentzienstr. 15

Reichel's echter
Wacholder-Extrakt Marke „Medico"
wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Frauenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma rc. gebraucht, ist schleimlösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sondergleichen. Unerreicht in seiner, für alle Teile des Organismus wohltätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit! In Flaschen a 75 Pf., 1,50 und 2,50, große Blechkanne M. 6,—, einzig echt von
Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. IV. F.-Anschlüsse 4751, 4752, 4753.
Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.
Warnung: Man verlange ausdrücklich Marke **Medico** und nehme keinesfalls andere Füllungen.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 110/1*

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Peloten, angenehm u. weich am Körper.

Nichts anderes.
Herrn Wilhelm Pramann, Dresden-N.
Bitte senden Sie mir „Cacaol", aber so bald wie möglich, ich bin ganz fertig damit, und die Kleine will nichts anderes trinken.
Hormersdorf bei Dorfchemnitz, den 6. Dezember 1907.
Julius Groschopp.
Cacaol ist in ½ Pfd.-Paketen zu M. 1,—, in ¼ Pfd.-Paketen zu 60 Pfennig durch alle einschläg. Handlungen zu beziehen.

Schwächlichen Kindern
gibt man am besten **HYGIOPON**, das neue auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat, das von ärztlichen Autoritäten als hervorragendstes blutbildendes Kräftigungsmittel warm empfohlen wird. Hygiopon regt den Appetit intensiv an.
Originalflaschen M. 1,75 und M. 3,— in den Apotheken erhältlich.
General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.
Depots: **Viktoria-Apotheke,** Dr. Laboschin, Friedrichstr. 19. **Apotheke zum gekr. schwarzen Adler,** Auguststraße 60. **Junge Apotheke zum schwarzen Adler,** Neue Königstr. 50. **Dr. Kortums St. Georgen-Apotheke,** L. Wollenberg, Landsberger Straße 89. **Roland-Apotheke,** N. Bermann, Turmstr. 18. **Adler-Apotheke,** Artur Auerbach, am Weddingplatz. **Humboldt-Apotheke,** Potsdamer Straße 29. **Elefanten-Apotheke,** Leipziger Straße 74, am Dönhoffplatz. **Hertha-Apotheke,** Schöneberg, Hauptstraße 162. **Hohenzollern-Apotheke,** Dr. Hans Virchow, Königin-Augusta-Straße 50. **Elisabeth-Apotheke,** Dr. E. Klemann, Reichenberger Straße 172. **Admiral-Apotheke,** Dr. H. Wreszinski, Admiralstraße 31/32. **Apotheke zum goldenen Adler,** Alexandrinenstr. 41. **Flora-Apotheke,** Ernst Aißlinger, Invalidenstr. 94. **Diana-Apotheke,** Turmstr. 28, Ecke Stromstraße. **Mohren-Apotheke,** J. Gebhardt, Grimmstr. 9. **Apotheke zum weißen Kreuz,** Dr. Hugo Caro, Chausseestr. 13. **Luisenstädtische Apotheke,** Dr. Manfred Hapel, Köpenicker Str. 119. **Marggrafs Rote Apotheke,** Dr. Wilhelm Wartenberg, Rosenthaler Str. 46/47. **Simons' Apotheke,** Spandauer Straße 33. **König Salomon-Apotheke,** Charlottenstr. 54. **Westend-Apotheke,** Kurfürstenstr. 80. **Schweizer-Apotheke,** Friedrichstr. 173. **Dennewitz-Apotheke,** Bülowstr. 35a. **Stein-Apotheke,** Rosenthaler Straße 61, Ecke Steinstraße. Dr. **Otto Schwendler Nachf.,** Charlottenburg, Berliner Str. 123. **Apotheke zum weißen Schwan,** Spandauer Straße 77.

Juckende Kopfhaut

ist das erste Warnungssignal bei drohendem Haarausfall. Regelmäßige Waschungen mit dem wundervoll weichen Schaum von
Zucker's Patent-Medizinal-Seife
beseitigen den Juckreiz, reinigen die Kopfhaut gründlich und sind kraft ihrer bakteriziden Eigenschaften ein Haarpflege- und Konservierungsmittel allerersten Ranges, à Stck. 50 Pf. (15%ig) und M. 1.50 (35%ig, stärkste Form). Aerztlich empfohlen und 1000fach bewährt. Sprödes und trockenes Haar nachher mit ein paar Tropfen reinen Oels einfetten. Ueberall erhältlich.
In **Berlin** echt bei **Max Schwarzlose,** Königstr. 45 u. Potsdamer Str. 7a, **Franz Schwarzlose,** Leipziger Str. 56, **Schwarzlose, vorm. Adolph Heißer,** Friedrichstr. 183, **J. F. Schwarzlose,** Markgrafenstr. 29, **Adler-Apotheke,** Reinickendorfer Str. 1, am Wedding, **Sonnen-Apotheke,** Gr. Frankfurter Str. 53, **Elefanten-Apotheke,** Leipzigerstr. 74, **Reichsadler-Apotheke,** Gr. Frankfurter Str. 134, **Paul Rades,** Turmstr. 48, **Fritz Kraß,** Reinickendorfer Str. 119, **Herm. Gornick,** Rathenower Str. 48, **Gust. Neumann Wwe.,** Neue Roßstraße 14, **Otto Schulz,** Chausseestraße 87, **Stern-Drogerie,** Kantstraße 133, **Otto Reichel,** Eisenbahnstraße 4, **W. Lehmann,** Maaßenstraße 10, **Fritz Wallien Nchf.,** Rankestr. 6, **Otto Kretzschmar,** Rosenthaler Str. 6/7, **M. Zaremba,** Weinbergsweg 1, **J. Conti,** Zossener Str. 12, **Gustav Behm,** Frankfurter Allee 120, **P. Oelgart,** Geisbergstraße 22, **Paul Neumann Nachf.,** Alexanderstraße 58, **Roland-Drogerie, M. Griesz,** Rotzstr. 70, **Oswald Schäfer,** Bellermannstr. 84 und **Pankow,** Wollankstr. 92, **Steglitz: P. Oelgart,** Schloßstr. 30, und außerdem in fast allen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5734L*
Amt 4, 3014.

Engelhardt Malzbier
alkoholarmes, diätisches Specialbräu
Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. **Ueberall käuflich.**
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.
Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Das Unangenehmste
bei jeder Krankheit ist die Diät. Sind Sie nervös oder herzkrank, fühlen Sie Ihren Zustand niemals stärker, als wenn Sie jeden Morgen und jeden Nachmittag den Ihnen liebgewordenen Kaffee vermissen und entweder ganz darauf verzichten oder mit Surrogaten fürlieb nehmen sollen. Jetzt ist Ihnen geholfen, denn es gibt einen Kaffee, dem das auf Herz und Nerven schädlich wirkende Coffein entzogen ist und der dabei doch vollen Kaffeegeschmack hat. — Dieser „Kaffee Hag" coffeinfrei, ist wirklicher Kaffee und in Paketen à ½ Pfund mit Schutzmarke „Rettungsring" von 60 Pfg. an überall zu haben.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mir mein lieber, unvergeßlicher Mann, der Schuhmachermeister
Friedrich Küster
nach langen, schweren Leiden plötzlich gestorben ist.
Um stilles Beileid bittet
Frau Witwe Küster.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Greifenhagener Str. 77, aus auf dem Gethsemane-Kirchhof zu Nordend statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 24. Januar, verstarb unser Mitglied, der Schuhmachermeister
Friedrich Küster
Greifenhagener Str. 77.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Greifenhagener Str. 77 aus nach dem Gethsemane-Friedhof in Nieder-Schönhausen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Bernhard Krieg
am 22. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
18/4 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonnabend starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege 7385
Johannes Buck
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofs in Britz aus statt.
Die Kollegen der Pianofabrik von R. Görs u. Kallmann.

Todes-Anzeige.
Gestern starb nach langem, schwerem Leiden meine Frau
Anna Moshage
geb. **Weber.**
Beerdigung: Dienstagnachmitt. 4 Uhr auf dem Zentral-Friedhof Friedrichsfelde. 728b
Der trauernde Gatte
W. Moshage,
Siechenhaus 3, Zimmer 5.

Statt besonderer Anzeige!
Am 23. Januar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann und herzensguter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel
Max Sellin
im 56. Lebensjahre. 732b
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau **Pauline Sellin** geb. **Herms,**
Ernst Keller u. Frau **Emilie** geb. **Sellin.**
Die Beerdigung findet **Mittwoch, den 28. d. M.,** nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des **Elisabeth-Kirchhofes,** Ackerstraße, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann
August Miseer
nach langen Leiden verstorben ist.
Um stilles Beileid bittet
Luise Miseer.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 1½ Uhr von der Halle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Sage hiermit allen Teilnehmern an der Beerdigung meines geliebten Mannes und für die zahlreichen Blumenspenden meinen herzlichsten Dank. Witwe **Luise Ismer.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 56282*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

3. Wahlkreis!

Dienstag, den 26. Januar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Schiedskommission. 2. Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

213/8* **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1289. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 10:

Branchen-Versammlung

der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Rehbein.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. — Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Mittwoch, den 27. Januar, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12:

Versammlung

der Chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:
1. **„Die Sozialpolitik des Reiches."** Referent: Reichstagsabgeordneter **Karl Severing.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — In Anbetracht des äußerst wichtigen und lehrreichen Vortrages werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Graveure! Ziseleure!

Mittwoch, den 27. Januar, abends 8½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45:

Versammlung.

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

110/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 28. Januar 1909, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Kommission. 2. Bericht und Neuwahl der Zentralkommission. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht **eines jeden** Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Kommission.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle- Plüsch- **Reste!** Moquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Schutzmarke

Jetzt **Bockbier** überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Krampfhusten beseitigen die ärztlich erprobten **Kaiser's Brust-Karamellen**
5500 not. begl. Zeugn. bew. den sich. Erfolg. **Paket 30 Pf.**
Kaiser's Brust-Extrakt, Flasche 90 Pf.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien.

Leihhaus.
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28 I**

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für **alle Krankenkassen.**

Peek & Cloppenburg

Große Spezial-Abteilung für

Alpentrachten

Alpentrachten für Damen

Ausstellung: **Gertraudtenstraße 25.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 1577R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Glossen zu Fürst Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Gaskocherhaus!!! Spargaskocher! Gasbügelapparate! Gasbronzekronen! Ausverkauf spottbillig! Woblauer, Wallnertheaterstraße 32.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613R*

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörffer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Humboldtleihhaus, nur allein Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Räumungsverkauf verfallener Pfänder, Winterpaletots, hochelegante Herrengarderobe, riesengroßer Bettenverkauf, Brautbetten, wunderbare Aussteuerwäsche, Steppdecken, Gardinenauswahl, Prachtteppiche, Taschenuhren, Wanduhren, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 1682R

Schneiderbüsten, Wachsköpfe, Schneiderplatten, Rockständer spottbillig Weinbergsweg 7. 6418*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

5,00 prachtvolle Betten, 9,00, Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1642R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Damastbezüge. 1643R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld. 1644R*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Brillant-Ringe, Broschen, Uhren, Goldsachen, Kessel spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 7305*

Operngläser, Reisegläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Zittauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, gutnähend, spottbillig, Stalitzerstraße 99, früher Wienerstraße. Warschauerstraße 67. 7356

Inventurverkauf! Bis Ende Januar muß das enorme Lager hochmoderner Winterpaletots, Herrenanzüge, Hosen geräumt werden. Wir verkaufen deshalb zu spottbilligen Preisen Winterpaletots und Anzüge, früher 30—60 Mark, jetzt 15—30 Mark, Hosen, früher 10—20 Mark, jetzt 5—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 7395

Tauben, Weißschwänze, Fliegetauben zu verkaufen. Taubenbörse, Woldenbergerstraße 10, Ernst Krause.

Harzer Kanarienhähne, Seifert'sche Weibchen, sprechender Papagei. Restaurant, Kommandantenstraße 52.

Federbetten, Stand 18 Mark, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Herrenschreibtisch 36,00, geschnitztes Nußbaumbüfett 115,00, Lederstühle 10,00, Küchensachen. Neue Königstraße 29, vorn I.

Wareneinkaufsvorteile. Im Pfandleihhause Hermannplatz 6. Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Winterpaletots! Herrenhosen! Burschensachen! Brautgeschenke! Uhrenauswahl! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Bettenauswahl! Wäscheauswahl! Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! „Großberlins allererste Billigkeit" Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. *

M. W., Sellerstraße. Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlesinger, Herren- und Knaben-Konfektion für den Weddingstadtteil, befindet sich Reinickendorferstraße 48. Beste Waren. Feste Preise. 1556R*

Turmstraße 67. Billigste Einkaufsquelle für jedermann, Riesenauswahl, Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Burschensachen, Brautgeschenke, Goldsachen, Wanduhren, Taschenuhren, Plüschtischdecken, Steppdecken, reizende Gardinen, Teppiche, Wäsche, Betten, Bilder, Spiegel, Gaskronen. Deutsches Leihhaus, Turmstraße 67. 1634R*

Geschäftsverkäufe.

Gornikiewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret, Besuch kostenlos. 1578R*

Restauration, flottgehendes Fabrikgeschäft, preiswert zu verkaufen. Hauptpostlagernd M. K. 9. 6826*

Milchgeschäft verkäuflich Naunynstraße 80. 734b

Eckrestaurant krankheitshalber billig, Pankow, Wollankstraße 31.

Milchgeschäft, Kolonialwaren, Luftdruckrolle, gute Existenz, viel Backware und Landbrot, billig. Wilhelm-Stolzestraße 37. †25

Möbel.

Moebel—Boebel, Oranienstraße 58, (Moritzplatz). Wohnungseinrichtungen zu Fabrikpreisen. 1580R*

Bettstelle zu verkaufen. Mach, Schreinerstraße 47. †25

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 33,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—. Lemberts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 1628R*

Möbelkaiser. Flügel 165,00, Schlafzimmer, Polstermöbel, einzelne Möbel spottbillig, Alte Schönhauserstraße 5.

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Möbel! all, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Möbelspeicher Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 208/6*

Musik.

Pianino, erste Hoflieferantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich Französischestraße 15, I rechts. 29/7*

Klavierkursus, Monatspreis 3,00 Klavierüben frei! 20 Klaviere Musikakademie Moritzplatz, Aschingerhaus, Oranienstraße 147. 34/12

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". !*

Verschiedenes.

Elsholz, Komiker, frei, Gropiusstraße 6. 6898*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Kunststopferei von Frau Kotosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstr. 29. Telephon 4, 6358.

Zahnpraxis. Große Frankfurterstraße 122, August Kußmann, Dentist.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herren-Garderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 1584R*

Kaufe lebendes Fischfutter. Vogelhandlung, Nazarethkirchstraße 38. †82

Waschanstalt Frau Stenholz, Köpenick, Gartenstraße 18, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. 735b

Gebrauchte Hobelbank mit eventuell ohne Werkzeug zu kaufen gesucht. Huhn, Groß-Lichterfelde O., Ferdinandstraße 7. 1640R

Vermietungen.

Wohnungen.

Billig. 3, 2, 1 Zimmerwohnungen Rixdorf, Weigand-Ufer 10. 1618R*

Prachtwohnungen, ein und zwei Zimmer, hochmodern. Soldinerstraße 32/34. 1641R*

Kaiser-Friedrichstraße 176, Rixdorf, Gartenhaus, 2 Zimmer, Zubehör, 27,00, Einzimmerwohnung 21,50, sofort oder später. †102*

Zimmer.

Möbliertes freundliches Zimmer vermietet einem Herrn. Stoppel, Stallschreiberstraße 24a. 7375

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Witwe Riedlich, Weichselstraße 54, vorn 1 Treppe. †102

Schlafstellen.

Schlafstelle, separat, 2 Herren, Manteuffelstraße 54, Gorke. 7365

Möblierte Schlafstelle, Herrn Witwe Wolske, Adalbertstraße 7, II vorn.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Abholung, Zurücksendung. Gläser, Mulackstraße 27. †126

Stellenangebote.

Frau oder Mädchen gesucht Kind zur Schule bringen, Abholen, 5 Mark, Henk, Straßmannstraße 3, Seitenflügel 3 Treppen. †25

Unterrock-Stepperin, auch Maschinennäherin verlangt Pfitzner, Rixdorf, Selchowerstraße 22. †102

Zeitungsfrauen (Touren: Markgrafendamm, Treptow, Kottbuserdamm) finden dauernde und lohnende Beschäftigung Wienerstraße 1—6. *

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien, bei monatlicher Vergütung der sofort, auch später gesucht gesucht, Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags von 1—2 Uhr. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 1630R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für **Klavierarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter** und **Polierer** die Firma **Bogs & Voigt,** Warschauer Str. 70 und Boxhagener Str. 16a. **Kolski** in Rixdorf, Weserstr. 107.

Für **Tischler und Maschinenarbeiter: Boswau & Knauer,** Gesellschaft für Bauausführung, Schlesischestr. 29/30. **Grünberg,** Luxemburgerstr. 32, wegen Nichtbezahlung des Grundtarifes.

Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. I. Abteilung. Gemeinsame Sitzung aller Bezirke der Abteilung heute Dienstag, den 26. Januar, 8½ Uhr abends, in den Union-Sälen, Greifswalder Str. 221/222. Allseitigen Besuch der Genossen und Genossinnen erwartet

Der Abteilungsführer.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt in den neuen Rathaussälen, Meininger Straße 8. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahlen. 4. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet heute abend 8 Uhr im Kaiserhof statt. Tagesordnung: 1. Anträge zur Kreisgeneralversammlung. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Strelau. Heute abend 8 Uhr in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Deutschland nach außen hui, nach innen?“ Referent: Reichstagsabgeordneter Artur Stadthagen. Diskussion.

Eichwalde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 27., abends 8½ Uhr, bei Witte, Eichwalde, statt. Tagesordnung: Vortrag über die politische Bewegung und Kommunalwahlen.

Nieder-Schönhausen. Heute, abends 8¼ Uhr, findet im Lokal „Neu-Carlshof“, Berthstraße, Ecke Charlottenstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes sowie der Kommissionen. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Ober-Schöneweide. Die Generalversammlung des Wahlvereins, die ursprünglich am Sonntag stattfinden sollte, aber wegen der Wahlrechtsversammlungen ausfiel, findet nunmehr heute abend 8½ Uhr im Wilhelminenhof statt.

Berliner Nachrichten.

Unter hohem Protektorat.

Serenissimus sitzt behaglich am Rokokkoschreibtisch, die langen Pedale weit in das Eisbärfell gewühlt, die wohlgepflegten fleischigen Daumen über der weißen Weste drehend und mit höchst intelligentem Gesichtsausdruck die blauen Ringeln seiner Upmann verfolgend. Auch eine Lebensbeschäftigung, die ihm nicht jeder nachmacht. Durchläuchting sind trotz des eben verdrückten, sehr reichlichen Dejeuners mit dem zugehörigen flüssigen Stoff etwas ungnädig heute. Sind ihm da seit gestern nicht weniger als drei untertänigste Bittgesuche plebejischer Zivilschlote um Uebernahme Allerhöchst Seines Protektorats zwischen die Finger gelaufen. Sein Protektorat! Serenissimus, in geschäftlichen Dingen äußerst gewitzt, lacht ironisch hell auf. Er braucht den Weihrauch der Menge, so man Volk nennt, ist gewöhnt daran wie an Champagner und Trüffeln, und doch verachtet er gründlich dasselbe Volk. Nervös tippt Serenissimus auf den elektrischen Knopf. „Aeh, mein lieber Baron, was ist denn das mit den drei Wischen da? Volk belästigt und ennuyiert mich wieder ... Verein zur Verbreitung von Kunst und Wissenschaft unter geheilten Idioten! Aeh ... Idioten, famoses Wort ... sind das auch Menschen?“ Der Dienststuende mit dem Zweispitz unter dem Arm knickt noch ein paar Grade tiefer mit dem feudalen Hinterteil zusammen, stammelt hilflos eine Erklärung, aus der so etwas wie Halbmenschen herausklingt. „Aeh ... Halbmenschen, famoses Wort ... richtig, hat ja auch mal Halbgötter jejeben, da oben in Dingsda ... Olymp! Und hier ... Kirchliche Gesellschaft zur sittenreinen Erziehung unehelicher Kinder der besten Kreise ... Aeh, ausgezeichnet ... hat entschieden jefehlt. Also, lieber Baron, ich nehme an, selbstverständlich auch das dritte Protektorat über die Ausstellung patriotische Lieder singender Kanarienvögel und hurraschreiender Papageien. Gott, man muß doch wieder mal was tun für seine lieben Landeskinder. Wenn doch dieser Plebs wüßte, wie unsäglich schwer das Regieren ist!“ ... Serenissimus winkt gnädigst zum Abgang. Er hat die gute Laune wiedergefunden, freut sich seines landesväterlichen Herzens.

Na, so leicht wie damals, zu Serenissimus glücklichen Zeiten, ist's mit dem sogenannten Protektorat heute nicht mehr. Was versteht man denn im gewöhnlichen Sinne darunter? Irgendeine hohe Persönlichkeit, je höher und fürstlicher, desto besser, soll ihren Namen hergeben, um einer gemeinnützigen dauernden Einrichtung, einer Lotterie, einer Ausstellung oder sonst einer öffentlichen Veranstaltung die Lebensfähigkeit und das finanzielle Ergebnis zu sichern. In unserer katzbuckelnden Zeit, die an derartigen goldmachenden Veranstaltungen wahrhaftig nicht arm ist, läßt es sich begreifen, daß die gefürsteten Namensgrößen aller Schattierungen seit Jahren mit Protektoratsgesuchen überschwemmt worden sind. Es wurde selbst diesen begnadeten Ausnahmemenschen, die in Liebedienerei eine Riesenportion verdauen können, mit der Zeit zuviel. Dazu kam, daß Glücksjäger oft recht anrüchiger Vergangenheit, die sich in der „Gesellschaft“ eingenistet hatten, oder skrupellose Geschäftsleute den Namen des Protektors mißbrauchten, um das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wiederholt hat man unterderhand von recht eigenartigen Transaktionen gehört, die den auf den Leim gegangenen Protektor in eine nicht beneidenswerte Lage brachten. So kam denn vor einiger Zeit die Ordre zustande, daß die königlichen Prinzen bei Uebernahme von Protektoraten eine stärkere Zurückhaltung zu beobachten haben und daß vorher genau geprüft werden soll, wer die Drahtzieher vor und hinter den Kulissen sind. Weniger blaublütige Prinzen geht diese Ordre natürlich nichts an, und so finden wir namentlich bei Wohltätigkeitsfesten als Protektoren nicht selten Namen, die sonst ein ziemlich stilles Dasein führen, aber nun gegen die Oeffentlichkeit, die sich ja von klangvollen Namen noch immer breitschlagen läßt, ausgespielt werden. Apropos Wohltätigkeitsfeste! Welche Schleichwege gerade hier gewandelt werden, das beweist die wenig bekannte Existenz der honorierten Wohltätigkeitsfeen. Wer da nämlich glaubt, daß alle jene Damen, die in Samt und Seide, mit Schmuck überladen, hinter den Verkaufstischen stehen und für schweres Geld billigen Schund verschachern oder sich ein Glas Sekt mit einem Doppelfuchs und einen Kuß auf den nackten Oberarm mit einem Bläuling bezahlen lassen, dies aus gutem Herzen, aus Mitleid für die Armut tun, der kennt die versumpfte Moral dieser Kreise noch lange nicht. Es gibt da eine ganze Anzahl bildschöner, majestätisch gewachsener „Anreißerinnen“, die in ewiger Geldklemme sind und zum Zwecke des Männerfangs die Wohltätigkeitsverkäufe mit Vergnügen gewerbsmäßig betreiben. Obwohl nur selten etwas Genaueres darüber bekannt wird, ist es doch ein offenes Geheimnis, daß solche Damen, die oft selbst sieggewohnte Prinzenherzen höher schlagen lassen, für ihr Animieren glänzend bezahlt werden. Man raunt auch von gewissen anderen Gesellschaftslöwinnen, die es durchaus nicht verschmähen sollen, die Bilanz ihrer speziellen Wohltätigkeitskasse etwas sehr egoistisch zu verschieben. Gelegentlich berechnen auch die Macher an der Spitze so gewaltige Spesen, daß für die eigentliche Wohltätigkeit herzlich wenig übrig bleibt. Der Düpierte ist dann der hohe Protektor, der mit seinem Namen ein paar ganz gerissenen und charakterlosen Salonhelden, nur nicht der Armut die Tasche gefüllt hat.

Wie diese Kreise mit der frisierten Herzensbildung sich gegenseitig übers Ohr hauen, das kann uns genau genommen höchst gleichgültig sein. Das Beschämendste bleibt, daß die „stolze“ bürgerliche Clique und die noch „bessere“ Gesellschaft überhaupt erst des Anreizes eines klangvollen, möglichst gefürsteten Namens bedarf, um für wohltätige Zwecke in die eigene Hosentasche zu greifen. Denn es ist eine Tatsache, daß Wohltätigkeitsveranstaltungen und Wohltätigkeitseinrichtungen, selbst solche, deren Kernpunkt auch uns Sozialdemokraten ein nicht geringes Interesse abnötigt, nicht auf einen grünen Zweig kommen und keinen nennenswerten finanziellen Erfolg haben, sobald es nicht gelingt, eine hochgestellte Person zur Uebernahme des Protektorats zu bewegen. Ob sich wohl mal die meist doch bürgerlichen Veranstalter des modernen Wohltätigkeitsrummels auf das Jämmerliche und Unwürdige ihrer Selbstdegradation vor gezackten Kronen besinnen werden? Sicher nicht, solange der Protektor gerade gut genug ist, um den Machern vom Ganzen ein Titelchen oder Piepvögelchen zu besorgen. Auf diese Waschlappen paßt vortrefflich der Spottvers, den wir unlängst in einer königstreuen Zeitung lasen:

Am Golde hängt und niedrigen Begierden
Das einst so stolze, freie Bürgertum;
Der äußere Glanz und die erkauften Würden
Sind leider heute noch sein einziger Ruhm.

Die Post am 27. Januar. Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers wird am Mittwoch, den 27. Januar in Berlin nur zweimal früh und zwar die erste und zweite Post bestellt. Wir machen insbesondere Inserenten auf diesen Umstand aufmerksam und bitten, Aufträge und Mitteilungen für die Donnerstagsnummer uns rechtzeitig zugehen zu lassen.

Fiskus und Terrainspekulanten.

Während die Gemeinden durch Einführung von Wertzuwachssteuern allmählich den mühelos erworbenen Gewinn zu fassen suchen, scheint der preußische Fiskus sich seiner volksfeindlichen Natur gemäß zum Schutzpatron und Verbündeten der Terraingesellschaften aufwerfen zu wollen. Wir berichteten kürzlich schon aus der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung, daß es der Gemeinde nicht möglich gewesen sei, von den Anliegern mehr als 30 Mark pro Quadratrute Beitrag zum Bau der Untergrundbahn zu erlangen. Als Anlieger kommen fast ausschließlich jene großen Terraingesellschaften in Betracht, die, wie anderswo, so auch in Wilmersdorf, alles noch unbebaute Land in Besitz haben. Nun hatte ein Mann, von dem alles andere eher als eine Hetze gegen den Besitz zu erwarten ist, der frühere Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Prof. Dr. Leidig, in der Stadtverordnetenversammlung die Ansicht ausgesprochen, daß die Stadt Wilmersdorf durch geschicktere Heranziehung der Terraingesellschaften beim Bau der Untergrundbahn eine halbe bis eine ganze Million Mark billiger davongekommen wäre. Wir können nicht untersuchen, ob diese Möglichkeit vor Zeiten bestanden hat und ob die städtische Verwaltung sich schlimmer Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen. Jedenfalls hat aber eine Auseinandersetzung im Bürgerverein Nord zu Wilmersdorf über das Verhalten der preußischen Regierung in der Untergrundbahnfrage eine ganz charakteristische Aufklärung gebracht. Damit die bei den fiskalischen Waldschlächtereien gegründete Kolonie Dahlem sich stärker entwickele, will der Fiskus bekanntlich 2½ Millionen Mark zum Bau der Untergrundbahn beisteuern. Als Mitglied der städtischen Verkehrsdeputation berichtete nun der Stadtverordnete Rösler in der Versammlung des Bürgervereins, in den Verhandlungen mit dem Finanzminister und dem anderen Vertreter des Fiskus sei der Umstand erschwerend ins Gewicht gefallen, daß die königliche Aufteilungskommission der Domäne Dahlem sich von vornherein mit den Terraingesellschaften solidarisch erklärt habe. Als man den Interessenten zwei (verschiedene) Verträge vorlegte, habe der Vertreter des Fiskus jede Verhandlung abgelehnt; auch die der Aufteilungskommission gestellten günstigeren Bedingungen habe diese nicht zu einem gesonderten Vorgehen bewegen können. Diese Mitteilungen wurden bestätigt von einem anderen Mitgliede der Verkehrsdeputation, dem Stadtv. Droese. Herr Droese sagte in der Versammlung: „Es habe überhaupt keinen anderen Weg gegeben, als den Vertrag gemeinsam mit dem Fiskus und den Terraingesellschaften zu schließen. In einer der offiziellen Unterredungen habe der Vertreter des Fiskus, Geheimer Oberregierungsrat Ramm wörtlich erklärt: „Ich bin solidarisch verpflichtet, mit den Terraingesellschaften zusammenzugehen; und wenn sie damit nicht einverstanden sind, klappe ich meine Akten zusammen und gehe nach Hause!“

Es mag unter diesen Umständen ja richtig sein, daß die Stadt Wilmersdorf wohl oder übel sich die vom Fiskus und den Terraingesellschaften gemeinsam gestellten Bedingungen gefallen lassen mußte, und daß der Stadtv. Leidig, den man wegen seiner Aeußerungen sehr scharf in der Versammlung angriff, im Unrecht ist. Aber das interessiert die Oeffentlichkeit erst in zweiter Reihe. Wichtig ist, daß Mitglieder der städtischen Verkehrsdeputation in Wilmersdorf, von denen der eine, nebenher bemerkt, königlich preußischer Beamter und ein Mann von erzkonservativer Gesinnung ist, über den Fiskus außerordentlich niedliche Enthüllungen zum besten gaben. Nach den Ausführungen der beiden Herren steht fest, daß der Fiskus sich in dieser Angelegenheit nicht allein ganz als Terrainbesitzer fühlte, sondern mit den privaten Terraingesellschaften derartig Solidarität übte, daß er die größeren Vorteile, die die Stadt Wilmersdorf ihm bot, in seiner Interessensolidarität mit den Terraingesellschaften verschmähte, also zum Schaden der Staatsbürger handelte. Für uns Sozialdemokraten sind derartige Fälle gemeinsamen Handelns von Staat und Privatkapital ja nichts Neues; die Arbeiterschaft hat ja oft genug die gemeinsame Macht der beiden Verbündeten spüren müssen. Auch ist es nicht das erstemal, daß der Staat das Interesse der Städte durchaus mißachtet. Jedoch darf es wohl noch nicht dagewesen sein, daß der Fiskus in inniger Verschwisterung mit Privatkapitalisten deren Vorteile höher einschätzt als seinen eigenen und dem privaten Geldsack zuliebe direkt zum Schaden des Staatssäckels handelt. Vielleicht bietet sich unseren Parteigenossen im Abgeordnetenhause Gelegenheit, den preußischen Finanzminister wegen dieser kompromittierenden Allianz einmal gehörig vor das Brett zu nehmen.

Polizei und Hausbesitzer.

Daß Polizei und Hausbesitzer eng liiert sind, ist allgemein bekannt; die Polizei braucht die Hausbesitzer und die Hausbesitzer die Polizei. Haben die Hausbesitzer besondere Wünsche, so kommt ihnen die Polizei, wenn irgend möglich, weit entgegen. Das beweist ein Bericht über eine Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Gesundbrunnen, den wir im „Grundeigentum“ lesen. In diesem Bericht heißt es:

„... Herr Anklam teilte noch mit, daß ein lange gehegter Wunsch des Vereins in Erfüllung gehen werde, es sei nämlich Aussicht vorhanden, daß die Polizeibeamten des Gesundbrunnen vermehrt, der östlich des Bahngleises liegende Teil vom 9. Polizei-Revier abgetrennt und auch ständige Schutzmannsposten in der Badstraße aufgestellt würden, allerdings schwerlich vor Oktober 1910. Wegen des in der letzten Sitzung geäußerten Wunsches, einen Polizeihund hierher zu bekommen, habe er sich mit dem Reviervorstand des 9. Polizei-Reviers in Verbindung gesetzt. Der Herr habe vorgeschlagen, noch zu warten, er wolle sich bei seinem Kollegen in einem Nachbarrevier erkundigen, welche Erfahrungen dieser mit seinem Polizeihunde gemacht habe, dann werde er uns Nachricht geben, und wenn diese Auskunft günstig lautet, möchten wir die Eingabe machen. Die Anwesenden waren damit einverstanden, daß so verfahren würde.“

Ob die Wünsche anderer Staatsbürger auch so freundlich von der Polizei berücksichtigt werden? Und die Polizei soll doch für alle Steuerzahler da sein!

Eine Browningpistole

wurde uns gestern von einem Manne überbracht mit der Bitte, dieselbe dem Verlierer wieder zuzustellen. Die Schußwaffe war mit sieben Patronen geladen und ist anscheinend auf der Jagd nach Wahlrechtsdemonstranten verloren gegangen. Um kein Unheil anzurichten, haben wir uns erlaubt, die Waffe zu entsichern und die sieben Patronen herauszunehmen, die aber der Verlierer bei der Abholung natürlich mit zurückerhält. Das Schießeisen trägt den Stempel K. P. P. B. Ob das heißen kann: Königliches Polizei-Präsidium Berlin, wissen wir nicht ganz genau. Wir haben aber pflichtschuldigst dem hiesigen Polizeipräsidium von dem Fund besonders Mitteilung gemacht, um uns nicht einer Anklage wegen Fundunterschlagung auszusetzen. Wer also auf den Fund Anspruch erhebt, kann sich denselben im Sekretariat der Redaktion abholen.

Eine „Automobilverkehrs- und Uebungsstraße, G. m. b. H.“ ist begründet worden. Es handelt sich dabei um die Herstellung einer etwa 80 Kilometer langen, staubfreien und vom allgemeinen Verkehr nicht zu sehr in Anspruch genommenen breiten Straße für Automobilversuchszwecke. In Vorschlag gebracht ist die 35 Kilometer lange Chaussee von Potsdam nach Treuenbrietzen. Ferner sind vorgeschlagen: eine Straße zwischen Oranienburg-Bernau und Werneuchen und dann zwischen Potsdam-Trebbin-Zossen.

Die Flucht aus dem Rettungshaus. Vier Insassen des Rettungshauses „Siloah“ haben eine günstige Gelegenheit dazu benutzt, um bei Nacht und Nebel aus der Anstalt zu flüchten. Bei den Flüchtigen handelt es sich um junge Mädchen.

Als Retter in der Not spielte sich vorgestern abend ein alter Fledderer auf. In später Stunde wurde einem Mann auf der Straße so unwohl, daß er zusammenbrach und hilflos liegen blieb. Während ein Unbekannter sich um ihn bemühte, kam auch der Zimmermann Rudolf Kerling dazu. Dieser betonte laut, daß es Menschenpflicht sei, dem Kranken zu helfen, und brachte ihn dann auch mit Hilfe des anderen Herrn nach der Wohnung seiner Mutter in der Alvenslebenstraße, die er mit schwacher Stimme noch angeben konnte. Beide Männer halfen der Frau auch noch beim Entkleiden des Kranken. Während der Unbekannte ihm die Schnürstiefel abzog, entledigte ihn Kerling des Rockes und der Weste. Die Mutter bedankte sich bei den Samaritern und bot beiden ein Trinkgeld für ihre Bemühungen an. Der eine lehnte es ab, Kerling dagegen nahm es an. Er versicherte zwar, daß er auch ohne Aussicht auf Lohn seiner Menschenpflicht stets genügen werde, aber immerhin nehme er eine Kleinigkeit dankbar an, weil er auch nicht gerade im Ueberfluß lebe. Gleich nach dem Weggange der Samariter entdeckte die Frau, daß ihrem Sohne Uhr mit Kette und das Portemonnaie fehlten. Die Uhrkette war an der Weste abgeschnitten, nur noch ein kleines Stückchen hing im Knopfloch. Die Frau eilte jetzt hinaus und fand Kerling noch auf der Straße. Weil er sich besonders an den oberen Kleidungsstücken zu schaffen gemacht hatte, so sagte sie ihm den Diebstahl auf den Kopf zu. Der „Samariter“ war sehr entrüstet und verschwor sich hoch und heilig, daß er nach solchen Erfahrungen nie in seinem Leben wieder einem fremden Menschen helfen werde. Die Frau aber ließ sich nicht täuschen, sondern übergab den Menschenfreund einem Schutzmann, der ihn nach der Wache brachte. Hier fand man bei ihm sowohl die Uhr mit der Kette als auch das Portemonnaie mit Inhalt. Die Kriminalpolizei erkannte in dem „Samariter“ einen alten Fledderer und ließ ihn gestern vormittag dem Untersuchungsrichter vorführen.

Die rätselhafte Revolverschießerei, über die aus der Borsigstraße berichtet wurde, scheint sich aufklären zu wollen. Aus der Wohnung des erschossenen Pförtners Johann Scheiters wurde, wie wir mitteilten, von Einbrechern allerhand Diebesbeute weggeschleppt, während der Verwundete in der Klinik lag, u. a. Eisenwaren, die bei Müller in der Neuen Königstraße gestohlen worden waren. Nur einen kleinen Teil dieser Beute hatten die Einbrecher zurückgelassen. Jetzt wurden in Breslau zwei Männer festgenommen, bei denen man einen Gepäckschein über einen auf dem dortigen Bahnhof aufgegebenen großen Koffer fand. Der beschlagnahmte Koffer enthielt einen Posten der bei Müller gestohlenen Eisenwaren.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Montag entstand in der Sophienstr. 16 in einer Bäckerei Feuer. Als der 13. Zug erschien, brannten Mehl und alte Backwaren usw. Die Flammen konnten mit einer Schlauchleitung auf die Backstube beschränkt werden. Betten, Wäsche, Körbe, Möbeln und anderes brannten in der Prenzlauer Allee 198, Flemmingstr. 11, Brückenstr. 1 und anderen Häusern. Wegen einer Gasausströmung wurde der 12. Zug nach der Kurfürstenstr. 139 gerufen. Die Gefahr einer Gasexplosion wurde beseitigt. Um einen Defekt an einer Wasserleitung zu beheben, wurden Feuermänner nach der Karlstr. 1 entsandt. Am Grünen Weg 87 war eine Holzwand in Brand geraten. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Tegeler Straße 14, Badstr. 22 und anderen Stellen ein.

Die Rixdorfer Feuerwehr hatte am Sonntag einen Brand zu löschen, der vormittags durch einen schadhaften Ofen in dem Warenhause von Hirsch in der Hermannstr. 66 ausgekommen war und sich schnell verbreitet hatte. Es gelang indes den Brand innerhalb einer Stunde zu lokalisieren. Der Schaden ist vollständig gedeckt.

Vorort-Nachrichten.

Für freies Wahlrecht

wurde auch in einer Reihe von Vororten demonstriert. In unserer Extraausgabe haben wir bereits über den Verlauf der Veranstaltungen in Schöneberg, Charlottenburg, Rixdorf und Treptow-Baumschulenweg berichtet.

Aus **Köpenick** wird uns heute mitgeteilt: Der große Saal des Stadttheaters war überfüllt, das Referat des Stadtv. Brums wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Nach Schluß zogen die Versammelten durch die Jägerstraße, Grünstraße, Schloßplatz und Schloßstraße nach dem Rathaus. Hier wurde ein Hoch auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausgebracht und ein Kampflied angestimmt. Während bisher von der Polizei nicht viel zu sehen war, stürmten nunmehr unter Führung des Polizeileutnants Hoerau über ein Dutzend Polizeibeamte aus dem Rathaus und versuchten die Demonstranten auseinander zu treiben. Hierbei rief der Anführer der Polizeimannschaft: „Nun könnt Ihr Dresche kriegen!" Die Demonstranten ließen sich hierdurch nicht aus der Ruhe bringen und zogen weiter durch die Freiheit, Friedrichstraße und zurück zur Jägerstraße. Hier wurden sie durch ein starkes Polizeiaufgebot durch die Kirchstraße nach der Schloßstraße zurückgedrängt und gelangten dadurch nochmals am Rathaus vorbei bis zum Schloßplatz. Hier wurden sie durch ein starkes Polizei- und Gendarmerieaufgebot über die lange Brücke zur Köllnischen Vorstadt hingeschoben. Die Brücke selbst wurde dann abgesperrt. Jeder Versuch, in die Altstadt zurückzugelangen, scheiterte. Die Polizei ging selbst gegen ganz unbeteiligte Personen, welche die Brücke passieren wollten, mit aller Rücksichtslosigkeit vor. Der Verkehr zwischen Köllnischer Vorstadt und Altmarkt war längere Zeit vollständig unterbunden. Erst durch den energischen Einspruch einzelner Parteigenossen an zuständiger Stelle wurde die Polizei zurückgezogen und der Verkehr wieder hergestellt. Es sind verschiedene Verhaftungen von Parteigenossen erfolgt. Einzelnen wurde sogar mit Anlegung von Handfesseln gedroht. Die Verhafteten wurden nach einer Stunde wieder freigelassen.

Friedrichshagen. In der am Sonntag bei Wittwe Lerche, Rundteil, abgehaltenen Versammlung referierte Genosse Zietsch-Charlottenburg in recht wirkungsvoller Weise. Sein Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde mit Gesang des „Friedrichshagener Männerchors" eröffnet und geschlossen. Mit brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie verließen die Teilnehmer das Lokal.

Königs-Wusterhausen. Die von über 600 Personen besuchte Protestversammlung spendete dem Genossen Lehmann-Wiesbaden während und nach seinem Vortrage reichen Beifall. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde angenommen. Die Beteiligung am Demonstrationszug, der sich bis nach dem Bahnhof bewegte, war eine starke.

Tegel. Hier sprach vor imposanter Versammlung Genosse Stadthagen. Die wirkungsvollen Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit Begeisterung aufgenommen.

Pankow.

Bei der gestern stattgehabten Stichwahl zur Gemeindevertretung sind unsere Genossen Großkurt und Schmidt mit 636 bezw. 634 Stimmen gegen 708 bezw. 700 bürgerliche Stimmen unterlegen. Bei der Hauptwahl erhielten Großkurt 550 und Schmidt 549 St., auf die Gegner entfielen 531 bezw. 528 St. Das Mandat des Nichteingesessenen währt nur ein Jahr, während das Mandat des Eingesessenen noch drei Jahre läuft.

Köpenick.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells, zu welcher außer den Delegierten auch die Gewerkschaftsvorstände geladen waren, gab Genosse Nickel den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß es hier am Orte trotz der wirtschaftlichen Krise vorwärts geht. 15 dem Kartell angeschlossene Gewerkschaften mit 2005 Mitgliedern zahlten im Jahre 1908 für Unterstützungen 21 144,47 M. An Streiks und Aussperrungen waren 6 Verbände mit 134 Kollegen beteiligt. Lohnbewegungen waren zu verzeichnen bei 9 Verbänden mit 114 Beteiligten. Diese Bewegungen waren teilweise erfolgreich. Einzelne Berufe haben einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen, welcher durch Zugang bei anderen Verbänden sich ausgleicht. Redner streift sodann die Tätigkeit des Kartells im allgemeinen, die Wahlen zur Ortskrankenkasse, die Maifeier, angelegenheit, die Wahl des Bildungsausschusses sowie die Arbeitslosenzählung eingehend erörternd. Insgesamt fanden für die im Kartell angeschlossenen Berufe 198 Versammlungen und 250 Sitzungen statt. — Nach kurzer Diskussion wurde zu den Wahlen geschritten. Diese ergaben folgendes Resultat: Obmann: Lobitz; Schriftführer: Richard Schulz; Kassierer: Leutert. Der Bibliothekkommission gehören folgende Genossen an: Lefevre, Schubert, Laafer, Schulz, Schütt, Zimmer. Die Frauen delegieren eine Genossin. Als Kandidaten für die am 15. Februar stattfindenden Gewerbegerichtswahlen sind folgende Genossen vorgeschlagen: Holzarbeiter: Lustig; Maurer: Katsch; Fabrikarbeiter: Schubert; Textilarbeiter: Semrow. Als stellvertretende Beisitzer kommen noch nachstehende Genossen in Betracht: Metallarbeiter: Kaßner; Transportarbeiter: Nickel; Zimmerer: Schön; Gemeindearbeiter: Riemer. — Mit einem Appell des Obmannes, daß ein jeder Genosse am 13. und 14. Februar, den Tagen der Arbeitslosenzählung, seine Pflicht und Schuldigkeit tue, erfolgte Schluß der anregenden Sitzung.

Grünau.

Die **Gemeindevertretung** verhandelte in ihrer letzten Sitzung über die Einführung einer Pflichtfeuerwehr. Die Vertretung steht auf dem Standpunkt, daß die bestehende freiwillige Feuerwehr den örtlichen Zwecken genügt und eine Zwangswehr hauptsächlich aus den Geschäftsleuten und Grundbesitzern zusammengesetzt wäre, da fast alle Arbeiter außerhalb Grünaus beschäftigt sind. Der Landrat fordert seit einem Jahre beharrlich die Einführung. So kam es zum Konflikt. Die Vertretung lehnte einmütig die Zwangswehr ab mit dem Bemerken, die Statuten in Kraft treten zu lassen, wenn die freiwillige Wehr versagen sollte. Interessant ist ferner, daß die längst geplante elektrische Bahn Köpenick—Grünauer Bahnhof zum Frühjahr bestimmt in Angriff genommen wird. Die Linienführung ist etwas abweichend vom alten Projekt, indem die Bahn jetzt zweckmäßiger eingleisig durch die Köpenicker und zweigleisig durch die Wilhelmstraße zum Bahnhof geführt wird.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung in der letzten Sitzung bildete der Bericht des Schularztes Dr. König über seine Tätigkeit vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1908. Der Schularzt weist eingangs seines Berichtes darauf hin, daß mit dem abgelaufenen Schuljahr die Gemeinde auf eine achtjährige Tätigkeit des Schularztes zurückblicke und daß solche Kinder zur Entlassung gekommen sind, die vor acht Jahren als Lernanfänger zum ersten Male in der Schule von einem Arzte untersucht und während ihrer ganzen Schulzeit unter schulärztlicher Ueberwachung gestanden haben. Von den während der Berichtszeit eingeschulten 244 Kindern standen 45 (26 Knaben und 19 Mädchen) unter ständiger schulärztlicher Kontrolle. Von den Neuaufgenommenen litten an: Blutarmut 4,91 Proz., Augenerkrankungen 4,37 Proz., Skrophulose 1,09 Proz., Mund-, Nasen- und Halskrankheiten 1,09 Proz., Unterleibsbrüche 2,18 Proz., Ohrenleiden 1,09 Proz. Die Ursache der Blutarmut ist besonders bei Kindern ärmerer Familien in mangelhafter Ernährung zu suchen. Einen sehr hohen Prozentsatz weisen auch die Augenerkrankungen auf. Der Schularzt empfiehlt daher die Aufhebung des Nachmittagsunterrichts, damit die Kinder noch bei Tageslicht ihre Schularbeiten machen können, dann aber auch noch genügend Zeit haben, zur Stärkung ihres Körpers und Geistes frohem Spiel sich hinzugeben. Epidemische Krankheiten (Masern, Scharlach, Diphtheritis) zeigten sich nur vereinzelt, dagegen hatte der Keuchhusten während des letzten Winterhalbjahres sehr viel Kinder ergriffen. Während des Berichtsjahres waren 2227 Schüler vorhanden: Im Gymnasium 303, in der höheren Mädchenschule 222, in der Gemeindeknabenschule 831, in der Gemeindemädchenschule 871. Von den 2227 Schülern standen 243 (133 Knaben und 110 Mädchen) ständig unter ärztlicher Kontrolle. Das Verhältnis zwischen dem Schularzt und den Eltern war durchweg ein gutes. Lebhaft beklagt der Schularzt, daß die Gemeindevertretung noch immer nicht der Errichtung einer Hilfsklasse für schwachbegabte und geistig zurückgebliebene Kinder näher getreten sei, trotzdem er seit vielen Jahren dieselbe warm empfohlen habe. In recht dringenden Worten weist der Schularzt die Notwendigkeit einer Hilfsklasse nach: „Ich muß wiederum in meinem Bericht pflichtgemäß sagen, man tut hierorts an einer Anzahl armer, trauriger Kinder großes Unrecht. . . . Die Gemeinde möge auf der Wacht sein, damit diesen Kindern körperlich und geistig nicht Schaden erwachse. . . . Die Normalschule kann nicht früh genug von den schwachbegabten Kindern befreit werden. . . . Die Schule bereitet auf den harten Kampf ums Dasein vor, es ist daher nicht zu verstehen, warum die Fürsorge für die Schwachbegabten fehlen soll."

Im Anschluß an den Bericht teilte der Gemeindevorsteher mit, daß, da die Zahl der geistig schwachen Kinder auf 18 gestiegen ist, nach erfolgter Rücksprache mit der Schulbehörde der Gemeindevorstand nunmehr zum 1. April die Errichtung einer Hilfsklasse empfehle.

Vertreter Sonnenburg (Soz.) spricht seine Genugtuung aus, daß nun endlich die von ihm und seinen Freunden jahrelang geforderte Errichtung der Hilfsklasse verwirklicht wird. Die sozialdemokratischen Vertreter nehmen daher für sich in Anspruch, hier wieder einmal die treibende Kraft gewesen zu sein.

Einstimmig wird der Errichtung der Hilfsklasse zugestimmt.

Vertreter Sonnenburg beantragt, den vom Schularzt als blutarm bezeichneten Kindern morgens warme Milch und Semmel, mittags eine Suppe zu verabreichen; die Gemeinde hat die Pflicht, helfend einzugreifen. Bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit sind viele Arbeiterfamilien nicht in der Lage, ihre Kinder genügend zu sättigen, geschweige denn mit kräftiger Nahrung zu versorgen. Selbstverständlich darf die Speisung der Kinder nicht deren Eltern als Strafe für ihre Armut als Armenunterstützung angerechnet werden. Vertreter Direktor Gloede schloß sich diesen Ausführungen an.

Gegen die Stimmen des Gemeindevorstehers, des Schöffen Dr. Wallburg und des Vertreters Harcke wurden zur sofortigen Verabreichung von Milch, Semmel und Suppen an leidende Kinder 800 M. bewilligt. Bei der im März stattfindenden Etatsberatung wird dann festgestellt werden können, welche Summe dauernd in den Etat eingestellt werden muß.

Vertreter Sonnenburg weist dann auf den hohen Prozentsatz der Augenerkrankungen hin, dem Gemeindevorstand empfehlend, der Forderung des Schularztes auf Fortfall des Nachmittagsunterrichts näherzutreten. Der Gemeindevorsteher erklärt sich bereit, diese Frage dem Schulvorstand zu unterbreiten.

Die Desinfektions-Gebührenordnung wird dahingehend abgeändert, daß für Ortseingesessene die Desinfektion unentgeltlich ist, wenn dieselbe auf ärztliche Anordnung stattfinden muß.

Das abgeänderte Ortsstatut für Straßenpflasterung ist vom Kreisausschuß genehmigt. Einstimmig wird beschlossen, die Kastanien-Allee und den Mylius-Garten zu pflastern. Die Adjazenten haben 75 Proz. und die Gemeinde 25 Proz. der Kosten zu tragen.

Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Eine umfangreiche und mühevolle Parteiarbeit ist im vorigen Jahre von den hiesigen Genossen geleistet worden. Zum Glück nicht vergeblich. Die im Jahre 1908 vorgenommenen Gemeinde- und Landtagswahlen haben mit einem für die Sozialdemokratie befriedigenden Resultat geendet. In der Generalversammlung des Wahlvereins rekapitulierte der Vorsitzende Genosse Kaiser nochmals die Vorgänge bei den Wahlen des vergangenen Jahres. Außer der Eroberung von drei Mandaten in Hoherlehme-Wildau und Niederlehme sind auch in der Wahl von Wahlmännern für die Landtagswahlen überraschende Erfolge zu verzeichnen. Die Agitation ist auch für das Wachstum der Organisation nicht ohne Einfluß gewesen. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins ist von 230 im Januar 1908 auf 285 im Januar 1909 gestiegen. „Vorwärts"-Leser waren am Anfang des vergangenen Jahres 810 vorhanden, jetzt wird der „Vorwärts" in 880 Exemplaren gelesen. Es fanden im Berichtsjahre statt 14 Volksversammlungen, 11 Wahlvereinsversammlungen und 26 Vorstandssitzungen. Auch wurden 7 Flugblattverbreitungen vorgenommen. Der Kassenbericht des Gen. Dietze weist eine Gesamteinnahme von 1271,11 M. und eine Gesamtausgabe von 1134,51 M. auf. Die Neuwahl des Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Franz Kaiser, 2. Vorsitzenden Andreas Haug, 1. Schriftführer Otto Boste, 2. Schriftführer Wilhelm Sommer, Kassierer Heinrich Dietze, Beisitzer Karl Reinicke und Klara Gesing. Als Bezirksführer für Königs-Wusterhausen 1. und 2. Bezirk Karl Reinicke, 3. und 4. Bezirk Otto Krause; für Hoherlehme-Wildau Adolf Tänzer, für Niederlehme Karl Freitag, für Deutsch-Wusterhausen Hermann Ludwig. In die Lokalkommission wurden Harnau, Wörlitzer, Hensel und Fruck, als Revisoren Pleikis, Franz und Kraft gewählt. Als Spediteur fungiert Fritz Baumann. Zum Schluß wurden die Genossen noch ersucht, das Riedelsche Lokal in Neu-Mühle zu meiden, da derselbe auf Besuch aus Arbeiterkreisen nicht reflektiert.

Aus der Frauenbewegung.

Nationaler Raptus und Frauenrechtelei.

Mit dem politischen Radikalismus der sich fortschrittlich nennenden Frauenbewegung war es von jeher schwach bestellt. Die wirklichen Demokratinnen unter den Führerinnen lassen sich an den Fingern einer Hand aufzählen. Daneben macht sich eine Anzahl von führenden Frauen breit, die jede Frage aus der nationalen Froschperspektive betrachten. Allen voran Frl. Lischnewska. „Nationale Gesichtspunkte" veranlassen sie, nicht nur für Heer, Flotte und Kolonien begeistert einzutreten, sondern auch für die Beibehaltung des unglückseligen Abtreibungsparagraphen. Von nationalen Gesichtspunkten aus gelangte die Dame zu einer ausdrücklichen Billigung der Polenentrechtung, durch den jeder Schikanierung Tür und Tor öffnenden Sprachenparagraphen des neuen Vereinsgesetzes. Uns ist nichts davon bekannt, daß gegen diese offenbare Verhöhnung des Prinzips der Internationalität in der bürgerlichen Frauenbewegung bisher irgend ein Protest laut geworden wäre. Sollen die Polinnen ausgeschlossen sein, wenn es den Kampf für die Bürgerrechte der Frau gilt? Es sieht ganz so aus, denn der schönen Seele des Frl. Lischnewska hat sich neuerdings die von Dr. Käthe Schirrmacher zugesellt, die ganz ungeniert eine geradezu skandalöse hakatistische Propaganda treibt. Nach einer Mitteilung der „Berliner Volkszeitung" vom 22. Januar reist diese Führerin der deutschen Frauenbewegung nicht nur von Ort zu Ort und ruft die Frauen auf zum Kampfe gegen den polnischen „Erbfeind", sondern sie will auch die bürgerliche Frauenbewegung direkt in den Dienst der Hakatisten (so genannt nach den Anfangsbuchstaben der drei Polenfresser Hansemann, Kennemann, Tiedemann) stellen. Wenn ein Frauenverein ihren Hetzereien nicht folgt und neutral bleibt, wenn er mit der reaktionären Ostmarkenpolitik nichts zu tun haben will, so greift ihn Dr. Käthe Schirrmacher öffentlich an als einen Verein, der seine nationalen Pflichten nicht erfüllt.

Bei Gott und der bürgerlichen Frauenbewegung scheint kein Ding unmöglich zu sein. So erleben wir denn ein neues, groteskes Schauspiel, indem wir eine einflußreiche Führerin des radikalen Flügels in trautem Bunde mit dem Reichsverbandsgeneral v. Liebert, der in der Sonnabendsitzung des Reichstages den furor teutonicus über die Polen heraufbeschwor, vom nationalen Raptus erfaßt sehen.

Zu zwei Monaten Gefängnis und 25 Kronen Geldbuße verurteilt wurde unsere schwedische Genossin Kata Dahlström vom Rathausgericht zu Ronneby. Ins Gefängnis soll sie wegen Beleidigung des schwedischen Reichstages. Wie wir bereits in Nummer 12 des „Vorwärts" mitteilten, handelte es sich dabei um eine Kritik historischer Vorgänge aus dem Jahre 1892 und nur um eine bestimmte Partei des Reichstages. Die Geldbuße ist dafür, daß sie, wie das Gericht annahm, ihren Vortrag fortgesetzt habe, nachdem der Bürgermeister die Versammlung für aufgelöst erklärt hatte. Uebrigens fungierte derselbe Bürgermeister, Flensburg mit Namen, der die Versammlung auflöste und der Urheber der Anklage war, als Vorsitzender des Rathausgerichts. Wegen unbefugter Auflösung der Versammlung ist Beschwerde gegen ihn erhoben. Gleichwohl verwarf das Gericht einen Antrag der Angeklagten und ihres Verteidigers auf Ablehnung dieses doch offenbar parteiischen Vorsitzenden. Gegen das Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt und man darf wohl erwarten, daß sie Erfolg haben wird. Sollte das Urteil wirklich bestätigt werden, so würde das bedeuten, daß im „freien" Schweden die Kritik gewisser geschichtlicher Vorgänge, ja selbst auch ihre objektive Schilderung strafbar wäre, sofern irgend ein ehemaliger Reichstag des Landes dadurch in ein schlechtes Ansehen kommen könnte.

Leseabend, Dienstag, 26. Januar.

Tegel: Bei Halfes, Brunowstr. 23.

Zentralverband der Fleischer (Ortsverwaltung Berlin). Engrosschlächtergesellen! Heute, Dienstag, abend 8½ Uhr im Eichstum, Landsberger Allee 40—44: Oeffentliche Versammlung. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn über „Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Gewerkschaften". 2. Die genaßführten „Brüderschaftler" und „Engrosschlächtervereinler". Referent: Kollege P. Bergmann. 3. Die Lage der Helfer.

Eingegangene Druckschriften.

Nr. 3 des **„Süddeutschen Postillon"** (Verlag M. Ernst, München) gibt uns in seinem farbigen Titelbild eine gut verständliche Parodie auf den europäischen Frieden, im zweiten Farbenbild zeigt Vanselow den Allerweltskünstler Bülow als Reichspalier, den dann im dritten Bilde derselbe Künstler als Diplomatenjongleur zeichnet. Das Schlußbild von M. E. stellt die gewaltige Macht der Erdbeben den einfältigen Menschlein gegenüber, die sich da die Großen der Erde dünken. Der Text dieser Nummer ist besonders aktuell, die Gedichte packend, so das Leitgedicht „Das englische Fest", Stöckers Bauernschlauheit (Ged.) — Sittenrettung im preußischen Abgeordnetenhause. — Französische Kultur (Ged.). — Peters letzte Rettung, ein Bierstrophler von F. H. — Abgeblitzt. — Sonntagsstimmung, Gedicht von Ludwig Pratsch, und viele interessante Schnitzel, Witze, Glossen. — Auch der Addertit ruft auf: D' Schuach g'nagelt, wer a Schneid zu aram Landler hat. D' Fastnacht soll net umsonst sei. —

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich rege, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise behauptet. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft ziemlich belebt, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert.

Witterungsübersicht vom 25. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Grad	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Grad
Swinemünde	775	SO	2	wolkenl	—5	Haparanda	765	NNW	4	heiter	0
Hamburg	773	OSO	3	wolkenl	—6	Petersburg	767	W	2	bedeckt	—1
Berlin	774	OSO	1	wolkenl	—5	Stockh.	768	SO	4	bedeckt	4
Frankf. a. M.	771	N	3	heiter	—6	Aberdeen	769	SSW	2	bedeckt	1
München	772	O	2	wolkenl	—13	Paris	769	NNO	1	wolkenl	—5
Wien	775	Still		bedeckt	—10						

Wetterprognose für Dienstag, den 26. Januar 1909.

Zunächst meist heiter und trocken bei ziemlich strengem Frost und mäßigen südöstlichen Winden; später langsam zunehmende Bewölkung und Erwärmung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24. 1. cm	seit 23. 1. cm[1])	Wasserstand	am 24. 1. cm	seit 23. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	236[2])	—1	Saale, Grochlitz	188	+58
Pregel, Insterburg	8[3])	+6	Havel, Spandau[7])	63	—4
Weichsel, Thorn	158[4])	0	„ Rathenow[8])	53	+17
Oder, Ratibor	91[4])	—3	Spree, Spremberg[9])	70	0
„ Krossen	139	+23	„ Beeskow	72[9])	—3
„ Frankfurt	93[4])	—5	Weser, Münden	-107	—11
Warthe, Schrimm	110	—6	„ Minden	-18[7])	—14
„ Landsberg	102[2])	—2	Rhein, Maximiliansau	345	—5
Netze, Nordnam	11[4])	+6	„ Kaub	158	—20
Elbe, Leitmeritz	—66	—11	„ Köln	198	—36
„ Dresden	-176[5])	—19	Neckar, Heilbronn	66	—8
„ Barby	70[6])	—13	Main, Wertheim	145[7])	—5
„ Magdeburg	70[6])	—10	Mosel, Trier	96	—19

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) Grundeis. — [5]) Treibeis. — [6]) starkes Treibeis. — [7]) starkes Grundeistreiben.

Schutzmarke Kreuzstern

Bei den **hohen Fleischpreisen** leistet **MAGGI's Würze** mit dem Kreuzstern der Hausfrau unschätzbare Dienste, um auf billige Art gute, schmackhafte Gerichte zu bereiten.

Man verlange ausdrücklich „MAGGI's" Würze u. weise Nachahmungen zurück!

— Probefläschchen 10 Pfg. —

„MAGGI's gute, sparsame Küche"

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.